

geographische
revue

Zeitschrift für Literatur und
Diskussion

Jahrgang 14 · 2012 · Heft 1

Architektur und
Stadt

geographische

revue

Jahrgang 14 · 2012 · Heft 1

Essays

- | | |
|--|----|
| Walter Siebel
Architektur und Stadt – eine Einführung | 5 |
| Ilse Helbrecht, Peter Dirksmeier
Auf dem Weg zu einer <i>Neuen Geographie der
Architektur</i> : Die Stadt als Bühne performativer Urbanität | 11 |
| Joachim Fischer
Rekonstruktivismus als soziale Bewegung. Die
revolutionäre Rückkehr der okzidentalen Stadt | 27 |
| Michael Mönninger
Ankunftsstädte, Abschiedsstädte oder: Lernen von
Mumbai. Warum westliche Planer sich für Mega-Cities
interessieren | 43 |
| Vittorio Magnago Lampugnani
Gedächtnis und kritische Wissenschaft – Für eine
Neugründung der Disziplin Städtebau | 53 |

59

Monika Grubbauer
Architektur und Stadt: Anmerkungen aus
politisch-ökonomischer Perspektive

Besprechungsaufsatz

74

Ilse Helbrecht
Architektur und Soziologie

81

Sabine Motzenbäcker
Don't get mad, get even: „Urbane Differenzen“
im „Unbedachten Wohnen“

Impressum

Herausgeber, Selbstverlag:
Geographische Revue e.V., Flensburg
Redaktion:
Wolfgang Aschauer, Günther Beck, Jörg
Becker (verantwortlich für diese Ausgabe)
Druck:
Rhiem Druck GmbH, 46562 Voerde
Layout und Satz:
Günter Raabe, 37079 Göttingen
Copyright:
Geographische Revue e.V.
ISSN: 1438-3039
Das Einzelheft kostet 12,00 EUR (zzgl.
Versandkosten), das Jahresabonnement
22,00 (private Abnehmer) bzw. 30,00 EUR
(Institutionen; jeweils zzgl. Versand).

Die geographische *revue* erscheint
zweimal im Jahr.
Redaktions- und Bestelladresse:
Geographische Revue
Zwoller Str. 33, 46485 Wesel
Die Redaktion lädt alle Interessenten zur
Mitarbeit ein. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann jedoch keine Gewähr
übernommen werden.
Rezensionsexemplare (bitte zwei Exem-
plare) werden erbeten an:
Prof. Dr. Wolfgang Aschauer,
An der Reitbahn 15 b
24937 Flensburg
Internet: www.geographische-revue.de

Walter Siebel ■

Architektur und Stadt – eine Einführung

Die in diesem Heft versammelten Aufsätze thematisieren Architektur, Städtebau und Stadtentwicklung unter sehr unterschiedlichen Fragestellungen, doch ist ihnen eines gemeinsam: die durchaus auch normativ gemeinte Perspektive auf die europäische Stadt. Eben das macht das Heft als Ganzes lesenswert.

Dirksmeier und Helbrecht entwickeln eine Theorie performativer Urbanität, deren zentrale Kategorien darauf zielen, die Raum- und Zeitgebundenheit sozialen Handelns, die Theatralik und die Rolle der Materialität des öffentlichen Raums zu erfassen. Ihr Begriff der performativen Urbanität betont die Offenheit urbaner Situationen. Soziales Handeln sei niemals bloßes Abspielen vorgegebener Rollen. Es beruhe stets auf situationspezifischen Interpretationen, sei daher immer auch von der Kreativität und Subjektivität der Akteure geprägt. Akteure seien nicht nur die Subjekte, sondern auch der öffentliche Raum, die Architektur, die gebaute Umwelt, die als je situationsspezifisch interpretierte ihrerseits die Situation mit prägen.

Fischer entwirft eine Architektursoziologie, die „systematische Kategorien für die Architektur der Gesellschaft“ bereitstellen soll. Architektur sei das „omnipräsente ‘schwere Kommunikationsmedium’ der Gesellschaft“, durch das das Imaginäre, das Bild, das die Gesellschaft von sich selber entwirft, kommuniziert werde. Er exemplifiziert diese These an einer Interpretation des Städtebaus der DDR (Prager Straße, Dresden) und des Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses. Letzteres steht für ihn als Beispiel für die Bemühungen um eine Rekonstruktion der europäischen Stadt. In der breiten Popularität dieses Leitbilds sieht er seine These bestätigt, wonach die bürgerliche Gesellschaft sich „am eigenen Schopf aus den nichtbürgerlichen ... Herrschaftsverhältnissen“ des Sozialismus wieder herausziehe. Das könne „... architektursoziologisch kühl gesehen – der reale Hintergrund für die emotionale Wucht ... sein, die den architektonischen Rekonstruktivismus gegenwärtig zu einer sozialen Bewegung“ mache.

Beide Artikel fügen sich ein in den spatial und den cultural turn der Stadtforschung. Diese turns sind legitime Reaktionen auf die blinden Stellen struktureller Theorien wie die marxistische, in denen von Körpern, Emotionen und Sinnlichkeit, von Raum und Kultur, von der Materialität der Stadt und von ihren Akteuren keine Rede ist. Aber manchmal scheinen diese Drehungen so rasch vollzogen zu werden, dass einem schwindelt und alles aus dem Kopf gerät, was vor dem turn noch heftig diskutiert wurde: die modernen Groß-

bürokratien, von denen Hans Paul Bahrdt das Ende der Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit befürchtete; die Einhausung der Marktfunktion in den Passagen, den Kaufhäusern und zuletzt den großen Shopping Malls, die als Geschichte der Privatisierung des Öffentlichen Raums analysiert werden kann; die modernen Überwachungstechniken, die dem öffentlichen Raum das ihm wesentliche Element der Anonymität zu nehmen drohen; Edgar Salins Thesen vom Ende der Urbanität, die er in seinem berühmten Vortrag vor dem Deutschen Städtetag 1960 vertreten hat, oder Richard Sennetts breit diskutiertes Buch, das 1983 unter dem expliziten Titel „Verfall und Ende des öffentlichen Raums“ erschienen ist. Man muss diese Diagnosen nicht teilen, aber muss man sich nicht mit ihnen auseinandersetzen, wenn man eine Theorie der Urbanität entwickelt, in deren Zentrum der öffentliche Raum steht? So aber sieht sich der Leser, der all das noch im Kopf hat, alleingelassen mit seinen Zweifeln, ob denn der Gegenstand überhaupt noch existiert, für den Dirksmeier und Helbrecht ihre kluge Theorie entwerfen.

Fischer interpretiert die Architektur des real existiert habenden Sozialismus aus der Perspektive derer, die sie geschaffen haben. Die Prager Straße in Dresden und insbesondere das Scheibenhochhaus geben ihm zufolge den Hoffnungen, die sich mit dem Sozialismus verbanden, bildhaften Ausdruck, und zwar in vierfacher Hinsicht: Die Arbeiter besetzen das Zentrum der Stadt, die gleichen Wohnungen versinnbildlichen die Gleichheit der Lebenschancen, das zusammenhängende Ganze der Wohneinheiten ist Abbild der Solidargemeinschaft und die Menge der Vielen in einem Block veranschaulicht ihre Stärke. Die Weite schließlich der Prager Straße symbolisiere Großzügigkeit, Offenheit und den Aufbruch der sozialistischen Gesellschaft bis hin zur „kosmologisch-kosmonautischen(n) Dimension“. Anders als die gängige Perhorreszierung der Platte gelingt es Fischer mit seiner Analyse des Imaginären des Städtebaus der DDR, verständlich zu machen, weshalb diese Architektur in der DDR breite Akzeptanz gefunden hat. Nur sind dadurch andere Interpretationen noch nicht widerlegt.

Das gilt ebenso für seine Analyse der Rekonstruktion der europäischen Stadt. Die ideologiekritischen Interpretationen (Regression in eine scheinbare Geborgenheit der alten Stadt, Imageproduktion im Dienste der globalen Standortkonkurrenz) greifen ihm zufolge zu kurz. Die Hinwendung zur Rekonstruktion der traditionellen europäischen Stadtgestalt habe mit den osteuropäischen Bürgerbewegungen 1989 ihren Anfang genommen, und mit ihrem Erfolg als bürgerliche Bewegungen sei auch die europäische Stadt als deren Imaginäres wiederentdeckt worden. Die Bürgerbewegungen in der alten Bundesrepublik gelten Fischer dagegen nur als „Vorahnung“. Nun begannen diese Vorahnungen schon sehr viel früher als hier angenommen, nämlich in einigen Städten wie Münster beim Wiederaufbau nach dem Krieg, als breite Bewegung beginnend Ende der 1960er Jahre mit dem Widerstand gegen den Stadtumbau durch rüde Verkehrsplanungen (München, Bremen, Oldenburg), wenig später dann gegen die Abrißsanierung, kulminierend in der Berliner Altbau-IBA, die sich nicht zuletzt sozialpolitisch gerechtfertigt hat. Und die Rekonstruktion der ostdeutschen Städte nach 1989 ließe sich auch als vom Westen for-

cierte symbolische Tilgung des sozialistischen Gesellschaftsentwurfs interpretieren. Den Wiederaufbau des Potsdamer Platzes durch internationale Großkonzerne als „architektonische Anknüpfung an die bürgerliche Konsumgesellschaft des späten 19. Jahrhunderts“ zu interpretieren, ist nicht ohne Wagemut, ebenso wie Fischers Interpretation der Rekonstruktion des Stadtschlusses der preußischen Könige als „Schachzug des kollektiven Imaginären der sich neu verbürgerlichenden Gesellschaft“. Wenn eine zerstörte Stadtgestalt als Zeugnis der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft rekonstruiert wird – mal abgesehen davon, ob diese Geschichte nun gerade durch einen Pracht- und Herrschaftsbau der Feudalgesellschaft gültig repräsentiert ist – dann kann daraus noch nicht gefolgert werden, es existiere immer noch oder wieder eine bürgerliche Gesellschaft, die sich mit dieser Rekonstruktion die ihr heute angemessene bauliche Gestalt zurückerobert. Und wenn nach der Beseitigung des Palasts der Republik ein heutiges Bürgertum die Kreativität seiner „Architekten, Kunsthandwerker, ...“ feiern wollte, hätte es dann nicht näher gelegen, diese Kreativität mit dem Auftrag für einen Neubau auch praktisch anzuerkennen statt einen Feudalbau zu rekonstruieren, für den mit einiger Mühe bürgerliche Nutzungen gesucht werden müssen?

Nun soll hier keine ähnlich gewagte Interpretation als Alternative plausibel gemacht werden. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Frage, wie sich solche Streitpunkte um die Interpretation von Architektur und Städtebau produktiv lösen lassen. Architekturtheorie und Städtebaugeschichte können sich dazu auf ihr Wissen um einen historischen Formenkanon und dessen Bedeutungen stützen. Dagegen ist es das Geschäft der Soziologen, gesellschaftliche Trends und soziale Bewegungen zu identifizieren, die als Träger beispielsweise der Rekonstruktion der europäischen Stadt gelten können. Als empirische Gegenwartswissenschaften sind sie aber darauf angewiesen, dass sich ihre Thesen in den Köpfen dieser Akteure auch wiederfinden lassen. Also ist empirische Forschung nötig, wie sie sich Dirksmeier und Helbrecht am Ende ihres Artikels erhoffen.

Mönninger zieht Lehren aus den rasant wachsenden Städten der Schwellen- und Entwicklungsländer. Diese kultivieren laut ihm mit weitaus bescheideneren Mitteln, als sie in den hochentwickelten Ländern zur Verfügung stehen, eine seit langem erfolgreiche Praxis des flächen- und ressourcensparenden Zusammenlebens, bei der die Stadtverwaltungen sich darauf konzentrieren, eine tragfähige Infrastruktur zu schaffen, und es im Übrigen den Zuwanderern überlassen, sich in der Stadt eine Heimstatt zu schaffen. So müsste auch hier die lokale Zugehörigkeit des Bauherrn zu seinem Grundstück und die Verbindung von Eigentum und Parzelle wieder gestärkt werden.

Lampugnani plädiert für einen Städtebau, der die unselige Spaltung zwischen auf das einzelne Gebäude bezogener Gestaltung (Architektur) und Abstraktion (Raumplanung) überwindet in einer neuen Einheit von Wissenschaft und Kunst. Dazu sei die Geschichte des Städtebaus als ein Thesaurus städtebaulicher Elemente und Einsichten zu lesen, die neu interpretiert einen Städtebau erlauben könnten, der der modernen Gesellschaft ge-

recht werde, ohne das historische Bewusstsein zu vernichten, das in der europäischen Stadt gespeichert sei. Die rasante Verstädterung der Landschaft dürfe nicht akzeptiert werden. Auch wenn sie politisch, soziologisch und ökonomisch als unvermeidbar erscheinen könne, so sei sie das ökologisch gewiss nicht. Und er folgert daraus: „Wir müssen zusammenrücken. Wir müssen die Städte, die wir haben, erhalten, arrondieren und verdichten; was sie, wenn wir intelligent verdichten, nur urbaner macht“. Dazu werde der Städtebauer als Entwerfer und Gestalter auftreten müssen, zuvor aber als Forscher und Wissenschaftler. Städtebau sei weniger der geniale Wurf als das geduldige Aufbauen auf Grundlagen, die teilweise bestehen und teilweise geschaffen werden müssten.

Die traditionelle Gestalt der europäischen Stadt „aus öffentlichen Straßen und Plätzen, privaten Häusern in Blöcken und ruhigen Höfen“ (zitiert im Beitrag Fischer) ist das Leitbild nicht nur der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sondern allenthalben und nicht zuletzt in den hier vorgelegten Beiträgen. Die gemeinsamen Stichworte sind Rückkehr in die Kernstadt, Verdichtung, öffentlicher Raum, Urbanität und Stadtbürgertum. In der Tat kann nach der großen Stadtzerstörung durch Krieg, Verkehrsplanungen, Suburbanisierung und den stadtfrendlichen Maximen des neuen Städtebaus die europäische Stadt, und das heißt: die Stadt der bürgerlichen Gesellschaft als erstrebenswertes Ideal erscheinen. Aber wenn man dieses Ideal beschwört, muss man sich dann nicht Gedanken darüber machen, warum es denn einerseits im Siedlungsbrei der großen Agglomerationen untergegangen ist, warum seit Mitte des vorigen Jahrhunderts die Menschen massenhaft daraus geflohen sind nach Suburbia, warum das Stadtbürgertum verschwunden ist und andererseits welche gesellschaftlichen Kräfte denn heute eine tragfähige Basis für eine Renaissance der europäischen Stadt bilden könnten?

Nach Mönninger ist eigentlich alles dafür vorhanden: ausreichende Flächen, engagierte Architekten, einsichtige Kommunen und tatkräftige Planer. Nur das Wichtigste fehle noch: die sozialen Akteure, Landnehmer, Kleinbauherren und Hausbesitzer, die die innerstädtischen Brachflächen besiedeln könnten. In der Tat, das Wichtigste. Auch Marx hatte das Selbstideal der bürgerlichen Gesellschaft, das allseits entwickelte, autonome Individuum, als konkreten Gehalt seiner Utopie, nur war er der Überzeugung, es sei eine Revolution nötig, um dieses Ideal Wirklichkeit werden zu lassen. Ähnlich ist zu fragen, ob, um die europäische Stadt als ein städtebauliches, soziales und politisches Phänomen wieder zum Leben zu erwecken statt nur ihre Fassade, nicht auch eine andere Gesellschaft nötig wäre. Jedenfalls werden Apelle an Planer kaum genügen, wenn „die Wiederkehr der Bürgerstadt mit ihrer mittelalterlichen Identität“ (Hartung, zitiert nach Fischer in diesem Heft) Realität werden soll.

Es ist nicht so, dass diese Fragen gar nicht gestellt würden, aber wenn, dann eher nur nebenbei. Lampugnani erwähnt die ökologischen und ökonomischen Kosten, die Zerstörung eines integrationsfähigen und lebensfrohen Gemeinwesens und der *res publica* durch eine schrankenlose Verstädterung, alles Argumente, die schon Mitscherlich vor vierzig Jahren in seiner Unwirtlichkeit der Städte vorgetragen hatte, ohne dass sich an der Reali-

tät der Suburbanisierung viel geändert hätte. Für entscheidend hält Lampugnani denn auch etwas anderes: den demographischen Wandel, der „der beharrlich totgesagten, beharrlich beliebten und bevorzugten kompakt artikulierten Stadt“ zu neuer und dauerhafter Aktualität verhelfen werde.

Bei Mönninger finden sich Hinweise auf eben jene Kräfte und Entwicklungen, die die bürgerliche europäische Stadt haben verschwinden lassen oder zumindest gefährden: das Nomadenhafte der neuen Urbaniten, die vom technisch-sozialen Gesamtkunstwerk namens Stadt nicht viel mehr erwarten würden als die freie Verfügung über Appartement, Shopping-Center und Tankstelle, die im Planungsrecht und im Subventionswesen institutionalisierte Zersiedlung, die wachsende Dominanz international agierender Developer, finanziert von ebenso global agierenden Kapitalsammelstellen, die auf immer kürzere Verwertungszyklen ausgerichtete Wegwerfarchitektur, die stadtfeindlichen Investitionen des Finanzkapitals in Shopping Malls. All das wird erwähnt, aber anscheinend nicht als dominante Struktur angesehen, so dass letztlich dann doch wieder der Staat, sein planendes Personal und die Architekten die eigentlichen Schuldigen sind.

Das ist ganz anders bei Grubbauer. Sie diskutiert den Wandel der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen unter drei Thesen: Stadtentwicklungspolitik wird erstens mehr und mehr an den Erfordernissen der kommerziellen Immobilienentwicklung ausgerichtet. Zweitens werden die Immobilienmärkte internationalisiert und immer enger in die Bewegungen auf den globalen Finanzmärkten eingebunden, eine Entwicklung, deren fatale Konsequenzen zum ersten Mal in der Krise 2009/09 sichtbar geworden sind. Und drittens konkurrieren die Städte zunehmend innerhalb eines globalen Standortwettbewerbs. Grubbauer zufolge haben diese Trends weitreichende Auswirkungen auf Städtebau und Architektur. Dass Qualitäten des architektonischen Entwurfs den Renditeerfordernissen geopfert werden, ist so neu nicht. Aber Grubbauer diskutiert auch die Konsequenzen für die Stadtpolitik: Zwar zögen sich in Europa die Städte keineswegs aus der Steuerung und Finanzierung großer Entwicklungsprojekte zurück, aber was vielleicht noch folgenreicher sei, weil es auf andere Bereiche kommunaler Politik ausstrahlen kann: sie übernehmen die „Logik“ kommerzieller Developer. Dabei korrespondiert eine Orientierung der Städte hin auf globale Sichtbarkeit durch Leuchtturmprojekte von international bekannten Architekten mit den Interessen institutioneller, global agierender Investoren, die bei der Gestaltung ihrer Objekte weniger die Einbindung in die jeweilige Stadt als die Sichtbarkeit auf einem internationalen Markt im Auge haben. Zugleich sinkt der Anteil der Unternehmen, die die Gebäude, die sie nutzen, auch selber besitzen. Unternehmen, die ihre Kunden auf globalen Märkten suchen, ihr Führungspersonal auf dem internationalen Arbeitsmarkt rekrutieren und die ihre Räume nur anmieten, haben ein anderes Verhältnis zur Stadt als Senator Buddenbrook zu Lübeck, und die Leuchttürme internationaler Banken blicken hinaus auf das weite Meer, der Sand um ihre Fundamente interessiert sie einen Dreck. All das dürfte zu einer weiteren Entfremdung von Architektur und Städtebau beitragen.

Architektur ist mehr als janusköpfig, eher eine vielköpfige Hydra: Kunstgebilde, das ästhetischen Gesetzen gehorcht, Anlageobjekt, das den Prämissen der Kapitalverwertung unterworfen ist, Maschine, die tagaus tagein funktionieren muss, Habitat, in dem Menschen sich zuhause fühlen wollen, Objekt, an dem Erinnerungen sich festmachen, Sprache für Botschaften von Herrschaft, Wohlstand oder Elend. Und dann ist Architektur immer auch noch Bestandteil eines größeren Ganzen, der Stadt, ihrer Geschichte, ihres öffentlichen Raums, ihres Images. Sie kann sich in diese Kontexte bereichernd einfügen, sie kann sie verleugnen, aber sie ist nicht ohne die Stadt, deren Teil sie ist, zu denken. Und deshalb reden hier auch alle mit: Architekten, Städteplaner, Bauingenieure, Betriebswirte, Marketingfachleute, Historiker, Denkmalpfleger, Geographen, Psychologen, Psychoanalytiker, Soziologen und natürlich auch Bürgermeister, Journalisten und Bürger, gegeneinander, durcheinander, nebeneinander her und manchmal auch miteinander. Der Diskussionsstoff wird ihnen nicht ausgehen, und wenn gegenseitiges Lernen, also eine produktive Diskussion dabei herauskommt, dann wird es auch Freude machen. Einige dieser Perspektiven auf Architektur und Städtebau sind in diesem Heft präsent. Deshalb ist zu hoffen, dass alle Artikel dieses Hefts gelesen werden (auch von den Autoren). Zusammen ergeben sie eine Ahnung von der Komplexität der Aufgabe, eine Theorie der Architektur und des Städtebaus zu entwerfen.

Ilse Helbrecht und Peter Dirksmeier ■

Auf dem Weg zu einer *Neuen Geographie der Architektur*: Die Stadt als Bühne performativer Urbanität

„Ein aufgerichteter Stein ist noch nicht ‚Architektur‘. Zwei nebeneinander aufgerichtete Steine bilden auch noch nicht ‚architektonischen Raum‘ (...). Architektur ist erst dann gegeben, wenn materielle Formen den Leib umfassen. Die Elemente der Architektur sind nicht eigentlich Gegenstände, sondern Hüllen, nicht Säulen, Wände, Platten etc., sondern Durchgänge, Straßen und Platzräume, Nischen, Kuppeln, Höhlen, eben Kapselartiges.“
(Meisenheimer 2008, 40).

Was ist Architektur? Was bedeutet Architektur für die Entwicklung der Städte? Und welche speziellen Perspektiven auf das Thema Architektur und Stadt hat die Geographie anzubieten? Mit Blick auf das Spektrum der unterschiedlichen Geographien fällt zunächst einmal auf, dass eine elaborierte Geographie der Architektur in der deutschsprachigen Geographie (bisher) nicht existiert (Kazig/Wiegandt 2006). Auch in der anglophonen Geographie werden *Neue Geographien der Architektur* erst seit knapp zehn Jahren vorsichtig diskutiert (Jenkins 2002; McNeill 2005), obwohl Loretta Lees (2001) bereits früh darauf hinwies, dass die Stadtgeographie ihr Verhältnis zu Fragen der Materialität des Städtischen und der Welt der Artefakte überdenken müsse und zu diesem Zweck die Architektur stärker als bisher geschehen in den Blick nehmen sollte.

Die nach wie vor geringe Beachtung von Fragen der Architektur in der Geographie ist erstaunlich, geht sie doch nahezu umgekehrt proportional einher mit ihrer hohen gesellschaftlichen Relevanz in vielen Diskursen der Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Nicht nur sind Architektur und Städtebau mit einem hohen Finanzvolumen verbunden und prägen neben der Funktionalität auch das Gesicht der Städte. Vielmehr sehen sich Architektinnen und Architekten zudem dem Problem gegenüber, die Zukunft antizipieren zu müssen. Gebäude werden für eine unbekannte Zukunft geplant und errichtet und benötigen eine vorgängige Anpassung an kommende gesellschaftliche Bedürfnisse (Foster 2004). Die Frage nach der *richtigen* Architektur für bestimmte Areale in einer Stadt ist demnach in stadtpolitischen Diskursen ein umkämpftes Terrain verschiedenster, oft diametral entgegengesetzter Interes-

sen und Ideologien. Zudem ist eine Flagship-Architektur von oftmals internationalen Stararchitekten längst global zu einem üblichen Mittel des Stadtmarketings und Urban Brandings geworden (Sklair 2005), ohne dass sie zwangsläufig Rücksicht auf lokale Erfordernisse nimmt. So lässt sich die Internationalisierung der Architekturbranche inzwischen sehr gut als Indikator für Prozesse der ökonomischen Globalisierung nutzen (Knox/Taylor 2005). Architektur steht also im Praxisdiskurs der Stadtentwicklung oftmals im Zentrum stadtpolitischer Debatten; ganz im Gegensatz zu ihrer bisher nur geringen Bedeutung in den theoretischen Auseinandersetzungen der Stadtgeographie.

In diesem Beitrag möchten wir einen frischen Blick auf das Verhältnis von Architektur und Geographie wagen. Wir argumentieren dafür, die mannigfaltigen Architekturen in Städten vermehrt als Bühnen von Performanzen zu deuten. Mit der Metapher der Bühne ist angedeutet, dass es Elemente des Theaters und damit verbunden der Aufführungen, des Ausdrucks, der Darstellungen und der Inszenierungen sind, die der Forschung helfen könnten, die Bedeutung der Architektur für Funktionsweisen des Städtischen zu verstehen und auf den Begriff zu bringen. Wir diskutieren also die Rolle der Architektur mit Hilfe der Performanztheorie als Bühne in der Stadt: In welchem Sinne ist Architektur eine Bühne? Wie funktionieren Bühnen und welche Aufgabe haben diese? Und welche Bedeutung hat das Denken von Architektur als Bühne von Performanzen im Stadtleben für das Verständnis von Urbanität und damit die Funktion und Wandelbarkeit von Stadt?

Was ist Architektur, und was kann die Geographie zu dieser Frage beitragen?

Auf die so einfach anmutende Frage, was Architektur denn sei, gibt es keine leichte Antwort. Ist es das Haus gegenüber, auf das wir gerade blicken, das Architektur repräsentiert? Ist Architektur dann vorhanden, wenn ein Architekt etwas baut? Ist die Holzhütte, gekauft im Baumarkt, im Garten des Nachbarn keine Architektur? Sind Kleingartenanlagen komplett architekturfrei, weil von Hobbygärtnern gebaut? Gehört zur Architektur der Stadt das Design von Brücken, Bürgersteigen, die Breite der Gehwege, das Pflaster ebenso wie das Straßenmobiliar der Poller und Blumenkübel? Die Frage danach, wo Architektur beginnt und aufhört ist nach Jane M. Jacobs (2006) eine der ersten Aufgabenstellungen einer kritischen Architekturgeographie. Denn Architektur ist eine autoritative Praxis, die darauf beruht, dass etwas Physisches, eine bauliche Gestalt, gesellschaftlich *als* Architektur anerkannt ist. Die gegenständliche Präsenz des fertig gestellten Gebäudes lässt dabei seine vorherige Präsenz in der Sprache, in Interaktions-, Kommunikations- und Entscheidungsprozessen über Auswahl, Finanzierung, Planung oder Durchführung gänzlich verschwinden (Tuan 1994). Jede Form der Architektur weist jedoch eine vorgängige Existenz in der sozialen Kommunikation auf. Für eine Geographie der Architektur ist dieser Prozess der gesellschaftlichen Herstellung von etwas Physischem als Architektur genauso interessant, wie die folgende soziale Aneignung, Benutzung und Wirkung der Architektur im Raum und in gesellschaftlichen Kommunikationen.

Innerhalb der Geographie sind Fragen der Architektur bislang in vier Perspektiven untersucht worden. Erstens reichen die Wurzeln einer geographischen Betrachtung von Architektur bis zu der in den USA praktizierten Form der alten Kulturgeographie der Sauer- oder Berkeley-Schule zurück, die sich besonders für die Artefakte in Kulturlandschaften, z. B. die spezifischen regionalen Formen von Zäunen oder Bauernhäusern, überwiegend im ländlichen Raum interessierte. Diesen physischen Artefakten und damit auch Architekturen in der Kulturlandschaft schrieb die Berkeley-Schule zu, kulturelle Werte und Muster zu reflektieren (Lees 2001). Zweitens haben sich mit dem Aufkommen der Neuen Kulturgeographie Forscher für die politische und semiotische Funktion von Architektur in Gesellschafts- und Stadtentwicklungsprozessen interessiert (Duncan 1990). Drittens hat Donald McNeill (2005, 42-43) für einen breiteren Zugang zur Architektur in der Geographie plädiert. Am Beispiel des spezifischen architektonischen Phänomens der Skyscraper zeigt er, dass die Geographie aufgrund ihres eklektizistischen Charakters prädestiniert ist, einen umfassenden Blick auf dieses bauliche Objekt zu werfen, um Fragen der Globalisierung, des Finanzwesens, der Stadtentwicklung, des urbanen Narrativs, der Cinematic City, der symbolischen Repräsentation und Nutzung usw. miteinander zu verbinden. Nach Donald McNeill könnten Geographen architektonische Phänomene aus vielen Perspektiven untersuchen, von der Politischen über die Wirtschafts-, Kultur- bis hin zur Sozialgeographie alltäglichen Lebens in diesen Häusern (McNeill 2005, 52-53). In diesem Sinne zeigen Peter Kraftl und Peter Adey wie die architektonische Struktur von Gebäuden mit menschlichen Affekten eine Verbindung eingeht und auf diese Weise spezifische Stile der Inhabitation von architektonischen Formationen ausbildet (Kraftl/Adey 2008). Viertens sind in jüngster Zeit Rufe nach einer Architekturgeographie laut geworden, die die Nutzerinnen und Nutzer der baulichen Strukturen stärker in den Blick nimmt. Ethnographische und nicht-repräsentationale Studien werden zur Erforschung des Gebrauchs von Architektur im sozialen Leben gefordert (Lees 2001).

Die skizzierten vier Perspektiven zeigen, dass keinesfalls Klarheit im Feld der *Neuen Geographien der Architektur* hergestellt ist. Jane M. Jacobs (2006) merkt hierzu sogar kritisch an, dass es bei solch einem dispersen Feld an Themen und Problemen fraglich ist, ob Architektur überhaupt eine ausreichende Klammer für kohärente Fragestellungen darstellen kann. Denn die Diagnose zum Verhältnis von Stadt und Architektur in der sozialwissenschaftlichen Forschung erscheint geradezu paradox. Keine der beiden in der Stadtforschung zentralen Disziplinen Geographie und Stadtsoziologie hat bisher ein grundlagentheoretisches Verhältnis zum Untersuchungsgegenstand Architektur gefunden – obwohl Städte und Stadtentwicklung entschieden durch Architektur gestaltet und vorangetrieben werden. Die Architektur, obwohl dem Menschen tagtäglich vor Augen, erscheint als die terra incognita der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Dabei verdichten Architekturen Fragen nach der Symbolik des Materiellen, der Repräsentamen als Vermittler zwischen Bedeutung und Objekt, Affekten und Emotionen, von Korrespondenzverhältnissen zwischen angeeignetem sozialem Raum und den sozialen Positionen, die Eigentümer/innen

und Benutzer/innen von Architekturen sich zuweisen sowie ganz allgemein der sozialen Bedeutung von Dingen. Für dieses Desiderat möchten wir in diesem Beitrag einen Impuls geben, der zumindest in Teilen die *Neuen Geographien der Architektur* befruchten könnte. Wir schlagen vor, das Verhältnis von Stadt und Architektur aus performanztheoretischer Perspektive zu betrachten und somit die Bedeutung von Architektur für eine „performative Urbanität“ (Helbrecht/Dirksmeier 2009, 71) zu durchdenken. Um dies näher darzulegen, gehen wir zunächst auf einige Grundpositionen der Performanztheorie ein, um anschließend die Wechselbeziehung zwischen Architektur und Gesellschaft in der Stadt mit dem Konzept der performativen Urbanität zu erläutern.

Performanz und Performativität

Es gibt nicht *die* Performanztheorie (Schechner 2006). Jedoch lässt sich seit den 1950er Jahren aufgrund der Zunahme von Performanzen als Ausdrucks- und Kunstform in den Geistes- und Kulturwissenschaften eine performative Wende beobachten, die in den letzten drei Dekaden zunehmend in die erweiterten Sozialwissenschaften ausgreift. Aus soziologischer Perspektive legte Erving Goffman mit seinem 1959 in englischer Originalfassung erschienen Werk „Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag“ (Goffman 2008) die Grundlagen für die Entwicklungen einer sozialwissenschaftlichen Performanztheorie. Er plädiert für eine Auffassung der sozialen Welt, die unser Verhalten mit den Auftritten und Darstellungen im Theater vergleicht, mit Rollen, Bühnenbildern, Kostümen, Dialogen, Selbstdarstellungen und unwiederholbaren Aufführungen spontaner Praktiken. Goffman (2008) hat die Metapher des Theaters benutzt, um eine Sprache zu entwickeln, die den Zusammenhang von Handlungen, Darstellern, Rollen, Ensembles, Requisiten und Bühnen als Performanz gedanklich konsistent verbindet. Demnach sind sowohl Individuen als Darsteller als auch Gruppen als Ensemble darauf angewiesen, ihre sozialen Rollen, wie z. B. Arzt, Hochschullehrerin, Koch oder Zimmermädchen, in der Gesellschaft explizit darzustellen. „Eine ‚Darstellung‘ (*performance*) kann als die Gesamttätigkeit eines bestimmten Teilnehmers an einer bestimmten Situation definiert werden, die dazu dient, die anderen Teilnehmer in irgendeiner Weise zu beeinflussen“ (Goffman 2008, 18; Herv. i. Orig.). Um soziale Rollen erfolgreich auszufüllen und für sich zu reklamieren, muss darstellendes Verhalten vor Publikum durch Mittel der Ausdruckskontrolle, der dramatischen Gestaltung unter Verwendung von Requisiten und Bühnenelementen, des Einbezugs eines Ensembles (z. B. die Chefin und ihre Mitarbeiter) inszeniert werden. Nur durch situationsadäquate Performanzen können nach Goffman (2008) letztlich sozialer Status und gesellschaftliche Stellungen gesichert und ausgefüllt werden.

Gerade der letztgenannte Aspekt, wonach soziale Rollen und sozialer Status realisiert werden müssen, verweist darauf, dass Performanzen nicht nur im Sinne vermeintlich wiederkehrender, unveränderbarer, vorhandener Rollenmuster als Aufführungen repetitiv sind. Vielmehr entstehen die sozialen Rollen selbst erst in dem und durch den Moment der Aufführung und damit aufgrund des Ereignisses des darstellenden Handelns – also im Augen-

blick ihrer Performanz. Dies ist ein entscheidender, konzeptioneller Anker der Performanztheorie. Das darstellende Handeln unter Zuhilfenahme von Requisiten und Bühnen realisiert soziale Rollen, das aber heißt, die Performanzen konstruieren Wirklichkeit durch die Art der Darstellung, der Dramaturgie der Darstellenden und der Interaktionsweise mit dem Publikum. Komplexe soziale Situationen entstehen in der räumlichen Konstellation physischer Kopräsenz der Akteure. Architektur spielt hierbei eine zentrale Rolle als performativer Schauplatz. Architekturen lassen Erwartungen entstehen und selektieren diese. Architekturen erlauben Blicke, Perspektiven und wechselseitige Wahrnehmungen oder inhibieren diese. Architekturen führen Leiber im Raum zusammen oder trennen diese. Die sich ergebenden Ereignisse gebären und gestalten soziale und räumliche Wirklichkeit in einem resultierenden Strom an Performanzen. Gerade die Anerkennung der Bedeutung des Augenblicks, des Ereignischarakters von Performanzen, ist eine besondere Qualität dieser Art der Konzeptionalisierung sozialen Handelns (Dirksmeier 2009, 242). Durch die fokussierte Betrachtung der Ereignishaftigkeit des Sozialen werden Raum und Zeit in der Performanztheorie auf besondere Weise gedeutet und Wert geschätzt.

Die Räumlichkeit der Situation ist zum einen entscheidend für das Verständnis der Funktionsweisen von Performanzen. Der Architektur kommt auf unterschiedlichen Maßstabebenen eine große Bedeutung zu, von der Innenraumarchitektur einzelner Räume, Detailgestaltungen von z. B. Freitreppen an Plätzen bis hin zum städtebaulichen Maßstab. Schon die ursprüngliche Goffman'sche Theatermetaphorik verdeutlicht, dass der Raum als Bühne mit seinen Möglichkeiten der Requisition, Positionierung, symbolischen Aufladung und Bildkraft für Darstellungen eine große Rolle spielt. Soziale Interaktionen als Aufführungen sind nicht ohne Einbezug der Leiblichkeit der Akteure und der Räumlichkeit der sozialen Welt denkbar. Die gebaute Umwelt ist essenzieller Teil von darstellendem Verhalten. Performatives Handeln ist stets körperliches Handeln unter Zuhilfenahme räumlicher Situationen und Strukturen. Dabei spielt die subjektive Wahrnehmung der Darstellerinnen und Darsteller von ihrer eigenen Leiblichkeit, die Empfindungen bei der Wahrnehmung der Räumlichkeit, eine große Rolle. Jürgen Hasse betont daher unter Rückbezug auf phänomenologische Positionen und Begriffsbildungen: „[P]erformative Räume sind leibliche Erlebnisräume“ (Hasse 2010, 70). Die Räumlichkeit von Situationen wird von Darstellern zur Verstärkung des eigenen Ausdrucks und Unterstützung der Rolle genutzt. Zugleich wird die Räumlichkeit als Zuschauer, Akteur, Ensemble emphatisch erfahren, affektiv verstanden und leiblich rezipiert wie inszeniert. Für jede soziale Interaktion macht die bewusst hergestellte oder genutzte Räumlichkeit, sei es der Gastraum eines italienischen Restaurants, die Marktsituation an einem Freitag Morgen auf dem Bremer Domshof, die Prinzessinnengärten in Berlin oder das Arrangement von Schreibtisch, Stuhl und Besprechungstisch im Büro der Chefin einen Unterschied.

Zum anderen stehen bei Performanz-Ansätzen das Plötzliche, das Unvorhersagbare bzw. das radikale Jetzt im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Augenblicklichkeit sozialer Prozesse ist bedeutend, weil sie Spielraum für die Wandelbarkeit sozialer Rollen und Ver-

hältnisse in oder durch Situationen lässt. Aufgrund der liminalen Erfahrung in den Momenten der Aufführung bei Darstellern, Zuschauern und Ensemblemitgliedern werden Grenzen verrückt oder überschritten. Leibliche Handlungen sind demnach performativ, da sie Sinn und Identität des Sozialen nicht nur darstellen, „vielmehr bringen sie Identität als ihre Bedeutung allererst hervor“ (Fischer-Lichte 2004, 37). Erst in der Performanz entsteht eine soziale Situation und wandelt diese entstandene Soziale zugleich mit den Rollendarstellungen der Akteure. Basale Kategorien des Sozialen, wie z. B. Geschlecht, werden daher performativ hergestellt. Anstatt von ontologisch fixierten (Geschlechts)Identitäten auszugehen, wird die soziale und kulturelle Konstruktionsleistung durch Performanzen als „darstellerischer Realisierung“ (Butler 1997, 139) hervorgehoben. Geschlecht ist nichts Natürliches, sondern erst die wiederholte Stilisierung des Körpers über iterative Handlungen der Aufführung von Geschlecht, die dramatisch sind und Bedeutung konstruieren, führt Geschlecht im Kontext von Diskursen auf. Geschlecht wird auf diese Weise definiert und verändert (Goebel 2006, 486). Erst die Aufführung des Mannseins macht den Mann zum Mann. Erst die Darstellung von Weiblichkeit lässt eine Frau entstehen. Die performative Herstellung sozialer Wirklichkeit wird aufgrund der Betonung des Ereignisses im Jetzt möglich. Performanzen produzieren soziale Kategorisierungen, und alles was performativ ist, ist folglich „wirklichkeitskonstituierend‘ und ‚selbstreferentiell‘“ (Fischer-Lichte 2004, 38).

Die zwei Dimensionen der Räumlichkeit und Zeitlichkeit von Performanzen sind in ihrer Bedeutung für das darstellende Handeln analytisch kaum zu trennen. Letztlich gehört die Zeitlichkeit des Jetzt als Gegenwart, die kennzeichnet, dass sie immer nur als die gerade beginnende Vergangenheit erlebt werden kann, mit der dynamischen Räumlichkeit der Performanzen zusammen und kann im Begriff der Situation aufgehen. Gerade weil die Performanztheorie Räumlichkeit und Zeitlichkeit in ihren Folgen für soziales Handeln besonders Wert schätzt, ist sie ein interessantes Theorieangebot für *Neue Geographien der Architektur*. Die Leistungsfähigkeit des Performanz-Ansatzes aus Sicht der Stadtforschung und der Architekturgeographie liegt in mindestens vier zentralen Aspekten begründet.

Erstens verbindet der Performanz-Ansatz die Bedeutung der Individualität des Einzelnen mit der gesellschaftlichen Kontextualität. Schon Erving Goffman (2008, 221) kam zu dem Ergebnis, dass es der Sozialwissenschaft gelingen sollte, die vermeintlich drei unterschiedlichen Sphären „der individuellen Persönlichkeit, der sozialen Interaktion und der Gesellschaft“ in eine gemeinsame Perspektive einzuordnen. Dies ermöglicht zu Teilen die Idee der Performanz. Performanztheoretisch werden Individuen einerseits als Akteure gesehen, die in den kontingenten Möglichkeiten des Augenblicks mit ihren Leibern, ihren Herzen, ihrem Geist, ihrer Seele handeln – also als Individuum. Andererseits verhalten sich Akteure in der augenblicklichen Performanz getreu den Diskursen, in denen sie sich bewegen und den hegemonialen Mustern, die die Gesellschaft aufoktroziert. Durch die Leiblichkeit der Performanz kommt das Individuum mit seinem Intimsten ins Spiel. Zugleich ist Performanz als soziale Interaktion und folglich Aufführung vor Anderen ebenso gesell-

schaftlich durch Rollen geprägt, die der Einzelne bisweilen wählt, stets aber als Rollenträger überindividuell ausfüllt. Es kann also mit dem Performanz-Ansatz sowohl die Bedeutung individuellen Handelns von Akteuren in der Stadt als auch deren soziale Rolle in der Politik, im Stadtteil, in der Liebe oder in der Kirchengemeinde untersucht werden – und gerade die Zusammenhänge zwischen diesen Konzepten.

Zweitens hilft der Performanz-Ansatz, die Bedeutung von physischen Umwelten für soziales Handeln zu thematisieren. Ebenso wie auf der Theaterbühne Text und Bühnenbild, Körpersprache und Rolle, Publikum und Performanz aufs engste miteinander verbunden sind, lassen sich soziale Praktiken als *Actions*, als Einheiten von Körper und Geist, von sozialem Handeln und materieller, gebauter Umwelt auffassen. Performanzen nutzen die physische Umwelt als Elemente ihrer Aufführung. Wenn jede einzelne soziale Handlung als Performanz gedacht wird, dann ist diese ohne eine Bühne, ein Bühnenbild und die damit vorhandene Physis der sozialen Welt nicht vorstellbar. Dabei kennt die Kreativität des Einbezugs der dinglichen Umwelt in die Performanz kaum Grenzen. Weitschweifige Freitreppen, von Planer/innen ursprünglich zum Flanieren vorgesehen, können sich in Skateparks wandeln. Aufgelassene Industriebrachen werden zu Technoclubs und erlauben plötzlich Distinktionsgewinne durch Teilnahme an subkulturellen Praktiken. Bürgersteige wandeln sich von Transiträumen zu Konsumorten usw. Die Performanztheorie bietet das theoretische Rüstzeug, um zu einem weitreichenden Verständnis solcher urbaner Praktiken wie dem Flanieren, dem Skaten, der Anwesenheit im öffentlichen Raum oder dem Besuch von Straßencafés und Clubs zu gelangen.

Drittens erlaubt der Performanz-Ansatz, die Kreativität sozialen Handelns und die Veränderbarkeit bzw. Nicht-Vorhersehbarkeit von Entwicklungen zu konzeptionalisieren. Dies ist gerade für die oft überraschenden und ungeplanten Ereignisse in der Stadtentwicklung eine interessante sozialwissenschaftliche Perspektive. Die Performanztheorie sieht Subjekte erst in Momenten entstehen, die aus Kontexten resultieren und in Netzwerkverbindungen stehen (Schechner 2006). Unsicherheiten und die permanente Möglichkeit von Abweichungen im Verhalten spielen eine große Rolle, da es das entscheidende Moment jeder Performanz ist, gerade nicht vollständig vorhersagbar und steuerbar zu sein. Somit liegt in der Annahme der Unsicherheit über den Ausgang einer Handlung, der damit vorstrukturierten weiteren Handlungsmöglichkeiten und in der resultierenden Möglichkeit einer überraschenden Entwicklung der sozialen Praxis aus dem Augenblick heraus ein wesentliches Momentum des Verständnisses der sozialen Welt als Performanz.

Eine einzelne soziale Handlung vor Anderen ist eine Performanz. Die Tatsache, dass jede Performanz in sich die Offenheit des Ausgangs birgt, wird als Performativität bezeichnet. Jede Aufführung beinhaltet die Möglichkeit der Abweichung und kreativen Veränderung, die aus der Kraft des Augenblicks geboren ist. Die Semantik der Performativität verweist somit auf die Dimension des *Werdens* in der sozialen Welt. Jede Performanz enthält ein Stück Transformation und Verwandlung. Individuen, Werte, Rollen, soziale Situationen, Gemeinschaften, Konflikte oder Identitäten sind aus dem Blickwinkel der Performanz-

theorie nichts Fixes. Vielmehr ist ihr Charakter in der Performanz stets den Prozessen und Logiken des Werdens übergeben. Damit sind Möglichkeitsräume, bestehende Alternativen und Varianten der Handlung in die Performanztheorie inkludiert. Die soziale Welt wird als immerfort Werdende, gegenwärtige Welt konzeptionalisiert, die keinen Ruhepunkt kennt. Das Potenzial der Möglichkeiten im Augenblick, die Unvorhersehbarkeit von all dem, was passieren könnte in einem gegebenen Augenblick, gestaltet das Erleben und Beobachten desselben konstant mit (Dewsbury 2000, 481).

Viertens erweitert die Perspektive der Performanz das Spektrum sozialwissenschaftlicher Betrachtungen um Aspekte der leiblichen, affektiven, emotionalen und situationsbezogenen wissenschaftlichen Beobachtung der sozialen Welt. Goffman interessierte sich nicht für das Theater als reinen Selbstzweck, sondern als Metapher und begrifflichem Gerüst, um soziale Verhältnisse zu beschreiben. Ihm ging es um die „Struktur sozialer Beziehungen (...), die entstehen, wann immer Personen anderen Personen unmittelbar physisch gegenwärtig werden“ (Goffman 2008, 223). Erving Goffman nimmt dabei Anleihen bei Georg Simmel und dessen Vorschlag einer semantischen Verdoppelung der Realität mit dem Begriff des Spiels. Das zugrundeliegende Postulat ist bei Goffman wie Simmel, dass Beziehungen, Motive, Reziprozitätsprozesse, Einstellungen, Intentionen usw. in der sozialen Realität erst über die gespielte Realität in sozialen Rollen fassbar und in Gänze zugänglich werden (Kieserling 1999, 482). Offensichtlich sind körperliche, darstellende Handlungen vor Publikum weitaus situativer, leiblicher, affektiver, und damit direkter als es bisher in den Sozialwissenschaften mit gängigen Theorien beschrieben wurde. Gerade die Architektur ist ein Feld gesellschaftlicher Praxis, das oft in ihrer Bedeutung durch Affektivität und Leiblichkeit wirkt (Helbrecht 2003, 168). Welche Folgerungen ergeben sich aus einer solchen performanztheoretischen Perspektive für die Untersuchung von Architekturen als Bühnen in der Stadt? Um zu einer Antwort zu gelangen, ist das Verhältnis von Architektur, Bühne und Performanz näher zu beleuchten.

Architektur, Bühne und Performanz

Im Jahr 1954 unternimmt der Architekt, Harvard-Professor und ehemalige Direktor des Bauhauses, Walter Gropius, eine Weltreise, um den Stand der Architekturentwicklung international zu vergleichen. Als Mitbegründer der Bewegung der modernen Architektur zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat er den Stil der *Neuen Sachlichkeit* entscheidend mitgeprägt, der – zunächst unterdrückt durch den Nationalsozialismus – nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Label des *International Style* einen weltweiten Siegeszug erlebt. Anschließend sammelt Gropius seine Gedanken und Eindrücke in einer Anthologie unter dem Titel „Apollo in der Demokratie“. Hierin stellt er für die Nachkriegswirklichkeit die Notwendigkeit „einer elementaren Klärung des umfassenden Problems der Bühne“ (Gropius 1967, 115) fest. Am Beispiel des Theaterbaus erläutert Gropius seine Vision von Architektur als räumlich-strukturelle Ermöglichung von Performanzen. Walter Gropius unterscheidet drei unterschiedliche Formen von Theaterbühnen. Die zentrale Rundbühne der römi-

schen Antike kennzeichnet eine Anordnung, in der die ovale, runde oder eckige Ausformung der Bühne inmitten der Zuschauerränge platziert ist. Die bereits mit einer festen Rückwand abgegrenzte, halbkreisförmige griechische Proszeniumsbühne erlaubt schon einen Auftritt und Abgang der Schauspieler, indem sie einen getrennten, für das Publikum nicht einsehbaren Hinterbühnenraum schafft. Die heutige Form der Bühne im Theater schließlich, folgt man Walter Gropius, weist eine Tiefenstruktur auf, die das Publikum noch weiter von den Schauspielern entfernt als in der griechischen Variante und die so jeweils abgetrennte Sphären des Spiels und des Beobachtens konstituiert.

Nach Gropius hat diese dritte, moderne Art der Bühne entscheidende Nachteile: „Die räumliche Trennung der zwei Welten – Schauraum und Spielraum –, so viel technische Vervollkommnung sie auch gebracht hat, wird zum Verhängnis und zwingt den Beschauer, den Weg zum Erlebnis über die Brücke des Intellekts zu nehmen“ (Gropius 1967, 117). Jenes bedeutet, dass die Theaterarchitektur der Moderne dazu geführt hat, dass der moderne Bühnenbegriff ein ganz anderer ist als es in der Antike vorherrschend war. Wurde früher unter Theater, Bühne und Performanzen die Miteinbeziehung des Publikums auf größtmögliche Weise gesucht, so hat die historische Entwicklung zunehmend eine Distanz zwischen Publikum und Protagonisten gelegt. Im Hoftheater – und gewiss auch im heutigen Stadttheater – findet ein zweites Schauspiel im Zuschauerraum selbst statt, indem das Publikum nicht allein auf das Geschehen auf der (nun distanzierteren) Guckkastenbühne fokussiert ist, sondern ebenso sich selbst auf den Rängen und vor allem im Parkett inszeniert. Gropius übergreifendes Ziel ist es, den Zuschauer zwangsläufig, nur mithilfe der Theaterarchitektur in das Drama auf der Bühne zu ziehen, ihm kein Entkommen zu ermöglichen. Hinter dieses Ziel müssen alle anderen architektonischen Ideen und Möglichkeiten zurückstehen (Cole 1963, 313). Ein neues Nachdenken über Bühne und Publikum, Performanz und Architektur müsse folgen. Gropius selbst fordert, dass die entwickelte Moderne für heutige Verhältnisse eine neue Form der Bühne finden müsse, die mit den drei alten Elementen arbeitet und diese als Möglichkeiten in der Raumklaviatur versteht. Gropius will durch eine besondere Gliederung, die keine Trennung ist, Schauraum und Spielraum verbinden und ordnen. Er entwarf zu diesem Zweck selbst ein „Totaltheater“ (Gropius 1967, 119), das es erlaubte, die drei Bühnenformen während einer Aufführung zu kombinieren und zu variieren.

Die Überlegungen zur Theaterarchitektur zeigen, dass klar differenziert werden sollte zwischen den unterschiedlichen Begriffen und Funktionen von Bühne, der Relation von Protagonisten und Publikum sowie der Rolle des Publikums. Pauschale Formulierungen wie etwa ‚die Stadt als Bühne‘ sind folglich zu undifferenziert. Sie gehen teilweise stillschweigend von einer Lenkung der sozialen Handlungen durch den gebauten Raum aus. Sie sagen jedoch nichts darüber aus, welche Art von Bühne mit welchen Effekten auf Performanzen und Publikum gemeint ist, wie sich die Struktur der Bühne mit den Performanzen der Anwesenden ändern könnte und wie das Verhältnis der Architektur zu diesen Performanzen strukturiert ist. Wenn wir vom Theater reden, so gibt es nicht *das* Theater, sondern je nach Bühnenkonstruktion finden unterschiedliche Geschehnisse zwischen Zuschau-

ern und Protagonisten statt. Wovon Walter Gropius träumte, war ein Theater der Grenz-überschreitungen, der Vermischungen, des Wechsels, der Bewegungen und dadurch des größtmöglichen Ergreifens der Zuschauer durch das Einbeziehen und Hineinziehen in das Geschehen. Die Bühne sollte auch in den Menschen sein, indem sie von ihnen, ihren Wahrnehmungen, Empfindungen, Gedanken Besitz ergreift, sie umspannt und umwebt, durchdringt und wirklich bewegt, anregt und verändert. Es ist also nach Gropius davon Abstand zu nehmen, den Begriff der Bühne als statischen, physischen Raum zu verwenden, auf dem etwas Bewegtes, eine Performanz, aufgeführt wird. Vielmehr ist es das Ziel einer dramaturgisch gelungenen Aufführung, die Bühne nicht nur als Mittel der Herstellung von Performanzen und Publikum zu verwenden, sondern ebenfalls als Ort der Begegnung und affektiven, leiblichen Berührung von Publikum und Performanzen.

Diese Bühne, eine in Gropius Worten „Totalbühne“, wurde niemals als einzelnes Gebäude gebaut. Gropius Ideen blieben Entwurf – und doch ist in dem Gedanken der Stadt als Bühne städtischen Lebens von ihnen etwas verwirklicht. Was Gropius als totale Bühne – und damit theaterarchitektonisch gestalteten Innenraum – beschrieb, ist zu Teilen in der performativen Urbanität der städtischen öffentlichen Räume verwirklicht. Dort finden unzählige Performanzen vor Publikum statt, in denen Publikum und Performer rasch die Rollen wechseln. Unsere zentrale These ist es, dass genau diese Vorstellung von einer architektonischen Theaterbühne als ein performativer Ort oftmals im städtischen Raum vorfindbar ist. Uns erscheint an Walter Gropius Ausführungen interessant, auf welche Form von Totaltheater er mit der in seinen Augen noch zu suchende Bühnenform einer weiter entwickelten Moderne zielt. Eine solche Bühne mit intensiven Begegnungsqualitäten zwischen Publikum und Performern, so hatte Walter Gropius in einem Vortrag 1934 ausgeführt, müsste erst entwickelt werden. Unsere These ist, dass eben diese von Gropius als zu suchende Idee einer Bühne, die alle Theaterformen verbindet und dadurch die Aufhebung der Trennung zwischen Publikum und Spiel ermöglicht, tatsächlich oftmals der Art von Bühne entspricht, die öffentliche Räume in Städten bieten.

Performativer Urbanismus und performative Urbanität: Öffentliche Räume, Performanzen und Begegnungsqualitäten

In der Stadtforschung ist die Theatermetapher – verbunden mit einem performativen Denken zum Zusammenhang von sozialem Handeln und Ort der Aufführung – schon seit längerem in den fachlichen Diskurs zurückgekehrt. Bereits Ende der 1990er Jahre konstatieren Ash Amin und Steve Graham (1997, 418), dass die gegenwärtige Stadt das Theater des Lebens selbst darstelle. Gerade die Wandelbarkeit, Heterogenität, Ereignishaftigkeit und Artistik lebensweltlicher städtischer Phänomene ließe sich im Rückgriff auf theoretische Leitlinien der Performanz und Theatralität fassen. Hinzu tritt der Effekt, dass in der Gegenwartsgesellschaft eine professionelle Vergnügungsindustrie Erfahrungen, Emotionen und Ereignisse für diverse, meist urbane Zielgruppen produziert und damit die Metapher des Theaters heute stärker gesellschaftliche Entwicklungen charakterisiert als dieses zu

Goffmans Zeiten der Fall war. Wenn generell ein Gesellschaftszustand erreicht ist, der von großer Theatralität geprägt ist, so werden diese Theatralität und der Gebrauch und die Herstellung von Bühnen durch Akteure wie Game-Designer oder Veranstalter großer Stadienshows neu formatiert. Einerseits haben sich die Vorstellungen von Theater, Darstellung, Bühnencharakter und Aufführung in den letzten ca. 50 Jahren seit den frühen Überlegungen von Walter Gropius stark verändert. Andererseits ist das, was Walter Gropius als Totaltheater im Blick hatte, heute vielfach die erlebnisorientierte Leitlinie für die Entwicklung von Indoor- wie Outdoorshows.

Dieser zum einen veränderte Umgang mit Theatralität und Bühnen sowie die zum anderen performanztheoretische Perspektive führen gleichermaßen dazu, das Wechselverhältnis von Architektur, Stadtraum als Bühnen und sozialem Handeln neu zu denken. Hierbei erlaubt ein veränderter Handlungsbegriff, der Handlungen als performativen Prozess begreift und ein veränderter Bühnenbegriff, der Bühnen als performative Orte sieht, das Wechselspiel von Architekturen und Performanzen in der Stadt in den alltäglichen Erscheinungen städtischen Lebens auf den öffentlichen Plätzen analytisch zu fassen. Die Architekten Sophie Wolfrum und Alban Janson haben den Begriff des „Performativen Urbanismus“ (Janson/Wolfrum 2008, 103) vorgeschlagen, um dieses Wechselverhältnis von Architektur und Performanz zu beschreiben. Sie argumentieren, dass Architektur in der Stadt eben nicht durch Betrachtung als statisches Objekt erfahren werde oder durch das stabile Verharren und Besetzen eines Ortes. Architektur und Städtebau müssten Bewegungen im Raum bedenken, denn Menschen gehen durch die Stadt. Aus dieser Einsicht, dass Stadtwahrnehmung und Architektur erleben vor allem bedeuten, sich in der Stadt zu bewegen, ziehen die beiden Architekten die Konsequenz, dass Architektur stärker mit dem „performativen Umgang mit dem städtischen Bewegungsraum“ (Janson/Wolfrum 2008, 106) rechnen muss. Architektur in der Stadt kann deshalb nicht losgelöst von den Performanzen betrachtet werden, die die Menschen aufführen. Im Sinne von Walter Gropius wird die Stadt zu einer totalen Bühne, deren Architekturhaftigkeit erst durch das Miteinander von bebauter Umwelt und gelebtem Raum entsteht. Mit dem Begriff des performativen Urbanismus wird also ein Verständnis von Architektur angesprochen, das selbige dezidiert als inhärenten Bestandteil fluider Performanzen versteht. Bühne und Performanzen sind nicht voneinander zu trennen.

Diese flüchtigen und prozessualen Erfahrungen von Architektur in Verbindungen mit Performanzen in öffentlichen Räumen werden in der kultur- und sozialgeographischen Forschung zunehmend in den Blick genommen. Fragt man nach den gesellschaftlichen Folgen des performativen Urbanismus als spezifischer Form von Architektur Erfahrung, so gelangt man zu dem Diskurs um eine „performative Urbanität“ (Helbrecht/Dirksmeier 2009, 71). Beispielsweise untersucht die britische Sozialgeographin Gill Valentine (2008) die Formen des Zusammenlebens in Städten unter den Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit und kultureller Differenz aus performanztheoretischer Perspektive. Sie fragt in ihrem wegweisenden Aufsatz „Living with difference“ danach, welche Bedeutung Praktiken und Per-

formanzen der Begegnung von Fremden in öffentlichen Räumen der Stadt für das Leben mit alltäglichen Differenzen aufweisen. Unter den Bedingungen der Weltgesellschaft ist davon auszugehen, dass die soziokulturellen und sozioökonomischen Differenzen der Bevölkerung in den Städten stark zunehmen und das Leben mit diesen Unterschieden eine der wesentlichsten sozialen Herausforderungen in naher Zukunft darstellen wird (Hall 1993). Der Sozialanthropologe Steven Vertovec diagnostiziert für Verhältnisse in britischen Städten bereits eine neue Form der „super-diversity“ (Vertovec 2007), für die die alten einfachen Beschreibungen von Diversität nicht mehr ausreichen. Diversität ist diversifiziert worden. Es entstehen neue, komplexe, soziodemographische und kulturelle Bedingungen in Städten aufgrund der Versammlung vieler, oft kleiner Gruppen von Menschen mit mehrfacher Herkunft, die transnational verbunden und sozio-ökonomisch hoch differenziert sind.

Die Zunahme der Differenz bis zur Herausbildung einer super-diversity hat manche Stadtforscher bewogen, auf einen *cosmopolitan turn* in Städten zu hoffen. Unter dem Begriff der *new urban citizenship* wird die optimistische Frage verhandelt, ob es neue Formen der Integration von Fremden auf der Basis städtischer Teilhabe und des Austausches in urbanen öffentlichen Räumen im 21. Jahrhundert geben kann – und vor allem wie. Es gibt demnach wachsende Debatten um die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer an Toleranz bzw. Respekt orientierten Begegnungskultur in Städten. Es stellt sich die Frage nach den *places of possibility*, jenen Zeiten und Orten in der Stadt, wo Routinen und Interaktionen zwischen den Subjekten gegenseitige Stereotype erodieren lassen und bedeutungsvolle Beziehungen ermöglichen (Houston et al. 2005).

Gerade hier aber sind performanztheoretisch angeleitete Studien hilfreich, die die Rolle von Architekturen als Bühnen für Begegnungen untersuchen. Gill Valentine warnt davor, zu optimistisch zu sein. Sie trifft die wertvolle Unterscheidung zwischen einer hohen Rate an Begegnungen von Fremden im öffentlichen Raum einerseits und wirklich bedeutungsvollen Begegnungen von Fremden im öffentlichen Raum andererseits, die tatsächlich zu wechselseitiger Anerkennung und Respekt beitragen. Wann schlägt also eine flüchtige Begegnung zweier Fremder an einer Straßenecke in einen bedeutungsvollen Kontakt um, der die beiden Interaktionspartner menschlich, sozial oder kulturell ein Stück näher bringt, und welche urbanen Architekturen befördern diese Begegnungsqualität? Valentine begreift nur letztgenannte Interaktion als bedeutungsvollen Kontakt, d. h. als eine Begegnung, die über den affektgeladenen Moment der Konfrontation mit dem anderen hinaus in der Lage ist, Werthaltungen dauerhaft zu verändern (Valentine 2008).

Die positive Wirkung von Kontakten im Sinne eines produktiven, konfliktfreien Lebens mit Differenzen ist letztlich äußerst voraussetzungsvoll. So hat sich inzwischen eine reichhaltige Debatte um eine neue Forschungsrichtung der *geographies of encounter* entwickelt, die darauf zielt, diese Begegnungen zwischen Fremden auch aus der Perspektive von Performanzen – das heißt unter Einbezug von Zeitlichkeit und Räumlichkeit – und ebenfalls als Situation zu deuten (Valentine 2008). Aus der Perspektive der Performanz-

theorie wird eine neue Stadtforschung der Begegnung möglich, die eine umfassende Analyse des urbanen Lebens durch eine verstärkte Hinwendung zu den bisher wenig erforschten alltäglichen und situativen Begegnungen in zu Teilen öffentlichen Räumen leisten kann, die einen bedeutenden Teil des Lebens in Städten ausmachen. Solche Performanzstudien zu städtischen Begegnungen zielen auf die besondere Lebendigkeit des städtischen Lebens, das sich aus unzähligen Interaktionen und Momenten der Gemeinsamkeit zusammensetzt und doch nur selten das Ziel wissenschaftlicher Forschung wird (Bell 2007). Die Mikrophenomene von Begegnungen als körperliche, raum-zeitliche Ereignisse mit wirklichkeitskonstituierendem Charakter werden detailliert anhand einzelner Begegnungen im Café, an der Straßenbahnhaltestelle, im städtischen Parks oder auf urbanen Plätzen untersucht (Dirksmeier/Mackrodt/Helbrecht 2011).

Architektur, die ansonsten oftmals als stabil, objekthaft und persistent gedacht wird, kann somit in ihrer Bühnenfunktion für Performanzen bei der Untersuchung des öffentlichen Lebens in Städten eine wichtige Rolle spielen. Erst der performanztheoretisch informierte, sozialwissenschaftliche Blick kommt zu einer realistischen Einschätzung der Begegnungsqualitäten öffentlicher Räume. Durch diese konzeptionelle Perspektive erlangen das Wechselspiel von darstellendem Verhalten und Architektur, die Zusammenhänge zwischen Zeitlichkeit und Räumlichkeit der Situation, die kurzfristigen Gesten und Blicke, mitunter affektive Reaktionen auf die Performanzen des Gegenübers usw. ihre Bedeutung als eine Grundlage der Urbanität in der Weltgesellschaft. Wir haben diese Art von Urbanität, die aufgrund der Performanzen im Stadtraum entsteht, *performative Urbanität* genannt (Helbrecht/Dirksmeier 2009, 71-72).

Öffentliche Räume und Architekturen in Städten sind in ihrer Wahrnehmung, Nutzung, Lebendigkeit und Offenheit entschieden abhängig von der situativen Ausgestaltung und damit den Performanzen der jeweils anwesenden Akteure. Der Marienplatz in München ist ein anderer, ob zur Zeit des Oktoberfestes oberbayerische Trachtenkleidungen die Oberhand gewinnen oder des Nächtens im April eine versprengte Gruppe Jugendlicher die Mariensäule als Treffpunkt mit Gitarre nutzt. Es spricht viel für die These, dass eben nur jene Orte wirklich als städtische Orte interessant sind, die über eine performative Urbanität verfügen, also über eine hohe Wandelbarkeit in ihrer Nutzung, ihrem Ambiente, ihrem Publikum und ihrer Ausstrahlungskraft. Dies sind Orte, die in der Lage sind, spezifische Erwartungen zu wecken, zu enttäuschen, zu erfüllen und zu verändern. Dieses zu theoretisieren und somit zu einem Verständnis von Urbanität zu gelangen, das mit der Wandelbarkeit städtischer öffentlicher Räume und Plätze rechnet, ist eine lohnende Zukunftsaufgabe für eine zu erarbeitende *Neue Geographie der Architektur*.

Fazit: Plädoyer für eine Neue Geographie der Architektur

Eine *Neue Geographie der Architektur* ist eine denkbare Möglichkeit für eine sozial- und kulturtheoretisch informierte Stadtgeographie, die von verschiedener Seite geforderte

Thematisierung des Materiellen im fachinternen Diskurs zu verankern. Die Betrachtung der baulichen Umwelt in ihrer Funktion der Ermöglichung und Begrenzung von realitätskonstituierenden Performanzen eröffnet mannigfaltige Perspektiven auf die Stadt und ihre Architektur. Architekturen sind in der Lage, Erwartungen zu wecken. Das Wirksamwerden dieser Erwartungen kann sich unterschwellig vollziehen, etwa wenn bei Betreten einer Kirche unwillkürlich die Stimme gedämpft wird oder mit dem Schritt auf die Fantribüne des geliebten Fußballvereins ein lautes Singen sich plötzlich Bahn bricht (Baecker 2007). Diese Erwartungen können genauso ostentativ inszeniert werden, wie etwa bei einem Zurschaustellen der neusten Pradakollektion auf der Kö. Architektur und Performanz gehen dabei in ihrer Hervorbringung des Sozialen eine enge Bindung ein.

In der Gegenwartsgesellschaft zielt der Blick auf die Alltagshandlungen im Raum der Stadt, die mit der Performanztheorie als Darstellung und Aufführung zu denken sind. Versteht man Aufführung nicht als Repräsentation eines vorgängigen Skriptes, sondern als eine eigenständige Konstitutionsleistung (Fischer-Lichte 2004), bedeutet dies gleichzeitig, der Kontingenz städtischer Performanzen Raum zu geben. Städte, städtische Lebensweisen und städtische Räume entstehen genauso performativ in der Auseinandersetzung, Bewegung und Begegnung der Urbaniten mit sich und der baulichen Umwelt. Dieses Denken von Performanz und Performativität eröffnet Möglichkeitsräume für neue Fragen der Stadtforschung, basierend auf der Einsicht, dass die „Stadt (...) sich als Brutraum des Performativen [erweist]“ (Hasse 2010, 74-75). Zugleich schärft sich der Blick dafür, dass städtische Räume durch Performanz (mit)produziert werden (Thrift 2006). Dies können Gedächtnisorte sein, die ein „gegenwärtiges Selbstverständnis und aktuelle Selbstvergewisserung von Individuen oder Kollektiven manifestieren und in ihrer Architektur zum Ausdruck bringen“ (Fried 2008, 137) und die über bestimmte Performanzen des Erinnerns iterativ immer wieder neu hergestellt werden. Dies können genauso profane öffentliche Räume sein, die von ihrer baulichen Struktur her ein wechselseitiges Sich-Beobachten ermöglichen und auf diese Weise Menschen anziehen, einfach weil schon anderen Menschen dort sind und die so ein „Kongregationspublikum“ (Dirksmeier/Mackrodt/Helbrecht 2011, 93) entstehen lassen. Das „Totaltheater“ (Gropius 1967, 119) der Stadt generiert performative Urbanität, indem es architektonische Räume bereitstellt, in denen Funktionsüberlagerungen sie durchqueren und verweilen, andere beobachten und beobachtet werden, erinnern oder spielen die Regel und nicht die Ausnahme sind. Der gegenwärtig verstärkte durchgeführte Rückbau von monostrukturellen Fußgängerzonen ist nur ein Beispiel von vielen, wie über architektonische Maßnahmen performative Urbanität ermöglicht werden soll. Architekturen in der Stadt sind Bühnen, die in enger Wechselwirkung mit den Aufführungen der Urbaniten eine performative Urbanität konstituieren. Die Wandelbarkeit der Stadt beruht genauso auf Performanz wie auf Architektur. Einer *Neuen Geographie der Architektur* steht damit ein weites Aufgabenfeld offen – sie sollte schleunigst zur Aufführung gebracht werden.

Literatur

- Amin, Ash, Stephen Graham 1997: The Ordinary City. In: Transactions of the Institute of British Geographers, New Series 22. S. 411-429.
- Baecker, Dirk 2007: Form und Formen der Kommunikation. Frankfurt/Main.
- Bell, David 2007: The Hospitable City: Social Relations in Commercial Spaces. In: Progress in Human Geography 31. S. 7-22.
- Butler, Judith 1997: Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt/Main.
- Cole, Wendell 1963: The Theatre Projects of Walter Gropius. In: Educational Theatre Journal 15. S. 311-317.
- Dewsbury, John-David 2000: Performativity and the Event: Enacting a Philosophy of Difference. In: Environment and Planning D: Society and Space 18. S. 473-496.
- Dirksmeier, Peter 2009: Performanz, Performativität und Geographie. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 83. S. 241-259.
- Dirksmeier, Peter, Ulrike Mackrodt, Ilse Helbrecht 2011: Geographien der Begegnung. In: Geographische Zeitschrift 99. S. 84-103.
- Duncan, James 1990: The City as Text: The Politics of Landscape Interpretation in the Kandyan Kingdom. Cambridge.
- Fischer-Lichte, Erika 2004: Ästhetik des Performativen. Frankfurt/Main.
- Foster, Norman 2004: Hightech-Gestaltung – Ästhetik und Nachhaltigkeit prägen die Regeneration der Städte. In: Hubert Burda, Christa Maar (Hg.): Iconic Turn. Die neue Macht der Bilder. Köln. S. 247-259.
- Fried, Johannes 2008: Der Pakt von Canossa. Schritte zur Wirklichkeit durch Erinnerungsanalyse. In: Wilfried Hartmann, Klaus Herbers (Hg.): Die Faszination der Papstgeschichte. Neue Zugänge zum frühen und hohen Mittelalter. Köln. S. 133-197.
- Goebel, Rolf J. 2006: Queer Berlin: Lifestyles, Performances, and Capitalist Consumer Society. In: The German Quarterly 79. S. 484-504.
- Goffman, Erving 2008: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München.
- Gropius, Walter 1967: Theaterbau. In: Gropius, Walter: Apollo in der Demokratie. Mainz, Berlin. S. 115-123.
- Hall, Stuart 1993: Culture, Community, Nation. In: Cultural Studies 7. S. 349-363.
- Hasse, Jürgen 2010: Raum der Performativität. „Augenblicksstätten“ im Situationsraum des Sozialen. In: Geographische Zeitschrift 98. S. 65-82.
- Helbrecht, Ilse 2003: Der Wille zur „totalen Gestaltung“: Zur Kulturgeographie der Dinge. In: Hans Gebhardt, Paul Reuber, Günter Wolkersdorfer (Hg.): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. Heidelberg. S. 149-170.
- Helbrecht, Ilse, Peter Dirksmeier 2009: New Downtowns. Eine neue Form der Zentralität und Urbanität in der Weltgesellschaft. In: Geographische Zeitschrift 97. S. 60-77.

- Houston, Serin, Richard Wright, Mark Ellis, Steven Holloway, Margaret Hudson 2005: Places of Possibility: Where Mixed-Race Partners Meet. In: *Progress in Human Geography* 29. S. 700-717.
- Jacobs, Jane M. 2006: A Geography of Big Things. In: *Cultural Geographies* 13. S. 1-27.
- Janson, Alban, Sophie Wolfrum 2008: „Leben bedeutet zu Hause zu sein, wo immer man hingehet“. In: Jürgen Hasse (Hg.): *Die Stadt als Wohnraum*. Freiburg, München. S. 94-108.
- Jenkings, Lloyd 2002: Geography and Architecture: 11, Rue du Conservatoire and the Permeability of Buildings. In: *Space and Culture* 5. S. 222-236.
- Kazig, Rainer, Claus-Christian Wiegandt 2006: Zur Stellung von Architektur im geographischen Denken und Forschen. In: *Wolkenkuckucksheim* 10, 1. September.
- Kieserling, André 1999: *Kommunikation unter Anwesenden. Studien über Interaktionssysteme*. Frankfurt/Main.
- Knox, Paul, Peter J. Taylor, 2005: Toward a Geography of the Globalization of Architecture Office Networks. In: *Journal of Architectural Education* 58, 3. S. 23-32.
- Kraftl, Peter, Peter Adey 2008: Architecture/Affect/Inhabitation: Geographies of Being-In Buildings. In: *Annals of the Association of American Geographers* 98. S. 213-231.
- Lees, Loretta 2001: Towards a Critical Geography of Architecture: The Case of an Ersatz Colosseum. In: *Ecumene* 8. S. 51-86.
- McNeill, Donald 2005: Skyscraper Geography. In: *Progress in Human Geography* 29. S. 41-55.
- Meisenheimer, Wolfgang 2008: Die Konstruktion von Innenraumgefühlen durch Architektur. In: Jürgen Hasse (Hg.): *Die Stadt als Wohnraum*. Freiburg, München. S. 40-43.
- Schechner, Richard 2006: *Performance Studies. An Introduction*. 2. Aufl. New York.
- Sklair, Leslie 2005: The Transnational Capitalist Class and Contemporary Architecture in Globalizing Cities. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29. S. 485-500.
- Thrift, Nigel 2006: Space. In: *Theory, Culture & Society* 23, 2-3. S. 139-155.
- Tuan, Yi-Fu 1994: The City and Human Speech. In: *Geographical Review* 84. S. 144-151.
- Valentine, Gill 2008: Living with Difference: Reflections on Geographies of Encounter. In: *Progress in Human Geography* 32. S. 323-337.
- Vertovec, Steven 2007: Super-diversity and its Implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 30. S. 1024-1054.

Joachim Fischer ■

Rekonstruktivismus als soziale Bewegung. Die revolutionäre Rückkehr der okzidentalen Stadt

1 Rekonstruktivismus – oder wer besetzt die europäische Stadt?

In den letzten 20 Jahren hat die Rekonstruktion von Gebäuden und ganzen städtebaulichen Ensembles Konjunktur. Doch intellektuell hinken sowohl Befürworter als auch Gegner der Dynamik des Phänomens hinterher. Die Architekturkritik verwirft es pauschal und hadert mit der öffentlichen Akzeptanz von Rekonstruktionsprojekten (Buttlar 2010). Die „gebauten Geschichtsbilder“ werden als fatale Antithese zum gegenwärtigen, zukunftszugewandten, als modern und global begriffenen Leben dargestellt (Welzbacher 2010). Daran können auch gelehrte Reflexionen über das Phänomen „Rekonstruktion“ in der Geschichte (Hassler/Nerding 2010) nichts ändern – schlicht deshalb, weil sie nicht systematisch soziologisch ansetzen. Es gilt weiterhin der Schlachtruf: „Kampf dem Attrappenkult.“ (Pehnt 2011).

Sieht man genau hin, vollzieht sich neben dem fortlaufenden „Konstruktivismus“ der Moderne und dem in die städtische Bausubstanz demonstrativ einschneidenden Dekonstruktivismus (Libeskind-Paradigma) etwas, das man in seiner Wucht nur als „Rekonstruktivismus“ bezeichnen kann, hinter dem eine soziale Bewegung steht. Die Frage ist daher weniger, ob „Rekonstruktion“ ästhetisch oder ethisch gut oder schlecht sei, sondern wie man dieses Phänomen zu Beginn des 21. Jahrhunderts soziologisch aufklären kann. Helfen kann hier nicht die „Architekturkritik“, sondern nur eine neu verstandene „Architektursoziologie“ (Delitz 2010), die systematische Kategorien für die „Architektur der Gesellschaft“ (Fischer/Delitz 2009) bildet.

Die Überlegungen hierzu entfalten sich in zwei Teilen. Zunächst wird die soziale Energie von Architektur überhaupt soziologisch gefasst: Architektur als das omnipräsente „schwere Kommunikationsmedium“ der Gesellschaft (Fischer 2010). Wird Architektur in dieser Weise verstanden, wird klar, warum Architekturdebatten gerade auch in der Moderne, die sich vom Raum zu emanzipieren scheint, keine Nebendebatten sind, warum sie im Zentrum moderner Vergesellschaftung auftauchen. Zweitens und in der Hauptsache stellt sich angesichts der aktuellen innerstädtischen Rekonstruktionen die gesellschafts-

diagnostische Frage: Warum gibt es einen „Rekonstruktivismus“ in der Gegenwart, welche Gebäude (aus welcher Epoche, welche Bautypen) werden wiederaufgebaut? Warum zieht dieser Rekonstruktivismus große Teile der Bevölkerung in den Bann, mehr als der Dekonstruktivismus und mehr als die fortlaufende Architekturmoderne?

2 Architektur als schweres Kommunikationsmedium der Gesellschaft

Die in den Kultur- und Sozialwissenschaften vorherrschenden Denkschulen – von Derrida bis Luhmann – verstellen den Blick auf das Gewicht der Architektur, auf ihre kommunikative Bedeutung inmitten der Gesellschaft der Gegenwart. Wer die Schrift oder das Geld als Leitmedium der abstrakten Moderne ansetzt, gibt analytisch nichts in die Hand, um die Dauerpräsenz von Architekturdebatten in der Öffentlichkeit zu erklären – er verpasst deren Leidenschaftlichkeit. Um in den Debatten zur Architektur eine Form des sozialen Kampfes zu verstehen, braucht man einen Begriff, der die soziale Energie von Architektur aufklärt – über den Nutzaspekt von Bauten hinaus.

Architektur ist eine spezifisch menschliche Kulturtechnik. Fasst man den Menschen gleich anderen Lebewesen als grenzrealisierendes Lebewesen, dann muss er von Natur aus – anders als die Tiere – seine Grenzen im Verhältnis zur Welt selbst setzen, sie künstlich bestimmen. Menschliche Lebewesen setzen Grenzen (durch Masken, Institutionen, Kleider), um sich zu stabilisieren und voreinander zur Erscheinung zu bringen. Architektur ist so gesehen eine dritte Haut, eine „Baukörpergrenze“ (Fischer 2010), durch die sich Bauherren und Bewohner verhüllen und zugleich manifestieren – hinter und durch die Mauern, Türen, Fenster und Fassaden. Sempers Bekleidungstheorie der Architektur (Wand = Gewand) ist soziologisch sehr aufschlussreich. Architektur als symbolische Form der Welt- und Selbstaneignung ist demzufolge immer zugleich ein Kommunikationsmedium: Durch den Erscheinungscharakter der Baukörpergrenzen kommt es zu einer genuin vermittelten Expressivität der Bewohner untereinander, die Häuser strahlen Kommunikationsofferten ab, sie sind frontal zueinander gestellt, haben „Gesichter“. Man muss hier die animistische Kindheitserfahrung ganz ernst nehmen: Häuser erscheinen selbst wie beseelte Körper vor- und zueinander, die einander und den Betrachtenden anblicken. Die Siedlungen, die Städte sind gerade im Erleben der Stadtbewohner nicht in physische Bau-Umwelten einerseits und sprachliche Interaktion der menschlichen Mitwelt andererseits getrennt, sondern die Stadt als Baukörperensemble ist selbst bereits eine Mitwelt – jede Siedlung ist ein Kommunikationssystem von Baukörpern.

Jeder Baukörper ist expressiv, symbolisch; es gibt keine „inhaltsleere“ Architektur. Jede Architektur – und sei sie noch so „funktional“ oder „sachlich“ – kommuniziert gesellschaftliche Selbstverständnisse, macht sie dem Einzelnen begreifbar (Delitz 2010). Dieser Kommunikationsmodus der Architektur ist nicht mit dem von Bildern oder Texten (oder gar von Theaterkulissen) zu verwechseln. Was wird durch Baukörpergrenzen permanent und omnipräsent kommuniziert? In jedem Fall sind es Funktionsdifferenzen der Vergesellschaftung durch Bautypen (privat/öffentlich; profan/sakral), immer auch Status- und

Stratifikationsgrenzen (durch Etagen und Wohnlagen, Größenverhältnisse, Aufwand) und schließlich, bedeutsam für die Vergesellschaftung durch Architektur, Generationsdifferenzen – durch Abriss und Umbau, durch den Neueinsatz oder die Renaissance von Baustilen, in der jede gegenwärtige Generation wie in Existentialentwürfen der Vorwelt (an sie anlehnend oder sie verwerfend) und einer Nachwelt (sie festlegend) kommuniziert, wie eigentlich zu leben sei (Illies 2005). Deshalb, und jetzt sind wir dicht an der sozialen Energie von Architektur, gibt es einen ständigen sozialen Kampf um die Regulation der Baukörpergrenze, um die konkrete Gestalt der gebauten Stadt. Man kann es noch anders sagen: Touristen, Reisende, Fremde, die die Verkehrssprache einer Gesellschaft nicht oder kaum kennen, erschließen dennoch Grundzüge der Vergesellschaftung aus der Art der Baukörpergrenzziehung, aus dem existierenden Kommunikationssystem der Baukörper – und zwar deshalb, weil die spezifische Gesellschaft sich selbst im Medium der Architektur bereits zur repräsentativen Erscheinung und Geltung bringt.

Warum gibt es aber mitten in der modernen Gesellschaft Architekturdebatten, Streit um den gebauten Raum – wo die moderne Vergesellschaftung doch grundsätzlich auf abstrakte, virtuelle Medien umgestellt zu sein scheint? Man muss sich die Verblüffung der Kultur- und Sozialwissenschaften als den Kompetenzwissenschaften der Moderne vergegenwärtigen, die Überraschung über die gegenwärtige Heftigkeit von Architekturdebatten, die sie aus ihren theoretischen Voraussetzungen nicht erwarten konnten. Aus der Sichtweise der soziologischen Systemtheorie scheint die moderne Gesellschaft in der Modernität ihrer Kommunikationsmedien aus dem Raum und aus der Stadt ausgestiegen zu sein, weshalb Luhmann selbst weder die Stadtsoziologie noch die Architektursoziologie als gegenwartsdiagnostisch relevant ansehen konnte (Baecker 2005). Man kann sich jedoch helfen, wenn man Luhmanns Theorie der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien (Luhmann 1997) mit Plessners Theorem der „exzentrischen Positionalität“ des Menschen verknüpft (Fischer 2006). Als „exzentrische Positionalitäten“, also als Lebewesen, die in Distanz zum eigenen Körper gesetzt sind, erfinden die Menschen gleichsam zum Ausgleich raumabgelöste „geflügelte Kommunikationsmedien“ wie Sprache, Schrift, Geld, Internet, aber auf Grund ihrer unaufhebbaren „Positionalität“, die sie als Lebewesen mit Pflanze und Tier teilen, bleiben sie auch in der modernen Gesellschaft auf die Architektur als „schweres Kommunikationsmedium“ (Fischer 2010) angewiesen. Auch, ja gerade in der artifiziellen urbanen Vergesellschaftung, in den Megacities schaffen sich die körpergebundenen, aber auf künstliche Grenzziehungen verwiesenen Subjekte durch die gebaute Stadt ein unhintergebares symbolisches Kommunikationsmedium der Baukörper-Grenzleistung, der Inklusion und Exklusion, der Distinktion, der Repräsentation. Diese Kommunikationsofferten der Gebäude erfahren sie nicht so sehr als bloße Nutzer, sondern als „Gleiter“, die in die Baukörper hinein- und hinausschlüpfen, aus ihnen hinausblicken, an ihren Fassaden entlangstreichen und sie durch Platzüberquerungen zueinander in Beziehung setzen.

3 Rekonstruktivismus als soziale Bewegung

Warum kommt es seit den 1980er Jahren zu ersten „Rekonstruktions-Schwalben“ – und dann ab 1990 zu einem rekonstruktivistischen Durchbruch, so dass mitten in der Moderne Schlösser, Kirchen und bürgerliche Stadtkerne wiederhergestellt und zur Sichtbarkeit gebracht werden? Angesichts der vielerorts vor allem kommunal sich bildenden, emotional-kognitiven, öffentlichen und (durch Spenden) privat-finanziellen Aufmerksamkeit für die wiederzugewinnende Architektur der Innenstädte muss man von einer sozialen Bewegung sprechen und damit einen Begriff der Soziologie gebrauchen, den diese gern für ganz andere Anliegen reservieren möchte. Gängige stadt- und raumsoziologische Erklärungsversuche für die architektonischen Rekonstruktionsinitiativen erfassen diesen Charakter einer sozialen Bewegung nicht – sie verstellen eher den diagnostischen Blick auf das Phänomen der Rekonstruktion. Auf keinen Fall handelt es sich nämlich um eine bloße Frage der *Stadtbildlichkeit* im Sinne einer Wiederkehr der Bildlichkeit in der Architektur gegenüber der bloß funktionalen, sachlichen Architektur der Moderne – getreu dem Motto: nach der Bildlosigkeit der klassischen Moderne setzt sich nun das Verlangen nach Bildern oder Kulissen oder Attrappen durch (Löw 2009). Das ist ein diagnostisches Grundmissverständnis. Wenn nämlich gilt, dass alle Architektur per se durch die Baukörpergrenze expressiv, d. h. auf sinnliche Erscheinung angelegt ist und als kommunikatives Medium der Vergesellschaftung funktioniert, dann war gerade auch die so genannte moderne Architektur expressiv oder symbolisch. Zweifellos hat sich die klassische Moderne selbst als „funktionale“ Architektur definiert und durchzusetzen versucht, aber soziologisch gesehen funktionierte sie expressiv über die mitten in die alten Städte gesetzten weißen Baukörper – als eine kommunikative Revolution, ein Umbruch im Kommunikationsmedium Architektur. Das Bauhaus, seine Architektur, war wie alle Architektur genuin symbolisch, kommunikativ angelegt, und erst an diese Expressivitätsdimension lagerten sich die viel beredeten praktischen Funktionen an.

3.1 Die sozialistische Stadt – *expressiver* Aufbruch und Durchbruch der nichtbürgerlichen Moderne

Am deutlichsten kann man das in den großen sozialistischen Stadtbauprojekten seit den 1960er Jahren erkennen, wo einige Ansätze der modernen Bauhaus-Bewegung auf den Punkt kamen und wegen der Aufhebung des Privateigentums erstmals großflächig und massenhaft in den alten Stadtzentren realisiert werden konnten. Man muss die Architektur der sozialistischen Gesellschaften der 1950er von der der 1960er Jahre unterscheiden: Die Neoklassizismus bzw. die Neobarockisierung der sozialistischen Städte der 1950er (Stalinallee in Berlin; Altmarkt in Dresden) folgte dem Imaginären der revolutionär-nichtbürgerlichen Moderne, Wohnanlagen und Kulturstätten als *Paläste* für die den Hütten entkommenden Industriearbeiter und -bauern zu bauen – gleichsam ein kollektives Unrecht der Vergangenheit symbolisch abzugelten; die Architektur der sozialistischen Gesellschaf-

ten der 1960er Jahre hingegen folgte dem Imaginären des Aufbruchs in die kommunistische Zukunft – mit den konzeptionellen ‚Bausteinen‘ des Bauhauses. Die innerstädtische Durchdringung ganzer okzidentaler Städte mit dem nachkriegsmodernen Baumuster (das Ensemble der Prager Straße in Dresden oder Alexanderplatz, Palast der Republik und Leipziger Straße in Berlin) und die sozialistische Neugründung ganzer Städte (Halle-Neustadt) sind nur die markantesten deutschen Beispiele für diese neuartigen architektonischen Kommunikationsofferten. Die Stadt Halle ist ein Prototyp, weil hier die sozialistische Gesellschaft Ende der 60er Jahre gleichsam aus einer alten, die geschichtlich überwundene Epoche verkörpernden Stadt (Halle) auszieht und aufbricht in eine neue Zukunftsstadt (Halle-Neustadt).

Man kann die Bildlichkeit dieser sozialistischen Stadtmoderne an der Prager Straße in Dresden ablesen – neben dem Alexanderplatz in Berlin die spektakulärste moderne Architektur in der vernunftsozialistischen DDR-Gesellschaft. Es ist das seit 1962 – also in der Phase des Konsolidierung des Gesellschaftsprojektes – konzipierte, in den 60er Jahren gebaute und 1973 vorläufig abgeschlossene Bauensemble, das das innerstädtische Gesicht auf einer fast vollständig kriegszerstörten Straße zwischen Bahnhof und Stadtkern veränderte. Auffällig auf der Fußgängermagistrale, für die die ursprüngliche Breite von 18 auf 60 Meter gedehnt wurde, ist neben den drei Hotels und einem Warenhaus das innerstädtische Scheibenwohnhochhaus – einen knappen viertel Kilometer lang, 12 Stockwerke hoch, als Apartmentwohnblock konzipiert mit 175 Einzelzimmern und 416 Zweizimmerwohnungen. In jedem Fall ist dieses Ensemble ein Dokument von Architektur als Kontrollorgan, als Sozialdisziplinierung. Die DDR, aus deren Mitte dieses Ensemble gebaut wurde, war eine Klassen-Herrschafts-Gesellschaft, hat sich bewusst als eine Herrschaftsgesellschaft verstanden – die Herrschaft einer Klasse und ihrer führenden Partei – und war mit ausübender Gewalt geladen, insofern sie z. B. mit Staatsgewalt ihren Mitgliedern die private Aneignung und Nutzung von Produktionsmitteln einschließlich Boden untersagte.¹ Ebenso interessant wie die Sozialdisziplinierung erscheint die Frage der Sozialexpressivität: Kam in diesem Stadtensemble die neue herrschende Klasse als Auftraggeber zum Ausdruck? War es eine Auskristallisation ihrer Utopie? Die Frage, ob nach Zerschlagung der bourgeois Parzellenplanung die Bauarbeiter auch die Bauherren werden, ob sich mit der Arbeiterklasse nicht nur ein neuer Arbeitgeber, sondern ein neuer Auftraggeber, ein neuer Bauherr erzeugt, war eine Schlüsselfrage nicht nur der Intelligenz der Partei, sondern der mit der DDR parteilichen besten Köpfe der Intelligenz. Bezeichnenderweise ist einer der bedeutendsten Romane der DDR – „Franziska Linkerhand“ – ein unvollendeter Stadtarchitekturroman, den Brigitte Reimann von 1963 bis zu ihrem frühen Tod 1973, also zeitgleich zur Genese der Prager Straße, um ihre Heldin, die junge, sinnliche Architektin Franziska, herum geschrieben hat (Reimann 1998). Inspiriert und ausdrücklich aufgefordert wurde sie zu „Franziska Linkerhand“ vom wahrscheinlich originellsten Berliner DDR-Architekten Hermann Henselmann (Reimann/Henselmann 2001) und in Auseinandersetzung mit eigenen zwiespältigen Siedlungserfahrungen in der sozialistischen Braun-

kohle-Stadt Hoyerswerda, dieser Demonstration der Industrialisierung der Bauweise und der sozialistischen Umgestaltung des Bauwesens. „Das ist ein Abenteuer, ein Wagnis, von dem die großen Architekten geträumt haben: eine neue Stadt zu bauen, ein paar Hundert Hektar Land, auf denen man eine städtebauliche Idee verwirklichen kann – und wem hat man je eine solche Chance geboten? Niemeyer mit seinem Brasilia, Le Corbusier, den Kiruna-Leuten ... Und Schafheutlin mit der Neustadt.“ (Reimann 1998, 195).

Geht man vor diesem Hintergrund dem utopischen Gehalt des Ensembles Prager Straße nach, muss man die Frage des objektiven Gebrauchs- und Ausdrucksgehalts des Ensembles mit der Frage der Anerkennung dieses Stadtbaus durch die Beteiligten und Betroffenen verknüpfen. Zunächst wird man immer auf elementare pragmatische Motive stoßen, z.B. die Ausstattung der Wohnungen im Vergleich zum bisherigen Wohnraum. Es waren von Gestank, Lichtarmut und Feuchtigkeit befreite Wohnungen, lichtgeflutet, warmwasserströmend, geruchsfrei, trocken, fahrradgefordert. Die architektursoziologische Hypothese ist, dass die Prager Straße seitens ihrer Erbauer, fördernden Funktionäre und schließlich Benutzer – also des „gesellschaftlichen Auftraggebers“ in Gestalt der verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen und Personen – nicht nur auf der praktischen Ebene des Körpers, seiner Bedürfnisse und Annehmlichkeiten, sondern auch auf der Ebene des Leib- und Lebensgefühls, atmosphärisch und damit symbolisch innere Akzeptanz finden konnte. Etwas von der utopischen Energie des sozialistischen Projekts ist in diesem architektonischen Ensemble leibatmosphärisch aufgefangen und verwandelt worden und hat ihm Tiefenlegitimität verschafft. Und das gilt unabhängig davon, dass sich die Wohnbewohner der Prager Straße vermutlich aus dem ‚Privilegierten-Kreis‘ des sozialistischen Gesellschaftsprojekts rekrutierten.

Zu vermuten ist, dass die stadtgeschichtlich ungewöhnliche Weiträumigkeit der Straße, die wohlgerne keinen Platz, sondern eine Straße bildet, dem Leibgefühl der Weitung derjenigen entspricht, die der Engung und leiblichen Beklemmung der Hinterhöfe der Äußeren Neustadt oder sonstiger Quartiere strukturell entronnen sind. Brechts und Eislers Solidaritätslied ‚Vorwärts und nicht vergessen‘ hatten in proletarische Raumbesetzung und Leibweitung eingeweiht: „Und die Frage konkret gestellt: Wessen Straße ist die Straße, wessen Welt ist die Welt?“

In dieses in vielen sozialistischen Bauanlagen erkennbare Begehren nach Weitung des Raumes fügt sich auch das riesige Scheibenhochhaus an der Prager Straße inmitten der Stadt – vor dem jeder, der die Utopie als ‚Hinterwelt‘ dieser Architekturformen nicht kennt, erschrickt – als symbolischer Ausdruck der Lebensformen einer sozialistisch gewollten Gesellschaft. Man kann diese elementare Bildlichkeit der sozialistischen Bauhausmoderne sine ira et studio konstatieren – und zwar am Le Corbusier-inspirierten Wohnblock mitten im Zentrum Dresdens. Sine ira et studio meint: Ganz unabhängig davon, was man sozial-ethisch von der sozialistischen Moderne hält – in jedem Fall verkörperten ihre Bauten ein Imaginäres. Mindestens vier Ausdruckskonnotationen drängen sich angesichts dieses Scheibenwohnhochhauses auf (und hier exemplarisch für sozialistische Architektur der

1960-70er Jahre). Erstens: Die arbeitenden Stadtbewohner rücken aus Randquartieren wohnend ins Zentrum der Stadt vor – jedenfalls ist ihnen diese Lebenschance strukturell eröffnet. Zweitens: Alle Wohneinheiten erscheinen im Prinzip gleich – die Anschauung der vom Gesellschaftsprojekt her versprochenen Lebenschancengleichheit. Drittens: Alle Wohneinheiten hängen im Prinzip miteinander zusammen, es ist kein Spalt zwischen ihnen: die Anschauung des konstitutionellen Aufeinanderverwiesenseins der Existenzen (Solidarität). Und viertens schließlich müssen, oder besser sollten es – vom symbolischen Anschauungsbegehren her – sehr viele Wohneinheiten zusammen sein, am bestem im Hochhaus-Block: Anschauung der gemeinsamen Stärke („gemeinsam sind wir stark“). Diesen Willen zum kollektiven Machtausdruck kannte schon der austromarxistische Karl-Marx-Hof, eine aus der kommunal herrschenden Wiener Arbeiterbewegung gebaute komfortable Arbeiterwohnfestung (1926-1930) inmitten einer bourgeoisen Gesellschaft. In dem Moment, da aber die Eigentums- und Bodenfrage gesamtgesellschaftlich geklärt ist, bedarf es von der Logik der Projekts her architektonisch nicht mehr der defensiven Machtanschauung, sondern der utopische Wohnblock kann in ganzer Breitseite offensiv die Stadt dominieren.

Der ungewöhnlichen „Weitung“ des gegliederten Straßenraums ist vom Leibgefühl² her auch eine einladende Geste eingeschrieben. Pragmatisch ist die Prager Straße der Versuch, die Verödung der Stadtmitte zu jeder Tages- und Nachtzeit strukturell zu vermeiden durch die ungewöhnliche gleichzeitige Konzentration von Wohn- und Hotelhochhäusern. Vom Bahnhof aus sollten die nationalen und internationalen Touristen kommen, die etwas Besonderes zu sehen erwarten, und sich mischen mit den normalen Stadtbewohnern, die auf die Fremden besonders neugierig sind. Symbolisch hat das Ensemble der Prager Straße etwas von der utopischen Großzügigkeit, mit der sich das sozialistische Projekt den Gästen öffnen zu können vermeinte.

Der gegliederten Weiträumigkeit des Raum-Ensembles entspricht schließlich das Begehren nach Überfluss für möglichst alle, sichtbar, vernehmbar und spürbar in der ungewöhnlichen Überfülle der Wasserspringbrunnen, in deren sprühenden Wassern, überlaufenden Schalen und Becken die Utopie der gekonnten produktiven Distribution strömt, die sich – architektonisch – zwanglos wiederholen sollte im Warenhaus Centrum, der mit seinen (für die DDR ungewöhnlichen) Rolltreppen konkretisierten Vision des „Überflusses für alle“. Dass dieser Überfluss faktisch letztlich nicht organisiert werden konnte, ändert nichts am Ausdrucksgehalt. Überhaupt darf architektursoziologisch das nachträgliche Bewusstsein vom internen Zusammenbruch des sozialistischen Projekts nicht den Blick auf die in die Bauanlage eingespeicherte utopische Energie verstellen. Diese Energie gipfelte in dem allseitig sichtbaren Rundkino, das als ästhetisch klar gestalteter zyklischer Lichtspieltempel der Massenkultur, des Reiches der Freiheit in der Freizeit und als Initiationsstätte der „Jugendweihe“ einen, den Punkt setzte, einen Tupfen, der im Grundrissplan als das i-Tüpfelchen der Gesamtanlage erkennbar ist, das sich noch einmal mit seiner Fassade in der großen Wasserspielanlage spiegelte.

Eine objektive Hermeneutik kann noch eine Bedeutungsschicht des Ensembles ‚Prager Straße‘ freilegen. Die gesamte ursprüngliche sozialistische Stadtanlage hat eine ‚futuristische‘ Anmutung. Es ist, als ob stadtzentriert eine extraterrestische Landebahn angelegt worden sei. Die ungewöhnliche Spannbreite der Straße reißt mitten in der Stadt lauter Raum herein, der Himmel ist tagsüber und nachts enorm weit. Das historische Apriori der 60er Jahre, wie es sich im sozialistischen Projekt gefasst und ausgelegt hat, hat sich selbst als Bauen in der Ära der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ verstanden. Die (im Rückblick vermessene) Idee war, dass die sozialistische Gesellschaftsordnung zentrale sozioökonomische Konflikte als gesellschaftliche Blockaden außer Kraft setzt und damit Ressourcen für neue Gattungsprojekte freisetzt – am sichtbarsten in der Kosmonautik, so wie sie von der Sowjetunion in dieser Avantgarde-Ära vorangetrieben wurde. Dem Ensemble der Prager Straße ist auch diese kosmologisch-kosmonautische Dimension eingezeichnet (vergleichbar dem Alexanderplatz-Ensemble in Ost-Berlin).

Was kommunizierten also die dezidiert nichtbürgerlichen Gesellschaften im Medium dieser Architekturen – und zwar mit der Symbolsprache der Bauhausmoderne?³ In jedem Fall Aufbruch, im Schiffahrtsmotiv der großen weißen Baukörper mit ihren horizontalen Fensterbändern, seit Mitte der 1960er Jahre auch himmelstürmenden kosmonautischen Aufbruch, aber vor allem Egalität (vornehmlich in den Wohnscheiben oder -hochhäusern mit gleichartigen Wohneinheiten). Die modernen Massenbauten kommunizieren in den Städten immer auch die Herrschaft der Masse. Alles in allem kommunizieren modern durchgesetzte Siedlungen das Prinzip der Sicherheitsgesellschaft wechselseitiger Berechenbarkeit, der planvoll vernünftigen Organisation menschlichen Lebens im wohlverstandenen Interesse aller. Die Bauhaus-Idee kam im sozialistischen Stadtbau bis in die Zentren hinein zu ihrer realisierbaren Hochexpression. Man erkennt in diesen baulichen Massensymbolen die disziplinierte Industriearbeitergesellschaft, die sich mit ihrem Imaginären in den Städten gesetzt und durchgesetzt und innerhalb dieser Baugestalt ihre Praktiken, ihre Gerechtigkeitsnormen, ihre kulturellen Erscheinungsformen entfaltet hat. Das lässt sich kultursoziologisch mit einem Blick erkennen, ohne dass man die Prämissen dieses nichtbürgerlichen Gesellschaftsprojektes zu teilen braucht. Auf keinen Fall war diese sozialistische Sicherheitsgesellschaft eine „kleinbürgerliche“ Gesellschaft – wie manchmal kolportiert wird –, denn ein Erwerb von privatem, hypothekenbelastetem Wohneigentum in den modernen Massenbauten war nicht vorgesehen: eine solche petite bourgeoisie gehörte definitiv nicht zum sozialistischen Projekt.

3.2 Die revolutionäre Rückkehr: Die europäische Stadt als das bürgerliche Imaginäre

Wenn alle Architektur – und die moderne in besonderer Weise – expressiv ist, dann kann die gegenwärtige Rekonstruktionsbewegung der Städte im Zeichen der „europäischen Stadt“ also nicht eine bloße Wiederkehr der Bildlichkeit der Städte, ihrer Stadtbildlichkeit

gegenüber einer angeblich bildlosen Moderne sein, sondern allenfalls ein radikaler Wandel in der Art der Bildlichkeit der Architektur, ein Wandel in der Art, wie und was sich die Gesellschaft durch die Expression ihrer Baukörper vermittelt und repräsentiert. So gesehen greift auch die politisch-ökonomische Erklärung zu kurz, nach der die Rekonstruktion nun vor allem Imagemanagement der Städte in der globalen Standortkonkurrenz um Investitionen und Humankapital sei. Sie folgt der klassischen Kapitalismustheorie, die Architektur nur als bloßes Überbauphänomen versteht und ratlos vor dem Rekonstruktivismus als einer sozialen Bewegung steht. Und auch die Erklärung, hier äußere sich angesichts der Stürme der Globalisierung eine Rückkehr zur Geborgenheit der Geschichte überhaupt, ist zu pauschal: Zurückgegriffen wird ja im Leitbild der „europäischen Stadt“ auf eine bestimmte, geschichtlich unwahrscheinliche Formation der okzidentalischen Stadt – nicht pauschal auf die Geschichte des Bauens durch alle Kulturen hindurch.

Wie lässt sich also die soziale Rekonstruktionsbewegung soziologisch aufschlüsseln? Welches gesellschaftliche Imaginäre⁴ gelangt hier im Medium der rekonstruierten, neu akzentuierten und gepflegten architektonischen Stadträume zur Sichtbarkeit?

Man kann mit einer einfachen Heuristik beginnen. Wo kam es eigentlich zu der ereignishaften, ja dramatischen Wiederentdeckung, zur Wiederbesetzung der so genannten „europäischen Stadt“? Oder anders formuliert: Im Zuge welcher Ereignisse rückte das Bau-schicksal der „okzidentalischen Stadt“ – nach Max Weber die sozio-kulturelle Brutstätte des europäischen Bürgertums (Weber 2000) – in den Aufmerksamkeitsfokus einer europäischen, ja einer weltweiten Öffentlichkeit? Die Hypothese: Alles beginnt 1989, mit den ostmitteleuropäischen Bürgerbewegungen und Revolutionen in den sozialistischen Gesellschaften, die für die Soziologie damals eine Überraschung waren und in deren Sog nun auch – bereits seit den 80er Jahren insgeheim begehrte – Stadt-Rekonstruktionsprojekte der alten Bundesrepublik einen unerwarteten, bis ins 21. Jahrhundert tragenden Élan vital bekommen. Die politisch-kulturelle Wiederbesetzung der im Zuge der sozialistischen Stadtplanung verödeten und verwüsteten Stadtkerne (in großen und vielen kleinen Städten)⁵, in denen die verfallenen, dem Verfall preisgegebenen bürgerlichen Baukörper (des 17., 18. und 19. Jahrhunderts) vor sich hinbröselten – inmitten dieser modernen, von sozialistischen Wohnschieben sowie Kultur- und Volkspalästen dominierten Baukörper-räume kam es zur Wiederaneignung des öffentlichen Raumes in riskanten Demonstrationen, deren Ausgang niemand vorhersehen konnte.⁶ Tausende, Hunderttausende haben 1989 an diesen Orten der Leere (*voids*) den „Geschmack der Freiheit“ (Hannah Arendt) erfahren, als sie inmitten einer revolutionär sich bildenden Öffentlichkeit den wieder-erobernden Schritt auf die Plätze riskierten. Soziologisch gesehen ist 1989 eine transnationale Gesellschaftsrevolution, ein Strukturereignis, das mit den Begriffen der „Wende“ oder der „Transformation“ nicht hinreichend erfasst ist. Mitglieder der sozialistischen Sicherheitsgesellschaften verwandelten sich Schritt für Schritt in riskierende Akteure einer bürgerlichen Vergesellschaftung (Fischer 2009). Am Beginn stand die revolutionäre Wiederherstellung des öffentlichen Raumes der versunkenen okzidentalischen Städte und das

Prinzip der gewagten Assoziations- und Vereinsbildung (*civil society*), begleitet bereits von der neuen „Geburt der Stadt aus dem Geist des Marktplatzes“: „Von dem Tag an, an dem die ersten Kooperativen und privaten Geschäfte möglich wurden, kristallisierte sich an belebten Kreuzungspunkten, an Bahnhöfen, Metroübergängen, stark frequentierten Plätzen“ eine neue Buden- und Kioskstadt (Schlögel 2011); konsequent folgte dann die Restitution des bourgeois Privateigentums von Grund und Boden (Haus- und Wohneigentum) auch in den Städten und die massenhafte Zulassung quasi-bildungsbürgerlicher Individualisierungsentwürfe, die sich im öffentlichen Raum zur Erscheinung bringen (durch Kleidermoden, Automobile etc.). Die Wiederentdeckung der okzidentalen Stadt vollzieht sich in einer Gesellschaftsrevolution ohne Vorbild, denn es handelt sich ja nicht um den für die Soziologie klassischen Fall einer Umwandlung von vormodernen, feudalen Gesellschaften in moderne Gesellschaften, sondern um den neuartigen Fall der Verwandlung moderner, hinsichtlich der Lebensversicherung gar modernster sozialistischer Sicherheitsgesellschaften in bürgerliche Risikogesellschaften – wenn denn zur bürgerlichen Lebensform immer die Möglichkeit der Verarmung, der Exklusion, des privaten und öffentlichen Scheiterns, des Misslingens, des Bankrotts, des Konjunkturabsturzes, der Abwahl gehört. Diese dramatische revolutionäre Herstellung der bürgerlichen Gesellschaft Ende des 20. Jahrhunderts vor den Augen der Weltöffentlichkeit hat Folgen für alle bereits verbürgerlichten (und auch für die noch nicht verbürgerlichten) Gesellschaften: Es ist die Anerkennung ihrer Vergesellschaftungsprinzipien durch Fremdaffirmation. Und weil sie sich in den verrotteten, von den dezidiert nicht-bürgerlichen Gesellschaftsprojekten der Liquidierung preisgegebenen alteuropäischen Bau-/Schauplätzen vollzieht, führt dieser revolutionäre Grundimpuls zu einer flächendeckenden, leitbildhaften Wiederentdeckung der „europäischen Stadt“ insgesamt als historische Brutstätte des sich riskierenden Bürgertums. In der revolutionären Renaissance und Rekonstruktion der restbürgerlichen Städte mitten in den sozialistischen Voids erkennt man im Nachhinein, dass sich bereits in den 1980er Jahren in der inneren Erschöpfung des sozialistischen Großprojekts des 20. Jahrhunderts im Osten (Gewerkschafts-Bewegung) und parallel in der inneren Erschöpfung des modernen Bauhaus-Projekts im Westen (Postmoderne Architektur; erste spektakuläre, weil umkämpfte Rekonstruktionen – Alte Oper in Frankfurt a.M.; Frankfurter Römerberg; Knochenhaueramtshaus in Hildesheim) die Wiederentdeckung der Grundrisse bürgerlicher Lebensform als Zukunftsvision ankündigte. Auch die alternative Hausbesetzerbewegung Anfang der 1980er Jahre, die um die Gründerzeitviertel in Frankfurt und West-Berlin kreist, erscheint im Nachhinein als ‚Vorahnung‘ und ‚Vorahnung‘ dieser überraschenden Rückkehr zur Bürgerlichkeit am Ende des 20. Jahrhunderts. Dass die „Grünen“ seit den 1990er Jahren – soziologisch gesehen – die „neue Partei des Bürgertums“ (Haas 2005), des dezidiert europäischen Stadtbürgertums werden, ist dann nur noch ein Schritt.

Dresden mit der Bürgerinitiative zum Wiederaufbau der Frauenkirche und des ganzen komplementären Bürgerquartiers des Neumarktes (Fischer/Delitz 2007) und Frankfurt mit seinen innerstädtischen Abriss- und Rekonstruktionsplänen sind ausstrahlende und

einander verstärkende Beispiele des Rekonstruktivismus, der von einem sich erneuernden Restbürgertum (in Dresden) und einem sich neu entdeckenden Stadtbürgertum (Frankfurt) getragen wird. Tiefenresonanz erhalten die innerstädtischen Rekonstruktionsprojekte durch das Stadterneuerungsprogramm („Städtebaulicher Denkmalschutz“), das nach der Gesellschaftsrevolution von 1989 für 200 größere und kleinere Städte in der ehemaligen DDR unter dem Motto „Rettet die Altstädte“ aufgelegt wurde und seit 2009 auch für die westdeutschen Städte in Anspruch genommen wird. Die Gesellschaft beobachtet offensichtlich in dieser Art der öffentlichen Unterstützung den Zusammenhang von Einzelgebäuden, öffentlichem Raum und gesamter Stadt, um inmitten der bürgerlichen Moderne den Quellcode der okzidentalen Stadt sicht- und lebbar zu halten.

Berlin ist ein Sonderfall mit einer noch nicht absehbaren Eigendynamik der Rekonstruktion der bürgerlichen Stadtmitte. Man muss in Berlin die Dinge im Zusammenhang sehen. Bereits der umstrittene Wiederaufbau des Potsdamer Platzes, *das* Architekturdrama der 1990er Jahre, lässt sich, soziologisch recht verstanden, als eine Rekonstruktion bürgerlicher Vergesellschaftung unter Bedingungen der Gegenwart entziffern (Fischer 2004). Das Auffälligste oder Spektakulärste war doch, dass gerade an der Potsdamer/Leipziger Doppelplatzanlage, deren nahezu vollständige Leere durch Kriegszertrümmerung und Nachkriegsabräumung für extreme moderne Architekturfantasien und radikale architektonische Neuanfänge offen stand, der eben noch erkennbare, selbst durch die Mauerführung nicht ausgelöschte Stadtgrundriss eingehalten wurde. Die offene Ausgangssituation war ähnlich wie auf der Prager Straße in Dresden Anfang der 1960er Jahre, aber nach 1989 kam es am Potsdamer Platz zu einem vollständig verschiedenen Umgang mit der Lage der Leere. Man schloss eben nicht an die hier platzierten Verkehrsstromfantasien eines Martin Wagner aus den 1920er Jahren an, sondern vielmehr an den Aufstieg des Ortes seit 1871 als vitaler Platz einer sich verbürgerlichenden Moderne im Deutschen Reich (mit Warenhäusern, Hotels, Dienstleistungsgebäuden, Vergnügungsbauten, Cafés mitten in einer Wohnbebauung). Die Wiederherstellung des Ensembles Potsdamer Platz/Leipziger Platz ist – alles in allem – eine architektonische Anknüpfung an die bürgerliche Konsumgesellschaft des späten 19. Jahrhunderts – nun aus der Position der verbürgerlichten Massengesellschaft.

Und dann ist da das Projekt des Schlossbaues, das als Verhüllungsakt initiiert wurde und damit sofort seine eigentliche Stoßrichtung zu erkennen gab: als Verhüllung nämlich des zentralen Baukörpers eines dezidiert nicht-bürgerlichen Gesellschaftsprojekts der Moderne, jenes Projekts, das durch die ostmitteleuropäische Gesellschaftsrevolution von 1989 beendet wurde – und damit auch architektonisch, jedenfalls im Zentrum, zum Verschwinden gebracht werden sollte. Der Schlosswiederaufbau lässt sich – bei allem erbitterten Streit – als Schachzug des kollektiven Imaginären der sich neu verbürgerlichenden Gesellschaft interpretieren, das an die „okzidentale Stadt“ anknüpfen möchte, indem es den anti-bürgerlichen Gegenbau (Volkspalast einer sozialistischen Republik) zum Verschwinden bringt und überhaupt die historische Mitte der Stadt baulich wiedergewinnt. Das Schloss ist

der Anker, das Medium dieser Wiedergewinnung der okzidentalischen Stadt, aber nicht das Ziel. Der Aufmerksamkeitsfokus liegt ja nicht auf den ehemaligen königlichen Nutzern des Schlosses, sondern auf den bürgerlichen Baumeistern (Andreas Schlüter) und auf den genuin bildungsbürgerlichen Nutzungsvorschlägen. Im Namen der beiden Humboldts, diesen Bildungsbürgern *par excellence*, soll es gefüllt werden mit den Früchten des durch und durch bürgerlichen Abenteuer- und Wissensdurstes, der intensiven aufklärerisch und romantisch operierenden Zuwendung zu den fernen und fremden (Sprach-)Kulturen, um die eigene zu relativieren und zu revitalisieren. In der Umbenennung und Umbesetzung des wiedergebauten Schlosses als „Humboldt-Forum“⁷ feiert die Phantasie des Bildungsbürgertums am zentralen Stadtplatz Triumphe über vorherige geschichtliche Herrschaftskandidaten – nicht nur über den Adel (Schloss), sondern auch über die Industriearbeiterschaft (Volkspalast). Man könnte meinen, auf Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“, in denen der Geltungsanspruch der Maurer, Sklaven und Köche der Könige und Feldherren eingefordert wird, folgen die „Antworten des (immer schon) lesenden Bürgers“, die wie selbstverständlich die unentbehrlichen konzeptionellen und kreativen Leistungen der Architekten, Kunsthandwerker, Architekten, Diplomaten, Anwälte, Sprach- und Völkerforscher ins Anschauungszentrum der Vergesellschaftung rücken.

Und jetzt erst wird architektursoziologisch die eigentliche Stoßrichtung des Imaginären deutlich – folgt man den Protagonisten in der Berliner Debatte um das ehemalige bürgerliche Zentrum. Nun wird der unmittelbar benachbarte Molkenmarkt wiederhergestellt, in seiner Kubatur, in seinem „Stadtcode“. Dann der Spittelmarkt, dieser historische Marktplatz, der seit 1969 autogerecht überformt ist. Am Petriplatz werden die Reste von Alt-Ölln ausgegraben. All dies zur selben Zeit, nach 1989: mit der Chance, neben dem Schloss nun auch die „mittelalterliche Platzkette“ wiederauferstehen zu lassen, als „bürgerstädtische[n] Gegenpart zum Schloss“. Seit der Wiederbebauung des Potsdamer Platzes und weiterer Stadtplanungsprojekte hat Berlin, so Klaus Hartung, ein prononcierter Befürworter der Berliner Rekonstruktion, den „historischen Stadtgrundriss als das eigentliche Textbuch oder Quellcode der Stadt anerkannt.“ Durch seine Sätze artikuliert sich das bürgerliche Imaginäre nach seiner Kontingenzerfahrung im 20. Jahrhundert: „Jetzt aber zeichnet sich ein Projekt ab, dessen Größe und Großartigkeit in Europa seinesgleichen sucht. Es ist ein doppeltes Ziel: Mit dem Engagement des Bundestags ist der Wiederaufbau des Stadtschlosses [...] zur nationalen Aufgabe geworden. Mit der Rekonstruktion des historischen Zentrums wiederum würde Berlin zudem die Wiederkehr der Bürgerstadt mit ihrer mittelalterlichen Identität beisteuern.“ (Hartung 2009) Das Senatsprojekt Klosterviertel/Molkenmarkt (begonnen 1999) zielt in dieselbe Richtung. Es übernimmt die historische, aus dem Hochmittelalter stammende Stadtstruktur für die Neubebauung. Der Molkenmarkt ist der älteste Markt Berlins, immer schon ein Markt- und Verkehrsknoten, nach Hartung der nukleusartige „Quellgrund der modernen Metropole“. Er zentriert sich um den „Großen Jüdenhof“, eine hochmittelalterliche Wohnanlage, die bis 1937 unverändert stand, dann zum Teil abgerissen, zum Teil saniert wurde. Der Jüdenhof, seinerseits das Produkt einer

Vertreibung der jüdischen Bevölkerung im 16. Jahrhundert unter Zerstörung der frühmittelalterlichen religiösen Gebäude, soll nun also nach dem Leitbild der „europäischen Stadt“ wieder erstehen. Entsprechend lautet die Vorgabe der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von 2006: „Das mittelalterliche Grundmuster der Stadt aus öffentlichen Straßen und Plätzen, privaten Häusern in Blöcken und ruhigen Höfen ist städtebauliche Leitlinie zur Reurbanisierung des Klosterviertels. Gerade das Klosterviertel bietet Ansätze, spezifische örtliche Profile herauszubilden: Der Jüdenhof, die Parochialgasse, die Ruine der Klosterkirche oder der Platz vor dem Alten Stadthaus sollen als Orte mit besonderer Ausstrahlung entwickelt werden“ (Senatsverwaltung 2006) Nach Hartung sind es – in ihrer Leidensgeschichte, muss man hinzufügen – die „mittelalterlichen Berliner Juden, die uns die Pforten zu unserer Geschichte öffnen“ (Hartung 2008) – jenes Berliner Judentum, das in seiner Emanzipationsphase seit Mitte des 19. Jahrhunderts einen vitalen Kern der bürgerlichen Gesellschaft bildete mit ihren typischen drei Trägergruppen: der Bourgeoisie, des Bildungsbürgertums und des geselligen Vereinsbürgertums.

In diesem Sinne meint die These vom Rekonstruktivismus als soziale Bewegung nach 1989, dass sich die sich selbst anerkennende „bürgerliche Gesellschaft“ nach ihrer Kontingenz- und Vernichtungserfahrung im 20. Jahrhundert mit der Rekonstruktion der „europäischen Stadt“ offensichtlich gleichsam über ihren eigenen Ursprung zurückbeugt, den sie repräsentativ inmitten der – als Risikogesellschaft selbst induzierten – Beschleunigungen und Metamorphosen baukörperlich zu erhalten sucht. Damit ist nicht gemeint, dass in den gegenwärtigen Städten nicht auch weiterhin „konstruktivistisch“ (im gemäßigten Bauhaus-Anschluss) und „dekonstruktivistisch“ (als kommentierende Distanzgeste) gebaut wird. Und auch ist damit nicht vorhergesagt, ob und wie weit der rekonstruktivistische Schub in Berlin trägt. Behauptet ist nur: Es gibt seit 1989 eine „Rekonstruktivismus“, den man soziologisch begreifen kann. Die okzidentalen Stätten für die Anschauung zu erhalten, an denen sich bürgerliche Bewegungen geschichtlich ein zweites Mal am eigenen Schopf aus den nichtbürgerlichen, gut legitimierten und gut organisierten Herrschaftsverhältnissen (früher aus den feudalen, jetzt aus den sozialistischen) herausgezogen haben – das könnte – architektursoziologisch kühl gesehen – der reale Hintergrund für die emotionale Wucht, die überraschende Energie, das tiefe und nachhaltige Motivationspotential sein, die den architektonischen Rekonstruktivismus gegenwärtig zu einer sozialen Bewegung machen. Und innerhalb dieser aus einer Revolutionserfahrung induzierten Rekonstruktion der „okzidentalen Stadt“ greifen offensichtlich auch neue Aufmerksamkeiten für die ‚bürgerlichen Lebensformen‘ insgesamt – hier erhält soziologisch gesehen das seinen ‚Sitz im Leben‘, was als Renaissance von Habitus- und Stilformen einer „Neuen Bürgerlichkeit“ sich Geltung zu verschaffen sucht.

4 Anmerkungen

- 1 Die Korrespondenz von Stadtgestaltung und Gesellschaftsprojekt, die „baupolitischen Entscheidungen vor dem Hintergrund der Instrumentalisierung von Architektur und Städtebau für die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des real existierenden Sozialismus“ geschichtlich rekonstruiert bei Joachim Palutzki 2000: *Architektur in der DDR*, Berlin.
- 2 „Engung“ und „Weitung“ sind zentrale Kategorien des leibphänomenologischen Ansatzes von Schmitz 1967: *System der Philosophie*, Bd. III: *Der Raum*, 1. Teil: *Der leibliche Raum*, Bonn.
- 3 Gemeint ist die gleichsam selbstverständliche Expressivität der modernen Bauhaus-Bauten, ihre Symboldimension – nicht der spezielle allegorische Charakter einzelner Stadtdominanten (wie der Universitätsturm in Leipzig als aufgeschlagenes Buch etc.).
- 4 Der Begriff des Imaginären meint im Sinne von Jacques Lacan und Cornelius Castoriades alles „Bildhafte“, seien die Bilder materiell oder mental (Vorstellungsbilder), individuell oder kollektiv. Vgl. zur „Architektur als Medium“ des „Imaginären der Gesellschaft“ Delitz 2010.
- 5 Die Architekturszene verschiedener sozialistischer Gesellschaften differenziert sich selbstverständlich, wenn man die frühen Rekonstruktionen von Danzig einerseits, Warschau andererseits berücksichtigt – hier in Polen kamen inmitten eines sozialistischen Gesellschaftsprojektes offensichtlich Identitätsmotive einer dem Untergang entkommenden Nation ins Spiel. Prag ist wiederum das Beispiel der großen mitteleuropäischen, kriegsunzerstörten Stadt, die als solche mitten im sozialistischen Projekt in ihrer Bausubstanz zwar nicht gepflegt, aber durch Abriss unangetastet blieb. Die partiellen Rekonstruktionsvorhaben der DDR in den 1980er Jahren könnte man im Nachhinein bereits als Zeichen des Marasmus der sozialistischen Aufbruchenergie noch der 1970er Jahre lesen.
- 6 Das spontane Engagement für die Erhaltung der maroden bürgerlichen Stadtbaubestände war selbst ein Motiv der revolutionären Bürgerbewegungen: Dieter Rink 2008: *Die Bürgerbewegungen in der DDR. Offene Sammlungsbewegungen am Ende des Sozialismus*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): *Handbuch soziale Bewegungen*. Frankfurt/M./New York, S. 391-415.
- 7 Indem Alexander und Wilhelm von Humboldt die ihnen durch Herkunft zur Verfügung stehenden Ressourcen in ‚Forschungsgelder‘ für Sprach-, Natur- und Völkerforschung verwandelten, wurden sie zu Ikonen des Bürgertums – beide in der Goethenachfolge.

5 Literatur

- Baecker, Dirk 2004: *Platon, oder die Form der Stadt*. In: Dirk Baecker: *Wozu Soziologie?* Berlin. S. 189-214.
- Buttlar, Adrian von et al. (Hg.) 2010: *Denkmalspflege statt Attrappenkult. Gegen die Re-*

- konstruktion von Baudenkmälern – eine Anthologie (Bauwelt-Fundamente Bd. 146). Basel/Berlin.
- Delitz, Heike 2010: Gebaute Gesellschaft. Architektur als Medium des Sozialen. Frankfurt/M.
- Fischer, Joachim 2004: Exzentrische Positionalität. Der Potsdamer Platz aus der Perspektive der Philosophischen Anthropologie. In: Joachim Fischer/Michael Makropoulos (Hg.): Potsdamer Platz. Soziologische Theorien zu einem Ort der Moderne. München. S. 11-32.
- Fischer, Joachim 2006: Exzentrische Positionalität. Plessners Grundkategorie der Philosophischen Anthropologie. In: Thomas Keller/Wolfgang Eßbach (Hg.): Leben und Geschichte. Anthropologische und ethnologische Diskurse der Zwischenkriegszeit. München. S. 233-263.
- Fischer, Joachim 2009: Bürgerliche Gesellschaft – Schlüsselbegriff einer soziologischen Theorie nach 1989. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, H. 1. S. 141-155.
- Fischer, Joachim 2010: Architektur als „schweres Kommunikationsmedium“ der Gesellschaft. Zur Grundlegung der Architektursoziologie. In: Peter Trebsche/Nils Müller-Scheeßel/Sabine Reinhold (Hg.): Der gebaute Raum. Bausteine einer Architektursoziologie vormoderner Gesellschaften. Münster. S. 63-82.
- Fischer, Joachim/Heike Delitz (Hg.) 2007: Stadtvisionen für Dresden – vom Barock bis zur Gegenwart. Dresdner Hefte, hrsg. v. Dresdner Geschichtsverein. Jg. 25. Heft 92.
- Fischer, Joachim/Heike Delitz (Hg.) 2009: Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld.
- Haas, Melanie 2005: Die Grünen als neue Partei des Bürgertums. In: Vorgänge 170. S. 61-70.
- Hassler, Uta/ Winfried Nerdinger (Hg.) 2010: Das Prinzip Rekonstruktion. Zürich.
- Hartung, Klaus 2008: Ab durchs Mittelalter. Es ist der Geburtsort der Stadt: Warum Berlin das neue alte Molkenmarktviertel braucht. In: Tagesspiegel. 10. Juni.
- Hartung, Klaus 2009: Renaissance der Bürgerstadt Berlin. In: Tagesspiegel. 28. Mai.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter 2005: Der Große Jüdenhof. Ein Berliner Ort und das Verhältnis von Juden und Christen in der deutschen Stadt des Mittelalters. Berlin.
- Illies, Christian 2005: Die Architektur als Kunst. In: Zeitschrift für Ästhetik und Allgemeine Kunstwissenschaft 50/1. S. 57-76.
- Löw, Martina 2009: Materialität und Bild. Die ‚Architektur der Gesellschaft‘ aus strukturierungstheoretischer Perspektive. In: Joachim Fischer/Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld. S. 346-352.
- Luhmann, Niklas 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt/M.
- Palutzki, Joachim 2000: Architektur in der DDR. Berlin.
- Pehnt, Wolfgang 2011: Eine Kopie ist nur die halbe Wahrheit. Kampf dem Attrappenkult:

Die Debatte um die Rekonstruktion verlorener Bauwerke bleibt heftig. Süddeutsche Zeitung. Nr. 96. 21. April.

Reimann, Brigitte 1998: Franziska Linkerhand. Berlin.

Reimann, Brigitte / Hermann Henselmann 2001: Mit Respekt und Vergnügen. Briefwechsel, hrsg. v. Ingrid Kirschey-Feix. Berlin.

Rink, Dieter 2008: Die Bürgerbewegungen in der DDR. Offene Sammlungsbewegungen am Ende des Sozialismus. In: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.): Handbuch soziale Bewegungen. Frankfurt/M./New York. S. 391-415.

Schlögel, Karl 2011: Die europäische Stadt als Lebensform – nicht nur eine Geschichte. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung, H. 1. S. 3-20.

Schmitz, Hermann 1967: System der Philosophie. Bd. III: Der Raum. 1. Teil: Der leibliche Raum. Bonn.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg.) 2006: Molkenmarkt und Klosterviertel. Berlin (http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/staedtebau-projekte/molkenmarkt/download/publikation_molkenmarkt.pdf (Stand 2009-10-01)).

Weber, Max 2000: Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlaß. Teilbd. 5: Die Stadt. Studienausgabe der Max-Weber-GA. Band I/22-5, hrsg. von Winfried Nippel. Tübingen.

Welzbacher, Chrisitan 2010: Durchs wilde Rekonstruktistan. Über gebaute Geschichtsbilder. Berlin.

Michael Mönninger ■

Ankunftsstädte, Abschiedsstädte oder: Lernen von Mumbai. Warum westliche Planer sich für Mega-Cities interessieren

Hundert Jahre bevor die Vereinten Nationen die gegenwärtige Epoche zum „Jahrtausend der Städte“ erklärten, versammelten sich die deutschen Kommunen 1903 in Dresden zur ersten „Deutschen Städteausstellung“. Auf dieser politisch-planerischen Großkonferenz, aus der zwei Jahre später die Gründung des Deutschen Städtetages hervorging, prophezeite ein junger Architekt, dass sein Berufsstand künftig für einen neuen und starken Auftraggeber arbeiten werde und dabei auch unbekannte architektonische Größenordnungen zu bewältigen habe. Es war der spätere Hamburger Stadtbaumeister Fritz Schumacher, der den Aufstieg der Großstädte und ihrer Verwaltungen als Höhepunkt einer jahrhundertelangen Entwicklung beschrieb. Zur Begründung entwarf Schumacher eine kleine materialistische Kunstgeschichte: „Die Häufung wirtschaftlicher Macht an bestimmten Punkten der gesellschaftlichen Organisation hat stets Ausdruck in der Entwicklung der Kunst gefunden.“ (Schumacher 1904) Deshalb habe es eine stetige Verschiebung und Vergrößerung des „Machtzentrums in der Kultur“ gegeben: von der kirchlichen Kunst und Architektur der Gotik über die aristokratische Kunst der Renaissance und die Hofkunst des Barock bis zur frühbürgerlich-staatstragenden Neuklassik des 18. Jahrhunderts.

Doch seit dem 19. Jahrhundert, so Schumacher, gebe es völlig neue Machtzentren, nämlich „Stadtverwaltung und Staatsverwaltung“, wobei besonders den „Stadtorganisationen“ eine neue Machtfülle zukomme. Beweise für Schumachers Prognose gab es zu seiner Zeit in Fülle: Überall war zu sehen, dass die erstarkten Nationalstaaten und explodierenden Großstädte neue Kommandostellen benötigten, weshalb riesige Parlaments- und noch mehr Rathaus-Neubauten entstanden. Und weil nach Ansicht Schumachers die neuen Größenordnungen den Maßstab tradierter Stilordnungen sprengten, forderte er eine Abkehr von den aufgeblähten historistischen Baugebirgen zugunsten einer völlig neuen „Gliederung der wachsenden Massen“.

In der Gliederung von wachsenden Bau- und Menschenmassen für immer größer werdende gesellschaftliche Aufgabenbereiche sahen die europäischen Architekten und Städtebauer des 20. Jahrhunderts ihre wichtigste Aufgabe. Aber erst zwei Mega-Diktaturen später, nach dem Zweiten Weltkrieg, hat sich gezeigt, wie weit die planerische Herausforderung wirklich gehen sollte. Seitdem hat die Welt ein historisch einzigartiges Wachstum der Städte erlebt, demzufolge bald zwei Drittel der Menschheit in städtischen Riesenagglomerationen leben werden.

So explosiv sich das Stadtwachstum im 20. Jahrhundert entwickelte, so radikal waren zugleich auch die Kampfansagen gegen die Urbanisierung. Während die Stadtauflösungs-Politik in Europa und Nordamerika eine konsumenten-demokratische Legitimation anstrebte und anti-urbane Siedlungsformen mit steigenden Lebens- und Mobilitätsstandards verband, agierten Schwellen- und Entwicklungsländer mit nackter Gewalt. So befahl Mao die Zwangsumsiedlung von 20 Millionen Städtern auf das Land und Pol Pot die Zerschlagung der kambodschanischen Städte. Ebenso versuchten lateinamerikanische Diktaturen oder das Apartheidsregime in Südafrika, die Migration in die Städte zu blockieren. Gemeinsam hatten alle anti-städtischen Feldzüge dreierlei: Sie stammten von autoritären Regimen, sie führten regelmäßig zur volkswirtschaftlichen Stagnation, und sind auf der ganzen Linie gescheitert, weil die Menschen weiter in die Riesenstädte strömten.

Diese Abstimmung mit den Füßen hat seit ein, zwei Jahrzehnten auch die globale Stadt- und Entwicklungspolitik revolutioniert. Noch bis in die 1990er Jahre hinein flossen achtzig Prozent der internationalen Fördermittel an den Städten vorbei, und es war oberstes politisches Ziel, die wilden Siedlungen, Slums und Favelas am Rand der Mega-Cities abzureißen, weil die Verwaltungen sie für menschenunwürdig hielten. Doch dank einer Vorhut von Graswurzel-Initiativen, Barfuß-Forschern und Nicht-Regierungs-Organisationen haben mittlerweile auch die Vereinten Nationen, die Weltbank und viele Regierungen erkannt, dass Riesenstädte nicht das Problem, sondern die Lösung für Millionen Menschen sind, vorausgesetzt allerdings, dass sie energische politische Unterstützung bekommen.

Wir erleben eine geradezu kopernikanische Wende in der Analyse und praktischen Gestaltung des weltweiten Verstädterungsdrucks. Eine weitreichende Bestandsaufnahme über die Zukunft der Riesenstädte hat der kanadische Journalist Doug Saunders in seinem Buch mit dem Titel „Arrival City“ – Ankunftsstadt – zusammengetragen (Saunders 2011). Darin ist festgehalten, dass die Migration in die Städte als vielleicht letzte große Wanderungsbewegung der Menschheit kein schreckliches Zivilisationsübel darstellt, sondern in jeder Hinsicht einen Fortschritt. Damit ist auch die Aktualisierung eines längst vergessenen stadthistorischen Wissens verbunden: dass Migration weiterhin der Motor der Urbanisierung ist. Denn echte Großstädte vom antiken Alexandria bis zum modernen New York waren immer Freihäfen der Völkerwanderungen und Schutzinstitut für die entwurzelten Massen, weil es in ihnen keinen Unterschied zwischen Einheimischen und Fremden gab.

So sind die Massensiedlungen in Dhaka, Rio, Caracas oder Mumbai nicht als Endstationen gescheiterter Hoffnungen zu sehen, sondern als Übergangsstationen und Wartezim-

mer vom Land zur Stadt. Deshalb spricht auch die UN-Agentur „Habitat“ nicht mehr von „Slums der Verzweiflung“, sondern von „Slums der Hoffnung.“ Denn dort sinken Hunger und exzessive Geburtenüberschüsse, die erwiesenermaßen Probleme ländlicher Regionen sind. Und in den Slums floriert auch eine gigantische Schattenwirtschaft aus informellen Arbeitsverhältnissen und selbständigen Randexistenzen, die in vielen Ländern zum Kern der gewerblichen Wirtschaft aufsteigen. Sie machen die Hälfte aller Arbeitsplätze in Lateinamerika, zwei Drittel in Indien und 90 Prozent in den ärmsten Ländern Afrikas aus.

Diese außereuropäischen Mega-Cities haben mit Städten der Ersten Welt scheinbar wenig zu tun. Doch sie führen uns die eigene Stadtgeschichte vor Augen. Denn die großen europäischen Städte des 19. Jahrhunderts waren ebenfalls Ankunftsstädte, die ihren Aufstieg und Wohlstand gleichermaßen der zugewanderten Landbevölkerung verdankten. Millionen von Migranten schufen in London, Paris, Berlin, Wien, im Ruhrgebiet, im Saarland, in Württemberg und anderen Wirtschaftszentren unter extremen Entbehrungen die Grundlagen der Industrialisierung. Sie erarbeiteten die Aufstiegschancen für nachkommende Generationen und prägten auch baulich die Urbanisierung. Zwar entstanden die Arbeiterviertel von London, Paris und Berlin aus einer anderen ökonomischen Vergesellschaftungslogik als etwa der Dharavi-Slum in Mumbai oder die Favela Santa Maria in Rio. Doch der Vergleich macht die ungeheure Absorptionskraft europäischer Städte vor 150 Jahren deutlich, die unzählige Menschen in ein neues Zeitalter katapultieren und baulich ein äußerst belastbares Basislager für diese Massenexpeditionen bildeten.

Stadtforscher unterscheiden zwischen drei Haupttypen der weltweiten Urbanisierung. Der erste Typus sind die Stadtgiganten mit ungesteuertem „Hyperwachstum“; sie finden sich vor allem in Zentralafrika, im muslimischen Teil des Mittleren Ostens und in ärmeren Entwicklungsländern Lateinamerikas. Darüber hinaus gibt es den zweiten Typus von Städten mit „dynamischem Wachstum“ in Ostasien und den aufsteigenden Schwellenländern Lateinamerikas. Und der dritte Typus der „reifen Städte“ dominiert in den Industrieländern. Diese reifen Städte haben sich in Belangen der Stadttechnik, Hygiene, Mobilität, des Komforts und der extensiven Flächennutzung so weit von ihren Wurzeln in den europäischen Ankunftsstädten des 19. Jahrhundert wie auch von den heutigen Mega-Cities entfernt, dass ihre Bewohner leicht dem Irrtum aufsitzen können, der Daseinskampf ihrer historischen Vorgänger und armen Zeitgenossen weltweit gehe sie wenig an. Sie sind in der Tat keine „Ankunftsstädte“ mehr, sondern eher „Abschiedsstädte“. Denn ihre Bewohner haben sich von einem seit Menschengedenken erprobten Modell des flächen-, material- und ressourcensparenden Zusammenlebens verabschiedet. Vom technisch-sozialen Gesamtkunstwerk namens Stadt erwarten sie nicht viel mehr als die freie Verfügung über Apartment, Shopping-Center und Tankstelle.

Doch alle demographischen Prognosen über schrumpfende Städte, sinkende Bevölkerungszahlen und Überalterung bei einer gleichzeitig andauernden Ausweitung der Siedlungsfläche infolge von Stadtflucht und Zersiedlung enthalten deutliche Warnzeichen für die Lebensfähigkeit des neuerdings wieder umschwärmten Modells der „europäischen

Stadt“. Zwar unternehmen viele Stadtpolitiker und -planer kulturell motivierte Rekonstruktionsbemühungen zugunsten ansprechender kompakter Stadtbilder und gemischter Strukturen. Doch stadtökonomisch befindet sich diese Reurbanisierungsbewegung noch auf einem Argumentationsniveau weit unterhalb des Erkenntnisstandes von Sao Paolo oder Mumbai. Während in den Mega-Cities die knappen Ressourcen an Geld und Rohstoffen dort eingesetzt werden, wo die meisten Menschen leben und wo Investitionen den größten Wirkungsgrad haben, hat es in der Stadt- und Wirtschaftspolitik in Europa und Amerika jahrzehntlang eine katastrophale Fehlsteuerung gegeben. Auch wenn sich seit kurzem eine Kurskorrektur zugunsten der Kernstädte abzeichnet, die leicht positive Wanderungssaldi verbuchen, wird das Bauen und Leben in den Zentren weiterhin systematisch verteuert, während das stadtferne Siedeln und Arbeiten unverändert hohe Prämien und Subventionen erhält.

Aber es lässt sich absehen, was passiert, wenn die heute noch hochmobile, aber alternende Mehrheit der Bevölkerung pflegebedürftig wird, wenn es dann weder eine ausreichende öffentliche Gesundheitsversorgung in der Fläche noch funktionierende Familienstrukturen gibt, und wenn auch der Individualverkehr unbezahlbar wird. Dann könnte der Erfahrungsvorsprung von informellen Armutsmetropolen in der Selbstorganisation von familiären und sozialen Netzwerken und der klugen Bewirtschaftung des Mangels an Raum und Rohstoffen plötzlich von ganz großem Interesse sein.

Gegenläufig zur heute proklamierten „Renaissance der Städte“ bleibt das alltägliche Handeln aller Beteiligten weiterhin wenig stadtkompatibel, und zwar auf drei Ebenen. Das beginnt erstens auf der Verwaltungsebene, wo unverändert Normen, Richtlinien und Baugesetze angewendet werden, die nichts anderes als in Paragraphen gegossene Stadtfeindschaft sind. Schlagend deutlich wird dies an einem Vergleich, den das Bonner Bauforschungsinstitut Empiria schon in den 1990er Jahren gezogen hatte: Würden typisch wirtschaftsliberal entstandene Stadterweiterungen wie etwa Charlottenburg und Wilmersdorf, die im ausgehenden 19. Jahrhundert die größten Baugebiete Berlins waren, heute neu geplant, dann entstünde auf der Grundlage aktueller Abstands-, Dichte-, Bepflanzungs-, Belichtungs-, Belüftungs- und auch Parkplatzvorschriften eine aufgelockerte und durchgrünte Zone, so dass die gleiche Menge an Geschossfläche nur auf einer Fläche zu realisieren wäre, die größer wäre als das gesamte Stadtgebiet Berlins (Empirica 1993, 24). Heute wären weder das Frankfurter Bahnhofsviertel noch München-Schwabing realisierbar, weder die Kölner Südstadt noch Freiburg-Wiehre, weder die Karlsruher Südstadt noch Stuttgart-West, weil das Bau und Naturschutzrecht solche dichten Packungen untersagt.

Und das geht zweitens weiter auf der Entscheidungsebene der Investoren und Bauherren, die von der Jahrhunderte alten Erfahrungsregel nichts wissen wollen, dass Immobilien sich bestenfalls innerhalb einer Generation rechnen, also nach 30 Jahren. Stattdessen haben sie ihre Rentabilitätszyklen auf sieben bis maximal zehn Jahre verkürzt – weshalb kaum mehr Gebäude entstehen, die dauerhaft, nutzungsneutral, funktional biegsam, alterungs-

fähig und vielleicht dadurch auch schön sind. Ein bekanntes Beispiel für solche architektonische Transformierbarkeit ist die ehemalige Büro- und Verwaltungszentrale der Familie Medici in Florenz, in der heute das Museum der Uffizien residiert. Dass Ähnliches mit der heutigen „corporate architecture“ möglich wäre, ist undenkbar. Gleichgültig, ob es die neuen Büropaläste am Potsdamer Platz in Berlin oder im Stuttgarter Europaviertel sind: Diese Gebäude lassen sich beim besten Willen nicht in Kulturhäuser umwandeln.

Und drittens gipfelt der kognitive Dissens zwischen aktuellem Städtelob und anti-städtischer Grundhaltung im Konsumentenverhalten. Denn die Mehrheit der Marktteilnehmer trägt ihre Ersparnisse zu den großen Kapitalsammlern der Versicherungen, Pensionsfonds und Banken, die die Privatvermögen durch die Glasfaserkabel der Finanzmärkte jagen und alle Jahre wieder mit trauriger Miene Negativsaldos überbringen. Bestenfalls wandern die Sparvermögen in Immobilienfonds, die mit ihren riskanten Großprojekten den Kapitalmarktrenditen hinterherhecheln, dabei ebenso häufig in die Knie gehen und aufgeblähte Business-, Shopping und Apartment-Centers in den Städten hinterlassen. Frühere Generationen in den damaligen Ankunftsstädten dagegen konnten ihre Zukunftssicherung noch nicht an die großen Umlagesysteme oder an Versicherungen und Kapitalmärkte delegieren. Ihre wichtigste Daseinsvorsorge war der Bau selbstgenutzter und auch vermietbarer Häuser in transportmäßig nicht allzu abgelegenen Gegenden. Davon profitieren die nachfolgenden Erbgenerationen bis heute, aber sie liefern nur noch wenig Vergleichbares an Substanz nach.

Die Bewohner der sogenannten „reifen Städte“ leben also weitgehend parasitär von baulichen Grundstrukturen, die Generationen zuvor in den damaligen „Ankunftsstädten“ geschaffen haben. Und sie verdanken den Aufstieg ihrer einstigen Hüttensiedlungen und Elendsquartiere zu allmählich sich konsolidierenden Stadtvierteln nicht nur dem Schweiß und Fleiß der unzähligen kleinen Bauherren und Baufrauen, sondern auch den – damals zumeist noch ehrenamtlichen – Bürgermeistern, Stadtverordneten, Baubeamten, Baumeistern, Hygieneexperten und Stadtplanern des beginnenden Industriezeitalters, also den Vorgängern und Zeitgenossen von Fritz Schumacher. Sie schufen eine leistungsfähige Infrastruktur mit Kanalisation, Wasserversorgung, Müllabfuhr, Straßenbeleuchtung, festen Straßenbelägen sowie ein öffentliches Verkehrssystem von Pferdefuhrwerken bis zu Straßen- und Untergrundbahnen. Damit hatten sie so viel zu tun, dass sie das Errichten von Häusern den privaten Bauherren und später den Terraingesellschaften überließen. Genau das findet heute, wenngleich auf viel primitiverem Niveau, in den Vorstädten von Caracas, Sao Paolo, Mumbai und auch Istanbul wieder statt. Die rege Exkursionstätigkeit nahezu sämtlicher städtebaulicher Lehrstühle Deutschlands in außereuropäische Ankunftsstädte zeigt, dass die Studierenden dort primäre Techniken und Strategien der Urbanisierung kennenlernen wollen, die auf hiesigen Wohlstandsinseln längst ausgestorben sind.

Trotz aller Rückbesinnungen auf historische Zentren und urbane Lebensformen gilt „Stadt“ unverändert als weiches Thema von Lebensstil und Geschmackspräferenzen. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass es in Wahrheit ein knallhartes Thema der

Ökonomie und Ökologie ist. Eine heftige Warnung in ökologischer Hinsicht kam 2009 von unerwarteter Seite. Es war der weltbekannte holländische Architekt und Bau-Brutalo Rem Koolhaas, der auf einer Konferenz an der Architekturschule von Harvard über umweltverträglichen Urbanismus ein totales Umdenken forderte. Bislang war Koolhaas der apokalyptische Reiter des globalen Urbanismus, der gern schlechte Nachrichten vom Untergang traditioneller Bauordnungen und Städte überbrachte, um seinem Berufsstand die romantischen Flausen auszutreiben. Anstelle von Knusperhäuschen oder historischen Stadtveduten empfahl er stets Riesentürme und Großcontainer als einzig realitätstaugliche Antwort auf die Explosionsdynamik heutiger Großstädte.

Doch in Harvard geißelte Koolhaas überraschend die Irrtümer der heutigen „corporate“ und „signature architecture“ und hatte deren aktuelle Wahngelände in einer Fotocollage versammelt: Das Bild zeigte eine Wüstenlandschaft mit sämtlichen Markenzeichen-Architekturen der jüngsten Immobilienblase von Dubai bis Peking – und in der Mitte prangte sogar der spektakuläre Wolkenbügel, den Koolhaas kürzlich für das chinesische Staatsfernsehen CCTV errichtet hatte. Koolhaas' Appell war drastisch: „Diese ikonischen Gebäude mögen jedes für sich plausibel sein, aber zusammen ergeben sie eine Landschaft der totalen Selbstauslöschung – damit ist jetzt Schluss.“ (Koolhaas 2010, 68) Stattdessen zitierte er Vitruvs 2000 Jahre alte Lehre über das ökologisch korrekte Ideal dichter städtischer Packungen in klimatisch günstigen Lagen und plädierte für eine Wiederentdeckung informeller, anonymer Bautechniken aus Mega- und Ankunftsstädten in der Dritten Welt, die mit Klima, Wasser und Boden vernünftig umgegangen seien, bevor sie der Sündenfall der Apparate-Architektur ereilte.

Das ist das neue Mantra aufgeklärter Planer und Architekten: Nicht mehr lernen von Las Vegas, sondern Lernen von Mumbai und Kalkutta. Zwar sind solche Riesenstädte weit entfernt von den Fortschritten unseres wissenschaftlichen Städtebaus der vergangenen 150 Jahre, doch sie kultivieren mit weitaus bescheideneren Mitteln eine seit langem erfolgreiche Praxis des flächen- und ressourcensparenden Zusammenlebens, die belastbarer erscheint als die kurze Blüte der raum-, material- und energieaufwendigen Stadtorganisation der Moderne.

Der amerikanische Stadtforscher Edward Glaeser hat dafür in seinem neuen Buch „Triumph der Stadt“ die passende Parole ausgegeben: „Nichts ist grüner als Asphalt.“ (Glaeser 2011) Auch wenn der Betonschunzel heutiger Städte ganz und gar nicht grün aussieht, sagt Glaeser, sei er trotzdem umweltfreundlicher, weil er weniger Land verbraucht. Sein Fazit für Amerika lautet: „Wenn die Vereinigten Staaten grüner werden sollen, dann müssen wir mehr in San Francisco bauen und weniger in Houston.“ (Glaeser 2010, 306) Das ist der neue ökologische Imperativ, der postfossilen Städten eine ähnliche Verdichtung abverlangt wie präfossilen.

Hinzu kommt eine kapitale Grundlektion, die in sämtlichen Forschungsberichten und kommunalen Strategieplänen außereuropäischer Riesenstädte an erster Stelle steht. Es ist die Frage des Bodenrechts, also der Verfügungsgewalt über das Grundeigentum. Dies wird

allerdings in den „Arrival Cities“ auf diametral entgegengesetzte Weise beantwortet als in den arrivierten, reifen Städten. Während hierzulande die kritisch-aufklärerische Planerfraktion seit hundert Jahren die fortschreitende Vergesellschaftung des Bodens gefordert hat und sämtliche Reformkonzepte die kollektive Verfügungsgewalt über die Stadt bei weitgehender Ausschaltung des Privatbesitzes anstrebten, steht genau das Gegenteil am Beginn aller erfolgreichen Aufbaustrategien und Planungsprojekten in den vormals chaotischen Spontansiedlungen von Mega-Cities.

Sämtliche Ankunftsstädte wenden ein vergleichbares Instrument der sozialen Stabilisierung und des ökonomischen Aufstiegs an: die Umwandlung des zuvor entweder öffentlichen, herrenlosen, fremdgenutzten oder illegal besetzten Landes in reguläres Kleineigentum. Denn auch Migranten sind Häuslebauer und streben nach sicheren Nutzungsrechten. Deshalb gehört die Bildung eines halbwegs geordneten Eigentums- und Hypothekenmarktes zur wichtigsten Aufgabe der lokalen Behörden.¹ Man muss gar nicht in tropische Länder fahren, sondern kann am nahegelegenen Erfolgsbeispiel von Istanbul studieren, wie eine explodierende Riesenstadt durch die Legalisierung von einst wilden Squatter-Siedlungen zum weltweiten Musterexemplar einer Mega-City ohne Slums aufgestiegen ist: In Istanbul leben heute 10 der 17 Mio. Einwohner, also fast zwei Drittel, in schlichten, aber dichten Stadthäusern auf ehemals besetzten Landparzellen, die von der Kommune legalisiert und erschlossen wurden.

Auch die reifen europäischen Städte stehen vor einem ähnlichen primären Kolonisierungs- und Urbanisierungsprozess für Ankömmlinge. Zwar sollte man bei siedlungssoziologischen Prognosen über das Ende der Stadtflucht und die Rückkehr in die Städte ebenso vorsichtig sein wie bei Voraussagen über neue Migrationsströme, die Deutschland braucht, um das negative Bevölkerungssaldo auszugleichen. Aber alles, was Demographen berichten, zeigt, dass ohne massive gewollte Zuwanderung unsere Arbeitsmärkte ebenso zusammenbrechen wie unsere sozialen Sicherungssysteme. Und auch das Schicksal der amerikanischen Vororte, Streusiedlungen und Einfamilienhaus-Teppiche, die seit der Hypothekenkrise und dem Immobilien- und Börsencrash 2008 in ihrer Werthaltigkeit restlos erschüttert sind, macht deutlich, dass Suburbia zu den großen Verlierern der Stadtentwicklung gehört. So wie in den Vereinigten Staaten die lange Zeit leergelaufenen „Abschiedsstädte“ sich wieder mit Heimkehrern aus den ex- und posturbanen Randsiedlungen füllen, so könnte auch bei uns das Phänomen der schrumpfenden Städte eine ungeahnte Wendung nehmen: dass es nämlich in erster Hinsicht die expansiven Flächenansprüche sind, die eine enorme Schrumpfung erfahren, während es zugleich in den Kernstädten eine starke Regruppierung, Nachverdichtung und Bevölkerungszunahme gibt.

Die geeigneten brachliegenden Entwicklungsflächen hierzulande liegen freilich nicht am Rand, sondern in der gewaltigen inneren Peripherie. Das sind jene Elefantenfriedhöfe, Stadtglatzen und Kaltluftschneisen, die das jahrzehntelange Verkehrs-, Zonierungs- und Stadtauflösungsdiktat der Nachkriegsmoderne geschaffen hatte, jene Epoche also, die die Städte strenggenommen nur noch um das Automobil herumgebaut hatte und deren giganti-

scher Verkehrswegebau mittlerweile die Hälfte aller Siedlungsflächen ausmacht. Und zu den neuen Raumressourcen zählen auch ältere industrielle Relikte: aufgelassene Gleisfelder wie in Frankfurt am Main und bald auch in Stuttgart, ehemalige Flughäfen wie in München-Riem oder Berlin-Tempelhof, ausrangierte Hafenanlagen wie in Düsseldorf, Hamburg und Bremerhaven und unzählige Konversionsflächen, wie sie in Tübingen und Freiburg bereits mustergültig mit neuen Stadtvierteln bebaut wurden.

Eigentlich ist alles vorhanden: ausreichende Flächen, engagierte Architekten, einsichtige Kommunen und tatkräftige Planer. Nur das Wichtigste fehlt noch: die sozialen Akteure, Landnehmer, Kleinbauherren und Hausbesitzer. Nach einem Jahrhundert der Dominanz der kollektiven Bauträger und Kapitalsammler, die das Wohneigentum verteufelten und allenfalls in stadtfernen Einfamilienhausgebieten zuließen, gibt es erst allmählich wieder zaghafte Versuche, ökonomisch-stadtstrukturell die lokale Zugehörigkeit des Bauherren zu seinem Grundstück und die Verbindung von Eigentum und Parzelle wiederzuentdecken.

Freilich haben sich die vagabundierenden, verflüssigten Lebensverhältnisse heute vom städtischen Haus radikal gelöst. Doch gerade weil der Zwangscharakter von hauswirtschaftlichen Abhängigkeiten, autoritären Familienverhältnissen, von Erbuntertänigkeit und Unfreiheit überwunden ist, lassen sich aus dem Reservoir Geschichte wieder tragfähige Stadtstrukturen zusammensetzen – und zwar nicht in Form nostalgischer Vergangenheitsvergoldung, sondern, nach dem unumkehrbaren Emanzipationsschub der Moderne, in Form wirklicher Wahlfreiheit. Deshalb definiert der Berliner Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm als entscheidendes Kriterium künftiger Urbanität, „wie viele funktionale und soziale Stränge ein Gebäude aus der modernen Isolierung heraus wieder zu verknüpfen vermag“ (Hoffmann-Axthelm 2011, 279). Dazu zählt in erster Linie die Erneuerung einer anderen, feinkörnigeren, aber fast vergessenen Stadtökonomie, die auf der Intelligenz und Daseinsvorsorge der Individuen, Familien, Gruppen und Interessengemeinschaften aufbaut. In der Tat sehen entstehen heute in vielen Kommunen neue Stadthaustypen, die auf einseitige Optimierungen verzichten und Bauherren wie Bewohner mitreden lassen. Damit sind keine freistehenden Hüttendörfer mit Grasdach, Trockenklo und Muskelhypothek gemeint, sondern belastbare Stadtbausteine, von wie sie in den Städten trotz Krieg und Flächenabrissen heute immer noch zu finden sind und auf zeitgemäße Transformation warten.

Doch es gibt bislang nur wenige Beispiele für selbstgebaute und selbstgenutzte Stadt-, Etagen-, Reihen- Gewerbe- oder Mietshäuser. Der Immobilie als Lebensgrundlage steht vor allem die Mobilitätslogik der „access society“ (Rifkin 2000) entgegen, der Zugangsgesellschaft, die das Eigentum von Boden, Kapital und Waren für archaisch erklärt, weil es mit der New Economy unvereinbar ist. Das mag auf Wasch-Salons, Leihbüchereien, Car-Sharing, Software-Lizenzen und Leasing-Verträge für schnelllebige Konsumgüter zutreffen, bei denen das gemeinsame Benutzen sinnvoller ist als das einzelne Verbrauchen. Doch das Bauen und Wohnen hat längst den Siegeszug des Leih-, Miet- und Zugangswesens auf der ganzen Linie erlebt, und zwar in gigantischem Maßstab. Denn hier werden mit Vorliebe elementare Versorgungsleistungen an die großen Transfersysteme als Quartiermacher dele-

giert. Hier hat das nomadische Prinzip zu Stadt- und Baustrukturen ohne Eigenschaften geführt, die keine Generationenspanne mehr überdauern, denen die Austauschbarkeit in die Fassadengesichter aus Thermo-Haut oder Medien-Screens geschrieben steht und wo man sich mangels Einprägbarkeit und Ortsbindung nur noch mit satellitengestützten Navigationssystemen und GPS-Sensoren orientieren kann.

Aber es gibt auch einen ganz handfesten Grund für diesen Mangel an nicht-vergesellschafteter Stadtarchitektur. Es sind die kommunalen Verwaltungen, die mit einer differenzierteren Grundstücksvergabe überfordert sind. Anstatt einen Sack Flöhe aus Einzelbauherren, Genossenschaften oder neuerdings Baugruppen zu hüten, werfen sie weiterhin lieber große, ungeteilte Flächen auf den Markt und überlassen Projektentwicklern das Bauen und Verwerten. Das ist es, was der eingangs erwähnte Fritz Schumacher mit seiner freudigen Prognose meinte, sein Berufsstand betätige sich am liebsten in der „Gliederung der wachsenden Massen“. Denn Architekten stemmen lieber einen Großentwurf für hundert Millionen Euro als hundert Entwürfe für eine Million oder weniger. So bleibt die Gefahr akut, dass bei den inneren Stadterweiterungen auch in Zukunft nur Business-Parks oder aber Siedlungsbau mit Gated Communities herauskommen. Nahezu alle attraktiven neuen Stadtquartiere in Deutschland verstecken unter ihrer ästhetischen Wohlgestalt weiterhin die großen Aufmarscheinheiten der Kapitalsammler. Sie tragen wenig dazu bei, Stadt wieder als gesellschaftliche Veranstaltung zu begreifen, die auf der größtmöglichen Kompetenz der Individuen aufbaut und die die Nutzungsansprüche am gemeinsamen Flächenvorrat in Form von Haus, Grundstück und Einzeleigentum als den elementaren Stadtbausteinen organisiert. Eine künftige Umsteuerung böte auch alltagspraktische Vorteile: Denn Eigentümer und Selbstnutzer zeigen nachweislich größeres Engagement in Ehrenämtern, Elternvertretungen und der Kommunalpolitik.

Die Zumutung für die Kommunen und ihre Liegenschaftsämter ist dabei groß. Wer viele neue, kleine Teilnehmer für das selbständige Bauen, Renovieren und Umwandeln gewinnen will, kann die Grundstücke nicht ausschließlich zu Höchstpreisen verkaufen. Das heißt freilich nicht, dass die öffentliche Hand Geschenke verteilen soll. Es geht vielmehr um eine stadtökonomische Gesamtrechnung, was kostengünstiger und dauerhafter ist. Soll man die Entwicklungsziele der „sozialen Stadt“ und Bewohner-Ertüchtigung weiterhin nachträglich mit Quartiersmanagement, Sozialarbeit, Nachbarschaftsläden und Wärmestuben als teures Reparaturgewerbe betreiben? Oder wäre es sinnvoller, Bau- und Kooperationsprojekte in der Vergabep Praxis zu bevorzugen, die sich verpflichten, ein Mindestmaß an gewünschter Durchmischung mit Haus-, Gewerbe- und Wohnstrukturen zu schaffen, die Einzeleigentum, Existenzgründer, Mehrgenerationen-Haushalte und Mieter zusammenbringen – und das womöglich auch in weniger begünstigten Stadtteilen, die dringend eine Revitalisierung durch neues Publikum benötigen? Was jahrzehntelang bei der öffentlichen Förderung und Abschreibung für Verkehrs- und Stellflächen, Abstandsgrün, Wendehämmer, Fly-Overs, Stadtautobahnen und Einfamilienhäuser möglich war, wird umgekehrt bei der Reurbanisierung mit Sicherheit funktionieren.

Aber damit diese Vorstöße gelingen, ist es nötig, mit dem Konsens zu brechen, dass heute die privaten Haushalte vornehmlich in Auto, Urlaub, Einrichtung, Elektronik, Mode und Versicherungen investieren, während das Wohnen gefälligst öffentlich subventioniert bleiben soll. Es muss künftig darum gehen, nicht bloß Wohnrechte einzufordern, sondern auch finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Der Berliner Planer Dieter Hoffmann-Axthelm, zweifelsfrei ein linker und kein marktradikaler Denker, fordert deshalb „das liberale Prinzip Eigentum als Korrektiv“ (Hoffmann-Axthelm 2011, 300). Das klingt wie ein neues Patentrezept für Wohlhabende. Aber in Wahrheit ist es ein typologischer Grundbaustein und so alt wie die europäische Bürgerstadt selbst, die ihre Größe aus einer weit filigraneren Massengliederung bezog, als die Meisterdenker und -planer des 20. Jahrhunderts mit ihrer Vorliebe für die bauenden Oligopole es vorhatten. Und über allem schwebt die Hoffnung, dass aus dem neuen bauenden Bourgeois nicht bloß ein besitzegoistischer Pfahlbürger, sondern auch wieder ein neuer Citoyen wird.

Anmerkungen

- 1 Vgl. die umfangreichen Bestandsaufnahmen von Doug Saunders (2011) in Asien und Lateinamerika.

Literatur

- Empirica, Gesellschaft für Stadtforschung 1993: Große Wohnbaugebiete der neunziger Jahre. Bonn. Textband.
- Glaeser, Edward 2011: Triumph of the City: How Our Greatest Invention Makes Us Richer, Smarter, Greener, Healthier, and Happier. New York .
- Glaeser, Edward 2010: Temperate and Bounded. In: Mohsen Mostafavi (Hg.): Ecological Urbanism. Harvard University Graduate School of Design. Baden.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter 2011: Das Berliner Stadthaus. Geschichte und Typologie 1200-2010. Berlin.
- Koolhaas, Rem 2010: Advancement versus Apokalypse. In: Mohsen Mostafavi (Hg.): Ecological Urbanism. Harvard University Graduate School of Design. Baden.
- Rifkin, Jeremy 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt/New York.
- Saunders, Doug 2011: Arrival City. München.
- Schumacher, Fritz 1904: Architektonische Aufgaben der Städte. In: Robert Wuttke: Die deutschen Städte: geschildert nach den Ergebnissen der ersten deutschen Städteausstellung zu Dresden, 1903. Leipzig 1904.

Vittorio Magnago Lampugnani ■

Gedächtnis und kritische Wissenschaft – Für eine Neugründung der Disziplin Städtebau

Den meisten Städtebau-Theorien, die heute weltweit en vogue sind, ist die Überzeugung gemeinsam, die rasante Ausbreitung und diffuse Zerfransung unserer Städte seien in keiner Weise aufzuhalten. Was nicht abgewendet werden kann, muss hingenommen und kann dabei genauso gut gleich positiv gedeutet werden. Diejenigen, die sich solcherlei vermeintlicher Umwertungen befleissigen, kommen freilich kaum in die Verlegenheit, in den unwirtschaftlichen und öden Ansiedlungen wohnen zu müssen, denen sie aus der Ferne sogar eine abstrakte Schönheit abgewinnen: Sie können es sich leisten, frohgemut in jenem alten Stadtzentrum zu leben, dem sie süffisant Obsoletheit bescheinigen, oder aber auf jenem noch intakten Land, das sie, wenn sie nicht selbst unmittelbar davon betroffen sind, achselzuckend zur Bebauung freigeben.

Ist die rasante Verstädterung unserer Landschaft wirklich akzeptabel, ist sie notwendig und schicksalhaft? Politisch, soziologisch, ökonomisch mag sie sich auf den ersten Blick so darstellen; ökologisch gewiss nicht. Mit den Ressourcen unserer Erde muss sparsam umgegangen werden, und zu unseren wichtigsten und kostbarsten Ressourcen gehört die Landschaft. Wir dürfen nicht immer mehr neues Bauland an den Rändern unserer Städte ausweisen, um mit locker gestreuten Einfamilienhäusern einer Natur nachzuziehen, die wir damit unwiederbringlich zerstören, und zugleich Peripherien erzeugen, die weder urban noch ländlich sind. Wir müssen zusammenrücken. Wir müssen die Städte, die wir haben, erhalten, arrondieren und verdichten; was sie, wenn wir intelligent verdichten, nur urbaner macht.

Die Strategie ist nicht neu. Überall auf der Welt sind neue Städte überwiegend auf den Fundamenten von alten Städten errichtet worden, wurden innerhalb ihrer sorgfältig definierten Grenzen modifiziert und modernisiert und griffen nur dann in ihre ländliche Umgebung aus, wenn die ursprüngliche urbane Fläche partout nicht mehr ausreichte. Im 19. Jahrhundert vervierfachte sich die Zahl der Europäer, und ein Grossteil von ihnen zog vom Land in die Stadt; doch selbst die riesenhaften Stadterweiterungen, welche die neuen Einwanderungsmassen aufzunehmen und dabei den Bauspekulanten zu schnellem und be-

quemem Reichtum zu verhelfen hatten, gingen vergleichsweise sparsam mit den Grundstücken um. Der schier hemmungslose Landschaftsverbrauch setzte erst im sträflich unbekümmerten 20. Jahrhundert mit seiner verschwenderischen Urbanistik und seiner verantwortungslosen Wegwerf-Ideologie ein und droht, auch den Beginn des neuen Millenniums zu belasten.

Dabei sprechen, schaut man genauer hin, nicht nur ökologische Gründe gegen eine schrankenlose Verstädterung. Ökonomisch bildet sie, übergreifend und langfristig betrachtet, eine spektakuläre Fehlinvestition, weil sie schier unüberblickbare Folgekosten nach sich zieht, von denen jene der Nachurbanisierung mit ihren Infrastrukturaufwendungen lediglich die Spitze des Eisbergs darstellen. Soziologisch trägt sie zur Zerstörung des Gemeinsinns dadurch bei, dass sie ihm den Ausdrucksraum entzieht, der unverzichtbare Grundlage jeder solidarischen, toleranten, integrationsfähigen und lebensfrohen Gesellschaft ist. Politisch ist sie nicht minder kontraproduktiv, und zwar aus einem ähnlichen Grund: weil sie die kompakt artikulierte Stadt als Ort der *res publica* unterhöhlt, erodiert und letztendlich negiert.

Das entscheidende Argument gegen die Verstädterung und zugunsten der beharrlich totgesagten, beharrlich beliebten und bevorzugten kompakt artikulierten Stadt ist indessen demographisch. In Europa, Nordamerika und Japan sind die Einwohnerzahlen bereits stagnierend, wenn nicht gar rückläufig: Urbanistisch geht es also dort um innovative Bewirtschaftung des Vorhandenen, nicht um Expansion. Aber auch in den übrigen Ländern wird nach den neuesten wissenschaftlichen Ergebnissen die Bevölkerungsexplosion, die zu einer Vervierfachung der Anzahl der Bewohner der Erde im 20. Jahrhundert geführt hat, nicht lange andauern. Bereits jetzt verlangsamt das demographische Wachstum, und es wird damit gerechnet, dass etwa um die Mitte unseres Jahrhunderts die Weltbevölkerung nicht mehr ansteigen, sondern stabil bleiben wird; im dritten Jahrhundertquartal wird sie wahrscheinlich abnehmen. Das bedeutet: Auch die Städte, die gegenwärtig so schnell expandieren, dass sie aus den Fugen zu geraten scheinen, werden sich stabilisieren, vielleicht sogar schrumpfen.

Mit anderen Worten: Der primäre Grund für das Wachstum unserer Städte in die Landschaft hinein ist in Europa schon seit Jahrzehnten abhanden gekommen und wird demnächst weltweit nicht mehr existieren. Den vermeintlich fortschrittlichen städtebaulichen Theorien, die rasante Verstädterungsprozesse und ganze Stadtregionen, jene Megalopoleis zum Gegenstand haben, denen der französische Geograph Jean Gottmann mit seinem einflussreichen Buch von 1961 den Namen gab, ist die Basis entzogen. Dem demographischen Paradigmenwechsel muss der städtebauliche folgen, ja er muss ihn vorausschauend begleiten und planerisch vorwegnehmen.

Dafür wird der Städtebau neue Kompetenzen entwickeln, aber auch leichtfertig vergessene wieder beleben müssen. Zualtererst wird er sich allerdings auf seine ursprüngliche Bestimmung zu besinnen haben: die menschengerechte, funktionelle, nachhaltige sowie ästhetisch und kulturell anspruchsvolle Gestaltung unserer Umwelt. Und darauf, dass er diese

Bestimmung nicht erfüllt werden können, wenn nicht Planung und Entwurf (wieder) zusammengeführt werden: auf der einen Seite also die objektive Erhebung von umweltrelevanten Daten, ihre Verknüpfung und ihre Überführung in Handlungsstrategien, auf der anderen die subjektive Umsetzung dieser Strategien über kulturelle und ästhetische Programme in eine klar definierte physische Form.

Diese Forderung scheint selbstverständlich, ist es aber seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Krise, in die sich die Stadtplanung, aber auch die Landschaftsplanung hineinmanövriert haben, indem sie den Bezug zur dreidimensionalen Umweltgestaltung zugunsten einer zunehmenden Abstraktion aufgeben zu müssen glaubten, hat spätestens in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts zu ihrer Isolierung und stellenweise auch zu ihrer Marginalisierung geführt. In das Vakuum, das ihr Rückzug hinterlassen hat, ist die Architektur getreten. Freilich kann der Erfolg, den diese Okkupation hatte, nicht über deren palliativen Charakter hinwegtäuschen: Allzu deutlich sind, vor allem im Rückblick, die Grenzen geworden. Die Einzelarchitekturen, die als städtebauliche Katalysatoren gemeint waren, haben uns zwar gelehrt, die Stadt und die Landschaft neu zu lesen, haben diese aber nicht grossflächig verwandelt: Als Modelle, die zur Nachahmung empfohlen wurden, haben die Monumente der Architekten ebenso versagt wie die Diagramme der Planer; und sie haben zugelassen, dass um sie herum die gleiche Mittelmässigkeit sich ausbreitete, die zu überwinden sie angetreten waren.

Die neuen Städtebauer werden als Entwerfer und Gestalter auftreten müssen, zuvor aber als Forscher und Wissenschaftler. Städtebau ist weniger der geniale Wurf als das geduldige Aufbauen auf Grundlagen, die teilweise bestehen und teilweise geschaffen werden müssen. Nicht zufällig handelt es sich um eine Disziplin, in der die Manualistik immer schon geblüht hat: von den Traktaten der Antike bis zu jenen der Renaissance, von den grossen Abhandlungen des Barock und des Klassizismus bis hin zu den Handbüchern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Ihnen allen ging es weniger darum, einen Kanon festzuschreiben, als Wissen zu sammeln und zu systematisieren, das dadurch verfügbar wurde. Städtebau ist, wenn auch immer und notwendigerweise kreativ, primär eine Wissenschaft, wengleich eine Wissenschaft ohne Axiom, und sie verlangt neben dem schöpferischen Akt eine methodische Arbeit.

Für diese Arbeit wird sich die urbanistische Disziplin Städtebau der eigenen Tradition erinnern müssen. Diese Rückbesinnung steht in keinem Widerspruch zur Innovation, welche die veränderten Verhältnisse erfordern, im Gegenteil: Radikal und dabei sachkundig Neues vermag nur aus einem langen Gedächtnis zu kommen.

Die Verpflichtung gegenüber der Geschichte muss zunächst direkt sein. Eine Planung, die sich anschickt, Stadt und Land zu ordnen, darf sich nicht als Erfüllungsgelbin eines Modernisierungsvandalismus gebärden, der im Namen eines einseitig verstandenen Fortschritts das zerstört, was eben diesem Fortschritt als Grundlage zu dienen hat. Unsere Städte, unsere Dörfer, unsere Landschaften sind nicht nur Orte der Produktion und der Sozialisation; sie sind auch und vor allem zu erhaltende Kulturgüter. Man bewahrt sie, indem man

sie verändert. Aber die Veränderung muss mit der Sorgfalt und Behutsamkeit vonstatten gehen, die solche Kulturgüter verdienen.

Die Verpflichtung gegenüber der Geschichte muss aber auch methodisch wirken. Gerade wenn sich Städtebau theoretisch und praktisch auf die epochalen Umbrüche einstellen will, die heute durch die ökologische, durch die demographische und nicht zuletzt durch die telematische Revolution Stadt und Land ergreifen, muss er seine eigene Vergangenheit nach den Theorien durchsuchen, die ähnliche Umwälzungen bereits systematisch erfasst haben, nach den stadtarchitektonischen Modellen, die sie auf Grund dieser Theorien hervorgebracht hat und die sich in der Benutzung bewährt haben, und nach den Planungsinstrumenten, die diese Modelle wirksam umgesetzt haben. Die Geschichte der Stadtarchitektur ist insofern ein Gedächtnis von Strategien, das auf aktuelle Ansprüche hin durchsucht werden muss.

Im Mittelpunkt steht dabei freilich die konkrete, gebaute, gelebte Stadt, genauer: die historische Stadt. In einer Zeit entstanden, als die *urbs* noch Abbild ihrer *civitas* und mithin kein mehr oder minder strukturiertes Konglomerat von Funktionen war, sondern ein variables Wesen, förderte sie (und fördert nach wie vor) auch eine individuelle, persönliche Beziehung mit eben diesem Wesen. Diese Beziehung ist eine physische, intellektuelle und zugleich emotionale Auseinandersetzung, die Lernen und Erinnern erlaubt und damit gemeinsame Identifikationen jenseits aller Ungleichheit erzeugt. Das macht sie zum produktiven ideologischen Dispositiv, das die Konstruktion und Verfeinerung einer Gemeinschaft fördert.

Dabei kommt ihrer feinverzweigten Struktur öffentlicher Räume eine zentrale Rolle zu. Diese komplexe Vernetzung schafft nicht nur weitgehend direkte Verbindungen zwischen den verschiedenen Punkten der Stadt, sondern dazwischen auch zahllose Gelegenheiten absichtsvoller und unbeabsichtigter, zufälliger Begegnungen und damit des zwischenmenschlichen Austausches. Das macht die historische Stadt zum (übrigens ausgesprochen modernen) Kommunikationsdispositiv.

Die Geschichte der Stadtarchitektur ist jedoch mehr als dies: sie ist, mit kritischer Vernunft gepflegt, selbst ein Instrument der produktiven Kritik. Dadurch, dass sie über die urbanen Bilder hinaus zu den urbanen Theorien vordringt, auf welchen diese Bilder gründen, liefert sie den Schlüssel zu deren Verknüpfung. Und damit auch den Schlüssel, um zeitgenössische Stadtprojekte fundiert zu bewerten – die eigenen eingeschlossen. Mit anderen Worten: sie ermöglicht Entwurfsentscheidungen jenseits von rein subjektiven Geschmacksneigungen und ausschliesslich ästhetischen Vorlieben.

So ist die bestehende (realisierte, aber auch nur erdachte und gezeichnete) Stadtarchitektur potentiell beides: Baumaterial und Anleitung zum kritischen Umgang mit eben diesem Baumaterial. Das Studium der Städte der Welt erschliesst eine Art Thesaurus von Elementen, Strassen, Plätzen, Parkanlagen, Flusskais und Esplanaden, die in unzähligen (und oft wunderbaren) Ausprägungen variiert nur darauf zu warten scheinen, ausgemessen, untersucht und neu erfunden zu werden. Zugleich gibt es dadurch, dass es diese Elemente

in Beziehung setzt zu den Voraussetzungen, aus denen sie hervorgegangen sind, und zu den Folgen, die sie gezeitigt haben, die Parameter an die Hand, um deren Neuerfindungen zu bewerten. Anders ausgedrückt: um reflektierter zu entwerfen.

Es geht also darum, für das städtebauliche Projekt historische Erfahrungen zu befragen. Das heisst alles andere als kopieren und ist eher ein Mittel, das vor Plagiaten, auch unbeabsichtigten, bewahrt.

Die Aufgaben, die das zeitgenössische Leben stellt, sind kaum jene der Vergangenheit; und auch nicht die technischen Mittel, um diese Aufgaben zu lösen. Entsprechend werden die Resultate, wenn sie aus den zugehörigen Programmen abgeleitet sind, notwendigerweise modern sein; ohne rückwärtsgewandte Nostalgie, aber auch ohne futuristische Verbissenheit. Vor allem aber: Sie werden die Disziplin des Städtebaus erneut mit dem menschlichen Leben zusammenbringen, den sie zu behausen und zu bereichern seit jeher aufgerufen war und immer noch ist.

Der Essay erschien zuerst in: Vittorio Magnago Lampugnani 2006: Stadtarchitekturen. Luzern (= 11. Band der Reihe Des aedibus). Quart Verlag. Wir danken Autor und Verlag für die Möglichkeit des Wiederabdrucks.

Monika Grubbauer ■

Architektur und Stadt: Anmerkungen aus politisch-ökonomischer Perspektive

Der vorliegende Beitrag diskutiert das Verhältnis von Architektur und Stadt mit Blick auf den Einfluss politisch-ökonomischer Faktoren. Im Zentrum steht die Frage, welche politischen und ökonomischen Prozesse und Rahmenbedingungen das Verhältnis von Architektur und Stadt heute bestimmen. Ich argumentiere in diesem Text, dass die Veränderungen in den Zielsetzungen und Handlungsstrategien städtischer Politik und die strukturellen Neuerungen des globalen Kapitalismus der letzten Dekaden dieses Verhältnis grundlegend transformieren. Konkret sind es meiner Ansicht nach drei Entwicklungen, die dazu beitragen, das Verhältnis von Architektur und Stadt zumindest im westeuropäischen und nordamerikanischen Kontext neu zu definieren: erstens die Ausrichtung von Stadtentwicklungsstrategien an den Prämissen der kommerziellen Immobilienentwicklung und des institutionellen Immobilieninvestments, zweitens die Internationalisierung der Immobilien- und ihre fortschreitende Anbindung an die globalen Finanzmärkte (*financialization*) und drittens die Dynamik/Logik des globalen Städtewettbewerbs, die dazu führt, dass der physischen und vor allem sichtbaren Erneuerung der gebauten Strukturen in der Stadtpolitik hohe Priorität eingeräumt wird. Standortwettbewerb und neue Formen von *urban governance* sind schon lange zentrale Themen der Stadtforschung (Harvey 1989; Hall/Hubbard 1996). Die Kopplung der Immobilienmärkte an Finanzmarktdynamiken ist seit der Finanzkrise 2008/2009 ebenfalls ein viel diskutiertes Thema (Aalbers 2009; Gotham 2009). Die Konsequenzen dieser Entwicklungen für Architektur und Städtebau wurden bislang jedoch nicht systematisch aufgearbeitet – weder aus sozialwissenschaftlicher noch aus architekturtheoretischer Perspektive. Im Folgenden werden die drei genannten Entwicklungen genauer erläutert. Im Anschluss daran möchte ich versuchen, die Konsequenzen für Architektur und Städtebau anhand von Beispielen zu diskutieren und Möglichkeiten für eine systematische Betrachtung aufzuzeigen.

Property-led urban development: Stadtentwicklung durch Immobilientwicklung

Mit der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte nimmt die Zahl von Bauprojekten, bei denen die Stadt als Bauherrin und alleinige Investorin auftritt, in den eu-

ropäischen Städten kontinuierlich ab. Bauliche Großprojekte werden heute in der Regel in Form von Public-Private-Partnership-Projekten umgesetzt. Die beteiligten Immobilien-developer, Banken und anderen institutionellen Investoren vertreten hier Interessen, die denen der öffentlichen Hand vielfach entgegenstehen (vgl. Fainstein 1994; Häußermann et al. 2008). Sicherlich ist die „Privatisierung“ der Stadtentwicklung in Europa nicht so weit fortgeschritten wie im US-amerikanischen Kontext (siehe z. B. Hackworth 2007; Heeg 2008). Frank Moulaert et al. (2003) stellten beispielsweise bei ihrer Untersuchung von großmaßstäblichen Stadtentwicklungsprojekten in neun europäischen Städten fest, dass die Mehrzahl sehr wohl von der öffentlichen Hand initiiert und gesteuert und auch in beträchtlichem Maß finanziert wurde. Auch wenn die europäischen Stadtregierungen also noch in vergleichsweise hohem Maße Entscheidungskompetenzen innehaben, lässt sich auch im europäischen Kontext spätestens seit den 1990er Jahren ein Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik konstatieren, der mit der Einführung neuer Organisationsformen und Entscheidungsstrukturen einhergeht. Ein wesentliches Kennzeichen dieser neuen Stadtentwicklungsstrategien ist ihre Fokussierung auf kommerzielles Immobiliendevelopment und institutionelle Endinvestoren. Ziel eines solchen *property-led-development* ist es, über die Mobilisierung privater Investitionen für Immobilienprojekte und die Wertsteigerung dieser Immobilien städtisches Wirtschaftswachstum zu erzeugen (Turok 1992; Imrie/Thomas 1993). Man kann also in Europa nicht davon sprechen, dass sich die Stadt im Politikfeld der Stadtentwicklung und des Städtebaus aus der Steuerung und auch aus der Bereitstellung von Investitionen gänzlich zurückgezogen hätte. Es hat sich vielmehr die *Logik* geändert, nach der die Stadt und ihre Unternehmen auf diesem Gebiet agieren.

Die Formen der Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Investoren sind dabei sehr unterschiedlich. Bauliche Großprojekte in europäischen Städten, die gegenwärtig dazu dienen, ehemalige Industriebrachen umzunutzen, werden in der Regel über ausgelagerte, privatrechtlich organisierte Gesellschaften entwickelt, die sich jedoch vielfach ganz oder teilweise im Besitz der Stadt befinden. Diese Form der Entwicklungsgesellschaften erlaubt es – unter Verweis auf den Ausnahmestatus der Projekte – Genehmigungsverfahren und Grundstücksverkäufe durch die Umgehung der bei öffentlichen Bauvorhaben vorgeschriebenen Verfahrensschritte (v. a. verpflichtende Ausschreibungen) zu beschleunigen und demokratische Kontrollinstanzen zu umgehen. In der Regel investiert die öffentliche Hand über diese Entwicklungsgesellschaften in die Erschließung und die Infrastruktur der Projekte, schafft Investitionsanreize und verantwortet möglicherweise einzelne Leuchtturmprojekte; die kommerzielle Immobilienentwicklung erfolgt über private Developer und Investoren, an die einzelne Grundstücke verkauft werden (vgl. Altröck et al. 2003). Der organisatorische Umbau der Stadtplanung und die Ausrichtung der Stadtentwicklungsstrategien entlang bzw. an den Logiken des kommerziellen Immobiliendevelopments manifestieren sich jedoch nicht nur in diesen Ausnahmeprojekten. Der Umbau städtischer Verwaltungen im Sinne des New Public Management und die stärker unternehmerisch ausgerichtete Agenda sorgen dafür, dass verschiedene öffentliche und

halb-öffentliche Organisationen in PPP-Modellen auf vielfältige Weise als Akteure in der Stadtentwicklung in Erscheinung treten. Dies lässt sich gut mit Blick auf das Beispiel Wiens verdeutlichen, eine Stadt die mit ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit, der traditionellen starken Position der Verwaltung, dem hohen Anteil an öffentlichem Grundbesitz und den hohen Sozialleistungen im 20. Jahrhundert als Inbegriff der europäischen Stadt und eines lokalen Wohlfahrtsstaat gehandelt wurde. Mit der Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik seit Mitte der 1990er-Jahre an stärker außen- und unternehmerisch orientierten Strategien wurden auch in der Stadtplanung und Stadtentwicklung neue Governance-Strukturen und Organisationsformen erprobt.

Das Prestigeprojekt der Stadtregierung, die Donau City am linken Donauufer, wird seit Mitte der 1990er-Jahre von einer bankenfinanzierten Entwicklungsgesellschaft, der WED GmbH (Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donaauraum GmbH), entwickelt. Diese zeichnet für die Planung der Projekte verantwortlich, nach Fertigstellung werden die Immobilien an institutionelle Investoren verkauft. Parallel dazu haben Ende der 1990er-Jahre und in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre mehrere zur Gänze auf privater Initiative und Finanzierung beruhende großmaßstäbliche, *mix-use* und Büro-Projekte (die Wienerberg City, der Europlaza-Bürocampus und die Millennium City) das Gesicht der Stadt verändert. Seit den frühen 2000er Jahren lässt sich beobachten, dass viele der ausgelagerten Unternehmen und Fonds der Stadt Wien ebenfalls zunehmend in kommerziellen Immobilien- und Stadtentwicklungsprojekten engagiert sind, die in Kooperation mit privaten Investoren realisiert werden. Vor allem die Wien Holding GmbH (ein Mischkonzern mit 75 Unternehmen in unterschiedlichen Geschäftsbereichen) und die Wiener Stadtwerke Holding AG (mit den Geschäftsbereichen Verkehr, Energie und Bestattung) sind hier von Bedeutung. Beide privatwirtschaftlich geführten Unternehmen – beide in Besitz der Stadt Wien – haben schrittweise Aufgaben und Abteilungen der Stadtverwaltung übernommen und dabei ihren Umsatz von 2003–2010 jeweils um die Hälfte gesteigert. Dem Bereich der Immobilienentwicklung kommt hierbei immer größere Bedeutung zu. So ist der Immobilienbereich der Wien Holding mit rund der Hälfte des Gesamtumsatzes mittlerweile der bedeutendste Geschäftsbereich des Konzerns und umfasst 17 Tochterunternehmen. Die Wiener Stadtwerke Holding engagiert sich ebenfalls zunehmend in Immobilienprojekten. Über das Tochterunternehmen Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH hält sie Anteile an der IWS Immobiliendevlopment AG, die derzeit mit TownTown im 3. Wiener Gemeindebezirk eines der größten Immobilienprojekte Österreichs realisiert. Auch der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (seit 2011 wirtschaftsagentur wien) ist seit einigen Jahren mit der Errichtung von Technologie- und Gründerzentren sowie Büroimmobilien für Start-up-Unternehmen aktiv. Das jüngste Projekt des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ist die Entwicklung des neuen Stadtteils „Seestadt Aspern“ am ehemaligen Flugfeld Aspern im 22. Wiener Gemeindebezirk. Die hohe Bedeutung der kommerziellen Immobilienentwicklung für die Stadtentwicklung und das wachsende Engagement öffentlicher und halb-öffentlicher Organisationen in diesem Bereich, wie sie am Beispiel Wiens deutlich werden, sind nur mit

Blick auf jüngste strukturelle Veränderungen der Immobilien- und Finanzwirtschaft zu verstehen.

Immobilieninvestment und die Finanzialisierung der Stadt

Die Logik des Immobilieninvestments hat sich seit den 1990er-Jahren durch die zunehmende Abhängigkeit der Immobilienmärkte von den Finanzmärkten sowie das verstärkte Engagement institutioneller Investoren wie Banken, Versicherungen und Rentenfonds entscheidend verändert. Zum einen wurde die Immobilie durch ihre „Verbriefung“ (*securitization*) zu einem handelbaren Gut und zur Wertanlage (Logan 1993), zum anderen haben die Deregulierung und die Integration der Finanzmärkte die Internationalisierung der Immobilienmärkte ermöglicht (Coakley 1994). Dabei wurden Immobilienmärkte insbesondere durch die Investitionen institutioneller Anleger, welche Risiken auf den Finanzmärkten durch weniger volatile Immobilieninvestments auszugleichen versuchten, stärker an die Entwicklung der Finanzmärkte gebunden (Heeg 2009). Der massive Kapitalzufluss, den immobiliengestützte Anlageformen wie Immobilienfonds und Immobilienaktiengesellschaften in den 1990er- und 2000er-Jahren zu verzeichnen hatten, und der hohe Verwertungsdruck führten allerdings bald zu einer Knappheit geeigneter Investitionsobjekte auf den etablierten Märkten für Büroflächen. Dies hatte sowohl die Erweiterung des Aktionsradius der internationalen Immobilienakteure und die Erschließung neuer lokaler Märkte als auch die Schaffung neuer Investmentformen (offene und geschlossene Immobilienfonds, REITs – Real Estate Investment Trusts) zur Folge. Eine weitere Konsequenz der hohen Nachfrage nach Immobilieninvestments war die Verwertung immer neuer Gebäudetypen. So wurden und werden neben Bürobauten immer mehr auch gewerbliche Immobilien, Verwaltungsbauten und Wohnungsbestände oder auch Sonderimmobilien wie Hotels, Produktionsgebäude oder Sportbauten zu Investitionsobjekten für institutionelle Anleger (Heeg/Pütz 2009).

Die enormen Kapitalzuflüsse im Bereich des Immobilieninvestments, politischer Druck und die Konkurrenz der Finanzstandorte untereinander haben dazu geführt, dass viele der neuen Immobilien-Anlageformen, die meist zuerst in den USA und in Großbritannien erprobt wurden, schrittweise auch in Europa zugelassen wurden bzw. dass die entsprechenden Gesetze modifiziert wurden, um für Anleger attraktivere Bedingungen zu schaffen. In Deutschland gibt es beispielsweise für offene Immobilien-Fonds bereits seit 1969 rechtliche Grundlagen. Als Anlageform spielten sie jedoch lange Zeit keine entscheidend Rolle; erst nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahr 2000 und der Einführung der Europäischen Währungsunion 2002 mit neuen Möglichkeiten grenzüberschreitender Investments wurden sie zunehmend zu einer attraktiven Option für Anleger auf der Suche nach stabileren Anlageformen.

Aus neo-marxistischer Perspektive stellen Investitionen in die gebaute Umwelt eine temporäre Lösung für die periodisch auftretenden Überakkumulationskrisen im Kapitalismus dar. David Harvey bezeichnet dies als *spatial fix* (2001: 338). Wenn keine produktive

Nutzung (mehr) gefunden wird, dann geht der Tauschwert der Objekte verloren. Nur durch diese regelmäßige Abwertung von Immobilien bzw. die Zerstörung und Adaptierung bestehender baulicher Strukturen eröffnen sich neue Investitionsmöglichkeiten. Eine Bedingung für die immer höheren Kapitalzuflüsse in den Immobiliensektor ab 2000 war jedoch nicht nur die hohe Verfügbarkeit des Kapitals auf der Suche nach einem *spatial fix* sondern auch die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Diversifikation der Anlageprodukte. In Deutschland wurden mit dem 2004 in Kraft getretenen Investmentgesetz die Rahmenbedingungen für die Auflage offener Immobilien-Fonds deutlich erweitert und mit der Novellierung im Jahr 2007 noch einmal weiter flexibilisiert. In Österreich wurde 2003 ein entsprechendes Immobilienfondsgesetz eingeführt, in Spanien 2004 und in Frankreich 2006. So ist in Deutschland im Zeitraum von 1999 bis 2012 das Fondsvolumen aller Immobilien-Spezialfonds für institutionelle Anleger von 4,6 Milliarden Euro auf 34,5 Milliarden Euro angewachsen, dasjenige der offenen Publikumsfonds von rund 50,4 Milliarden Euro auf rund 83 Milliarden Euro (BVI 2012). Damit hat sich der Anteil des institutionellen Immobilien-Investments am Gesamtinvestitionsvolumen deutlich erhöht.¹ Die viel diskutierte Anlageform der REITs (börsennotierte, in der Immobilienbranche tätige Aktiengesellschaften) wurde 2007 in Deutschland gesetzlich zugelassen und hat die Möglichkeiten von Unternehmen, über die Veräußerung ihres Immobilienbesitzes Steuervergünstigungen zu nutzen und ihre Liquidität zu erhöhen, noch einmal deutlich erweitert. Mittlerweile haben auch Länder wie China und Indien ihre Immobilienmärkte teilweise liberalisiert. In China wurde der Immobilienmarkt seit 1998 schrittweise zuerst für private und dann für internationale Investoren geöffnet, seit 2006 investieren deutsche Immobilienfonds in Objekte in China. Umgekehrt bilden z. B. Chinesen in den USA schon die zweitgrößte ausländische Käufergruppe (manager magazin online 2012).

Deutlich wurde die enge Kopplung von Immobilien- und Finanzmarktdynamiken in der Finanzkrise der Jahre 2008/2009, die ursächlich eine Immobilienkrise war (Aalbers 2009; Gotham 2009). In Folge der Krise ist in Jahren 2009 und 2010 der Kapitalzufluss deutlich eingebrochen, die Immobilienmärkte hatten weltweit Wertverluste zu verzeichnen und vielerorts mussten Projekte auf Eis gelegt werden. Immobilienfonds und Immobilienaktiengesellschaften verzeichneten vielfach Liquiditätsprobleme. Allerdings nehmen mittlerweile die Kapitalzuflüsse in Immobilieninvestments in Europa wieder zu, schon ab 2010 verzeichneten beispielsweise die Spezialfonds in Deutschland wieder Wertzuwächse (IPD Investment Property Databank GmbH 2011).

Die Entwicklung weg von unternehmens- und bankenfinanzierter hin zu kapitalmarktfinanzierter Projektentwicklung und institutionellem Immobilieninvestment hat deutliche Auswirkungen auf Stadtentwicklung und Städtebau. Investitionen in die gebaute Umwelt werden immer mehr unter Renditegesichtspunkten getätigt, immer häufiger treten institutionelle Investoren als Bauherren auf und immer seltener werden Objekte von Unternehmen zur Eigennutzung errichtet. Derzeit liegt der Eigenbesitzanteil von deutschen Unternehmen an Immobilien noch bei 73 Prozent. In den USA halten Unternehmen nur noch zu

25 Prozent, in Großbritannien zu 54 Prozent eigene Immobilien. Die 65 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland verfügen über Immobilienreserven im Wert von 80 Milliarden Euro; Reserven, die von der Immobilienwirtschaft als „weites, noch unerschlossenes Feld“ (Börse Frankfurt 2012) gehandelt werden, zu dem die neuen Investmentformen wie z. B. REITs Zutritt verschaffen sollen. Das Interesse an der Wertentwicklung der lokalen Immobilien, das Developer, Investoren und Stadtregierungen haben, erklärt aber nur zum Teil die hohe Priorität, die dem physischen Stadtumbau in den gegenwärtigen Stadtentwicklungsstrategien eingeräumt wird. Der andere Teil der Erklärung liegt in der Logik des Standortwettbewerbs und der hohen Bedeutung städtischer Selbstdarstellung und Imagepolitiken, die die stadtpolitische Rolle von Architektur verändert haben. Dieser Aspekt wird im folgenden Abschnitt beleuchtet.

Städteettbewerb und die Spektakularisierung der Architektur

Im Bestreben die eigenen Vorzüge zu präsentieren und Standortvorteile zu prägen, nutzen städtische Organisationen und Marketingabteilungen Architektur heute selbstverständlich als Attraktion, Imageträger und Blickfang. Gerne werden hierfür die Bauten der sogenannten „Stararchitekten“ eingesetzt. Sie tragen oft die eindeutige Handschrift des jeweiligen Architekturbüros oder bieten markante Entwürfe mit hohem Wiedererkennungswert, in vielen Fällen sollen sie beides zugleich leisten. Man kann die ästhetische Wirksamkeit und auch den Neuigkeitswert so mancher dieser *iconic buildings* nicht in Abrede stellen, ebenso wenig deren hohe Medienpräsenz. Jedoch ist der Anspruch an Architekturbüros, einzigartige Lösungen zu liefern und gleichzeitig Bauten zu schaffen, die eindeutig als Produkte der jeweiligen Büros identifizierbar sind, auch zutiefst widersprüchlich: Die Entwürfe müssen gleichzeitig singulär und seriell sein (McNeill 2005). Es wurde schon vielfach angemerkt, dass die permanente Wiederholung des gleichen Prinzips die Wirksamkeit derartiger ikonischer Bauten längst ausgehöhlt hat (z. B.: Jencks 2006; McNeill 2009; Ponzini/Nastasi 2011). Indem jede Stadt versucht, durch architektonische Leuchtturmprojekte neue Wahrzeichen zu schaffen bzw. indem die beauftragten Büros sich einer immer gleichen, wiedererkennbaren Formensprache bedienen, sinkt die Aufmerksamkeit, die jedes einzelne Projekt zu erzielen vermag. Aktuell wird zudem die Finanzierung derartiger Spektakel vielerorts in Frage gestellt, so mancher Kommentator sieht so bereits das Ende der „Bilbao-Dekade“ gekommen (z. B. Matzig 2008).

Woher kommt aber die hohe Priorität, die der sichtbaren Erneuerung der gebauten Umwelt in der Stadtpolitik eingeräumt wird? Ein wichtiges Argument in der kritischen Auseinandersetzung mit städtischen Transformationsprozessen und ihrer räumlichen Dimension ist, dass Städte in einer aktiven und gestaltenden Rolle an Globalisierungsprozessen beteiligt sind. Wettbewerbsorientierte Stadtpolitik und unternehmerische Entwicklungsstrategien sind nicht einfach die unausweichliche Konsequenz politischer und ökonomischer Prozesse auf globaler Ebene, wie es in der öffentlichen Debatte oft dargestellt wird, sondern sie tra-

gen auch entscheidend dazu bei, diese Prozesse zu gestalten und ihre Dynamik zu bestimmen (Brenner/Theodore 2002; Keil/Brenner 2003; Moulaert et. al 2003). Dabei wird der städtische Raum als „privilegiertes Instrument“ (Brenner/Theodore 2002: vii) des politisch-ökonomischen Wandels eingesetzt. Physischer Stadtumbau wird mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven der Stadt und ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Städten verknüpft. Die Konsequenz daraus ist, wie Moulaert, Rodríguez und Swyngedouw in *The Globalized City* argumentieren, dass die soziale Definition von Entwicklung durch eine räumliche Definition ersetzt wird. Wachstum und die Aufwertung des Stadtraumes werden nun vor allem über ortsgebundene und räumlich definierte Entwicklungsszenarien angestrebt: „targeting places rather than people“ (Swyngedouw et al. 2003: 256 f.).

Weil auch Stadtpolitik heutzutage in immer größerem Maße symbolische Politik ist und unternehmerische Stadtentwicklungsstrategien oft in erster Linie auf der Ebene der Rhetorik angesiedelt sind, muss der Wandel der ökonomischen Basis, der mit der Veränderung baulicher Strukturen und technologischer Infrastrukturen ermöglicht werden soll, auch *sichtbar* gemacht werden. John R. Short (1999) hat darauf hingewiesen, dass die Krise des Fordismus in den Städten von einer tiefen „crisis of representation“ begleitet war. Als Antwort auf diese Image- und Repräsentationskrise war und ist es notwendig, den angestrebten Wandel hin zur dienstleistungs- und wissensbasierten Stadtökonomie sichtbar zu machen. Nur so lässt sich dieser Wandel politisch kommunizieren und plausibel machen, nur so werden geeignete Bilder für die bildzentrierten Imagekampagnen erzeugt und wiedererkennbare Wahrzeichen geschaffen. Insbesondere bei den oben erwähnten städtebaulichen Großprojekten ist die hohe Sichtbarkeit von besonderer Relevanz: sie soll den Ausnahmestatus dieser Projekte und ihre Priorisierung legitimieren. Erzielt wird diese Sichtbarkeit oft durch eine hervorgehobene und zentrale stadträumliche Positionierung sowie durch die klare räumliche oder gestalterische Abgrenzung des Projektes von seiner Umgebung; so soll seine Besonderheit für Einwohner und lokale Akteure deutlich werden (vgl. Grubbauer im Erscheinen). Das Beispiel Berlins nach 1989 zeigt gut, wie Architektur und städtebauliche Großprojekte in diesem Sinn in einer auf einzigartige Weise politisierten Stadtlandschaft eingesetzt werden, um den Imagewandel zu befördern und wie symbolische und materielle Politiken Hand in Hand gehen (Colomb 2012). Aber auch in der unumstrittenen *global city* London haben sichtbare bauliche Veränderungen der Stadtgestalt zuletzt hohe Bedeutung erlangt (McNeill 2002, Charney 2007). Maria Kaika (2010) beschreibt in ihrer Diskussion der jüngsten spektakulären Hochhausprojekte in der Londoner City die Öffnung der City für moderne Architektur als Antwort auf die Identitäts- und Legitimationskrise der Corporation of London und der etablierten lokalen Eliten. Die City of London wird von der Corporation of London verwaltet, deren Gründung im Jahr 1132 n. Chr. der Gründung des britischen Parlaments (1706) und der Festsetzung der Londoner Boroughs (1963) weit vorausgeht und die damit eine einzigartige, höchst einflussreiche und traditionsbewusste Institution darstellt. Die Wählerschaft der Corporation besteht zum Großteil

aus den in der City ansässigen Unternehmen (*non-residential vote*). Die Corporation verfügt über Planungshoheit und ist zudem ein wichtiger Grundbesitzer in der City. Kaika argumentiert, dass Architektur als Mittel gewählt wurde, um das Image der Corporation of London und die Identität der City neu zu erfinden. Ziel war es, sich vom Image des elitären, businessorientierten Männervereins zu distanzieren und die Öffnung der City und der Corporation gegenüber der Stadt und ihren Bewohnern/-innen ebenso wie gegenüber den ausländischen Unternehmen und neuen Eliten zu verdeutlichen. Hierfür konnte man sich das hohe Interesse der Developer und Investoren an Grundstücken in der City zu Nutze machen. Die Signifikanz der neuen Londoner landmarks geht also über das architektonische Spektakel hinaus und liegt Kaika zufolge in ihrer Bedeutung als Katalysatoren der Erneuerung: „Seen within this framework, the most significant innovation of London’s new icons lies beyond style and height; it lies in the role these buildings are called upon to perform as signifiers of a particular historical moment of re-organisation“ (2010: 470).

Architektur und Stadt

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Steuerungsprozesse der Stadtplanung und Stadtentwicklung sich zugunsten weniger hierarchischer, dafür stärker informeller und weniger transparenter Netzwerke verschoben haben; Stadtentwicklung ist projektzentrierter geworden. Die Projekte wiederum sind wesentliche Elemente strategischer Planung, was tendenziell auf Kosten ganzheitlicher Betrachtungen geht (Parnreiter 2011). Es gibt neue Akteurskonstellationen und neue Interessenslagen. Interessen der privaten Hand haben dabei in der Regel an Gewicht gewonnen und der Verwertungsdruck bei der Entwicklung neuer Immobilien ist enorm gestiegen. Im Zentrum stehen Aushandlungsprozesse zwischen öffentlichen und privaten Akteuren, die Stadtentwicklung manchmal als kaum noch steuerbar erscheinen lassen; dies wird durch die hohe Abhängigkeit von Immobilien- und Finanzmarktdynamiken noch zusätzlich verstärkt. Gleichzeitig hat Architektur als medialer Imageträger für Unternehmen und Städte an Gewicht gewonnen (vgl. Sager 2011). Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Veränderungen nun konkret für das Verhältnis von Architektur und Stadt? Ich möchte hierzu aus den oben beschriebenen Entwicklungen mehrere Beobachtungen ableiten und punktuell illustrieren. Diese sind nicht als immer und in jedem Fall gültige Aussagen zu verstehen, es gibt Ausnahmen und Gegenbeispiele; wichtig scheint mir jedoch mehrere Tendenzen analytisch zu erfassen.

Erstens meine ich, dass sich die Architekturproduktion und das Verhältnis von Architektur und Stadt – jedenfalls im europäischen Kontext – durch die Renditeorientierung des finanzierten Immobilienmarktes verändert haben. Im Rahmen des mittlerweile als eigenes Unternehmensgeschäftsfeld etablierten *corporate real estate management* werden Immobilien als Wertobjekte und strategische Ressourcen betrachtet, die zur Rentabilität des Unternehmens beitragen (Haynes/Nunnington 2010). In Due-Diligence-Prüfungen im Vorfeld von Immobilientransaktionen werden Immobilien durch spezialisierte Dienstleister aus

rechtlicher, technischer und betriebswirtschaftlicher Sicht mit dem Ziel geprüft, das Risiko für den Käufer zu minimieren. Die Handelbarkeit und notwendige Bewertbarkeit der Immobilie auch auf Distanz bedingt eine Standardisierung der Bewertungskriterien, die wiederum Einfluss auf die Entwicklung der Immobilie haben. Mit anderen Worten: Immobilien, insbesondere Büroimmobilien aber auch andere, werden bereits mit Blick auf die Anforderungen und Kriterien institutioneller Investoren geplant und entworfen. Der Blick auf die Wiener Stadtentwicklungsprojekte der letzten 15 Jahre zeigt dies deutlich. Alle Großprojekte sehen zwar einen Nutzungsmix vor, Büroflächen kommt dennoch zentrale Bedeutung zu, weil sie die höchsten Erträge bringen. Die Optimierung der Bürogebäude und Bürotürme nach Rentabilitätskriterien hat sich seit Ende der 1990er-Jahre deutlich verstärkt. Die sechs Bürotürme der Donau City beispielsweise sind im Laufe der Jahre immer höher und breiter geworden, um die vermietbaren Büroflächen zu maximieren. Wie massiv sich der Verwertungsdruck bei Büroimmobilien auch auf die Gestaltung auswirkt, zeigt das Beispiel des 2001 fertiggestellten Vienna Twin Tower in der Wienerberg City, einem *mix-use* Projekt auf den ehemaligen Betriebsflächen des Wienerberger Ziegeleikonzerns. Trotz des vergleichsweise hohen gestalterischen Anspruches des Projektes von Architekt Massimiliano Fuksas mussten auch hier Zugeständnisse an die ökonomische Verwertbarkeit gemacht werden. Als im Zuge der Projektentwicklung die österreichische Immofinanz-Gruppe als Investor einstieg, wurde gegen den Widerstand der Architekten die geplante Doppelfassade eliminiert, um den vorgesehenen Abstand zwischen den Glasscheiben als Nettonutzfläche zu gewinnen und gleichzeitig Kosten zu sparen. Diese Entscheidung führte nach der Fertigstellung zu Mängeln bei der Haustechnik und Klimatisierung, die schließlich durch eine teure Nachrüstung der Fassade mit einer dritten Innenscheibe behoben werden mussten. Nach dem Einstieg der Immofinanz AG wurden auch die Bruttogeschossflächen beider Türme auf das pro Brandabschnitt mögliche Maximum von 1000 m² erhöht und die Lage der Treppenhäuser verändert, um Fensterachsen und damit vermietbare Bürofläche zu gewinnen (vgl. Grubbauer 2011, 162ff.). Auch die den Vienna Twin Tower umgebende Wohnbebauung zeigt deutlich, welche negativen Konsequenzen das Prinzip der ertragsorientierten Flächenmaximierung für die städtebauliche Qualität haben kann. Auf Druck der privaten Bauträger wurden die im Masterplan vorgesehenen Höhen und Kubaturen der Wohntürme deutlich überschritten. Auch die vom Architekten Fuksas vorgesehene übergreifende Planung der Freiflächen, die eine gemeinsame Garage vorgesehen hätte, konnte nicht realisiert werden. Stattdessen übernahm jeder Wohnungsbauträger die Verantwortung für das eigene Grundstück. Dies hatte beispielsweise zur Folge, dass jedes Grundstück nun eine eigene Garagenein- und -ausfahrt besitzt, womit die knappen Freiräume zusätzlich beschnitten werden. Die unverhältnismäßig hohe Bebauungsdichte des gesamten Areals und die mangelnde Qualität der Freiräume stellen viel kritisierte Mankos der Wienerberg City dar.

Eine weitere Konsequenz der gestiegenen Renditeorientierung ist die tendenziell wachsende Größe sowohl der Stadtentwicklungsprojekte als auch der einzelnen Immo-

bilien. Ein Blick auf *waterfront developments* der vergangenen Jahrzehnte macht deutlich, dass in immer größeren Maßstab geplant wird: Battery Park City mit Baubeginn im Jahr 1980 hatte eine Fläche von 37 Hektar, Canary Wharf – das Herzstück der Londoner Docklands – mit Baubeginn 1988 umfasste 39 Hektar. Die Landfläche der HafenCity, in Bau seit 2003, in Hamburg beträgt bereits 126 Hektar, die der Fjord City in Oslo, Baubeginn ebenfalls 2003, 225 Hektar und die des Nordhavnen in Kopenhagen, Baubeginn geplant für 2012, 200 Hektar. Natürlich ist die zunehmende Größe dieser *waterfront* und *brownfield developments* von der Verfügbarkeit nicht mehr genutzter Industriebrachen abhängig, die seit den 1980er Jahren in immer größerer Zahl angefallen sind. Das geteilte Interesse von Stadt und Immobilienbranche an der Maximierung von Größe und Fläche hat aber auch viel grundsätzlicher mit den besseren Möglichkeiten der Nutzungsmischung, der Vermietbarkeit, der Clusterbildung und damit auch der Verwertung zu tun. Erst eine kritische Masse an Einwohnern, Beschäftigten und Unternehmen macht die Ansiedlung von Einzelhandel und Gewerbe möglich und erlaubt eine effiziente Ausstattung mit sozialen Dienstleistungen. Die Clusterbildung bei Büroprojekten ist notwendig, um dem Standort Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität zu verleihen. Und die Maximierung der vermietbaren Flächen erlaubt es, im Sinne einer *economy of scales* Neben- und Transaktionskosten einzusparen, und erhöht die Renditen. Zusätzlich erhöht wird der Verwertungsdruck durch per Gesetz verordnete Höchstpreisverfahren. So ist beispielsweise der rapide Anstieg von Grundstücks- und Mietpreisen der letzten Jahre in Berlin auch darauf zurückzuführen, dass beim Verkauf von stadteigenen Grundstücken der Höchstbieter automatisch den Zuschlag bekommt. Eine derartige Liegenschaftspolitik bevorzugt systematisch Großinvestoren und Konzerne und führt dazu, dass die immer gleichen Nutzungsmischungen aus Büros und Luxuswohnungen entstehen: alleine diese sind imstande bei steigenden Grundstückspreisen noch einträgliche Renditen zu gewährleisten.

Wie die zu geringe Größe der Entwicklungsfläche dazu beitragen kann, ein Projekt scheitern zu lassen, zeigt die Wiener Donau City. Mit 18,5 Hektar war der Standort im Grunde von Anfang an zu klein, um die angestrebte Funktion eines hochrangigen, zweiten Stadtzentrums zu erfüllen. Zudem wurden die im Masterplan der Architekten Krischanitz und Neumann vorgesehenen hochwertigen Kultur-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen nie realisiert, die Qualität der öffentlichen Räume ist weit unter den Erwartungen geblieben. Der Standort bleibt eine Enklave für die paar tausend dort lebende und arbeitende Menschen, städtische Lebensqualität und eine Zentrumsfunktion kann er nicht bieten. Das mittlerweile als neues Prestigeprojekt in Entwicklung befindliche Großprojekt der Seestadt Aspern hat bereits eine ungleich größere Fläche von 240 Hektar, und mehrere neu entwickelte Bürostandorte bieten ebenso viel Bürofläche an wie die Donau City (TownTown, Erdberger Mais, Bahnhof Europa Mitte). Und auch der Blick auf die Größe der einzelnen Gebäude bestätigt den Trend hin zur Größenmaximierung: Beispielsweise machten Großbüroimmobilien (mit über 10.000 qm Nutzfläche) in Wien von 1992 bis 2000 in der Summe rund die Hälfte der neu errichteten Büroflächen aus, in den Jahren 2001 bis 2009 ent-

fielen rund drei Viertel der neu errichteten Neubau-Büroflächen auf Großprojekte (eigene Berechnungen auf Basis von Büromarktstudien von CPB und CBRE).

Neben dem Prinzip der Größen- und Flächenmaximierung ist es auch die schon angesprochene, politisch und ökonomisch tendenziell erwünschte und verlangte Sichtbarkeit von Architektur, die das Verhältnis von Architektur und Stadt verändert hat.

Aus Sicht der Stadtpolitik wird diese Sichtbarkeit zum einen über die sogenannten Leuchtturmprojekte erzielt: Auch ein Konversionsprojekt wie die Hamburger HafenCity, das sehr bewusst auf eine städtische, vergleichsweise diversifizierte Quartiersstruktur abzielt, kommt ohne teure *signature buildings* nicht aus, die Ressourcen aus anderen Bereichen abziehen. Die wegen der überhöhten Kosten umstrittene Elbphilharmonie von Herzog & de Meuron und das Science Center von OMA/Rem Koolhaas sollen als neue Wahrzeichen Hamburgs fungieren. Zum anderen ist es für die Medienarbeit der Stadt aber auch grundsätzlich von hoher Bedeutung, dass neue Quartiere und insbesondere Großprojekte Signalkraft und Neuigkeitswert haben, um sich vom Bestand abzuheben. Nur dann sind diese Großprojekte geeignet, den ökonomischen Wandel, der mit der Stadtbau einhergehen soll, zu verkörpern und ihre Sonderstellung im Sinne einer „condition of exceptionality“ (Swyngedouw et al. 2003: 264) zu legitimieren.

Von Immobilienentwicklern und -Investoren wird Architektur ebenfalls als Zeichen der Distinktion und Hervorhebung eingesetzt. In einem umkämpften Markt soll sie Mehrwert schaffen und Alleinstellungsmerkmale bieten. Die jüngsten Hochhausprojekte in der Londoner City zeigen, dass die Entwickler es sich auf manchen Märkten schlichtweg nicht mehr leisten können, Massenware zu produzieren. Die Türme nach Entwürfen von Foster, SOM, KPF, Rafael Viñoly, Renzo Piano und Richard Rogers stellen allesamt markante, hoch sichtbare und sehr einprägsame Gebäude dar – eine neue Generation von *iconic buildings*, wie es sie bislang in London nicht gab. Gleichzeitig wurden diese Hochhäuser allesamt als Investmentobjekte konzipiert und entwickelt. Der 2003 als erster Büroturm in der Londoner City fertiggestellte Swiss Re Tower von Norman Foster beispielsweise wurde 2007 für einen Rekordbetrag von 630 Millionen Britischen Pfund vom Schweizer Rückversicherer an ein Konsortium aus der deutschen IVG Immobilien AG und dem britischen Investor Evans Randall verkauft, was ihn zum teuersten Bürogebäude Großbritanniens machte. Der Bishopsgate Tower von KPF wurde schon vor Fertigstellung vom Developer Union Investment Real Estate AG (vormals Deutsche Immobilien Fonds AG) an einen arabischen Investor, die Arab Investments Ltd., verkauft.

Architektur ist natürlich schon immer Mittel zur Selbstdarstellung von Staaten, Städten, Institutionen und Privatleuten gewesen, immer auch Machtdemonstration und symbolisch aufgeladen. Die Sichtbarkeit, wie sie von Architektur heute gefordert wird, besitzt neben dieser kulturellen Dimension aber auch eine – im Zunehmen begriffene – politisch-ökonomische Dimension. Diese Sichtbarkeit ist bedingt durch die Logik von Finanzialisierung und Kommerzialisierung und motiviert durch den Mehrwert, den sie einem Objekt am Markt verschafft bzw. durch die Aufmerksamkeit, die sie ihm in den Medien

bringt. David Harvey (1990: 91) hat in der Architektur der Postmoderne ein Spektakel gesehen, das mit seiner „ability to confine meaning in the aesthetic dimension“ (ibid.) von den sozialen und ökonomischen Konsequenzen der damals im Entstehen begriffenen Immobilienmarkt-basierten Stadtentwicklung ablenkt. In der jüngsten Debatte um *iconic architecture* taucht dieses Argument wieder auf: Stararchitekten und spektakuläres Design dienen demzufolge dazu, den Fokus der Debatte auf ästhetische Aspekte zu verschieben und die Sonderstellung von Projekten zu legitimieren (Marcuse 1998; del Cerro 2007; Charney 2007; Golubchikov 2010). Dieses Argument, dass das architektonische Spektakel, das Leuchtturmprojekte allerorts bieten sollen, die zugrunde liegenden politisch-ökonomischen Prozesse verdeckt, greift aber für die Betrachtung des Verhältnisses von Architektur und Stadt noch zu kurz. Aus politisch-ökonomischer Perspektive betrachtet meine ich, dass die Herstellung von Sichtbarkeit, wie sie von der Architektur heute gefordert wird, nicht nur symbolisch sondern auch strukturell begründet ist. Sichtbarkeit wird nicht hergestellt, um von etwas abzulenken, sondern weil sie Developern, Investoren und Stadtregierungen ökonomische und politische Vorteile verschaffen kann. Diese Vorteile beziehen sich jedoch auf Markt und Medien, nicht primär auf stadträumliche Qualitäten. Damit hat die Funktion von Architektur als Mittel zur Selbstdarstellung und Repräsentation einen qualitativen Wandel erfahren. Die Sichtbarkeit, wie sie Immobilienmarkt und Stadtpolitik benötigen, ist eine vermittelte, die in hohem Maß auf den visuellen Effekt im Foto oder die Betrachtung aus der Distanz ausgerichtet ist und weniger in Bezug auf die vor Ort erfahrbare stadträumliche Situation. Beispielsweise sind Fotos bei der Auflage von Immobilien-Publikumsfonds zentrale Gestaltungselemente der Fondsprospekte. Ebenso gibt es kein Hochhaus, das im Zuge der Planung nicht gleich aus allen erdenklichen Perspektiven in der Skyline verortet wird; die Sockelzone und die Verortung in der unmittelbaren Umgebung wird jedoch nie gezeigt. Das Verhältnis von Architektur und Stadt verändert sich damit insofern, als der Sichtbarkeitsanspruch des einzelnen Objektes den Zusammenhalt des Stadtgefüges gefährdet. Die Aneinanderreihung von *icons* macht noch keine Stadt, es fehlt die Substanz dazwischen.

Gleichzeitig wird es in einer derartigen „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Franck 1998) für jedes einzelne Objekt auch immer schwerer, die erwünschte Sichtbarkeit tatsächlich zu erlangen. Bloßes Mittelmaß reicht hierzu nicht aus. Die Wiener Bürohochhäuser beispielsweise sind im Gegensatz zu den Londoner Bauten wenig markant. Trotz einzelner Ausnahmen wie dem 2004 fertiggestellten Sitz der Deutschen Telekom von Günther Domenig (das sogenannte T-Center) ist das gestalterische Niveau insgesamt niedrig. Dies stellt das Stadtmarketing vor ein Dilemma: In den Fällen, in denen Wien eindeutig identifiziert und ein Wiedererkennungseffekt erreicht werden soll, kann man auf die neuen Büroarchitekturen in ihrer Mittelmäßigkeit und Beliebtheit nicht zurückgreifen. Die Skyline der Donau City ist im internationalen Vergleich zu wenig einprägsam, um wiedererkannt zu werden. In diesen Fällen wird Zuflucht zu bekannten Motiven historischer Monumente (Stephansdom, Rathaus, Riesenrad) oder dem etablierten (und leicht verfügbaren) Bild-

motiv der UNO-City gesucht. Das Manko dieser mangelnden Prägnanz des Prestigeprojektes der Wiener Stadtplanung der 1990er und 2000er Jahre versucht man mit den gegenwärtig im Bau befindlichen zwei Türmen von Dominique Perrault, mit denen das Projekt der Donau City abgeschlossen werden soll, zu beheben. Die so genannten DC Towers mit 160 m und 200 m Höhe werden nach Fertigstellung die höchsten Gebäude Österreichs sein. Ziel ist es mit den DC Towers „neue Landmarks für die Stadt“ (WED 2012) zu schaffen – ein Anspruch, den die bisherigen Bauten nicht erfüllen konnten. Die erstmalige Verpflichtung eines bekannten ausländischen Architekten für die Donau City reflektiert den Wunsch, dem Standort und dem modernen Wien das ultimative Wahrzeichen zu geben (und gleichzeitig vom prominenten Namen des Architekten zu profitieren) – die Donau City soll endlich unverwechselbar werden. Ob dies gelingt, ist offen. Die bisher veröffentlichten Visualisierungen der geplanten Türme geben noch wenig Aufschluss über deren architektonische Qualität. Nur die alles überragende Höhe der geplanten DC Towers kann jedenfalls kaum als Alleinstellungsmerkmal dienen. Dazu gibt es weltweit zu viele derartige Projekte.

Welche extremen Formen des Städtebaus aus dem Zusammenspiel von kommerzialisierter Stadtentwicklung, an die Finanzmärkte gekoppelter Immobilienmärkte und der Logiken des Städtewettbewerbs entstehen, lässt sich zurzeit in den Städten beobachten, die der Bauboom der vergangenen Dekade in China oder den Vereinigten Arabischen Emiraten hinterlassen hat. Diese Architekturen sind opulent, exklusiv, gigantisch und wenig nachhaltig. Tauschwert und Gebrauchswert stehen hier in keinem Verhältnis. Dies wird auf erschreckende Weise deutlich, wenn die Bewohner fehlen, die die als Zweitwohnsitze und Investitionsobjekte gekauften Wohnungen bewohnen könnten, bzw. wenn die Käufer für die Objekte zur Gänze ausbleiben. Dann ergeben sich Bilder von modernen Geisterstädten, wie sie derzeit aus Spanien, Irland, China und mittlerweile sogar aus Angola kommen (BBC 2012). Sieht man von solchen Fehlentwicklungen ab, lässt sich – v. a. mit Blick auf die europäische Stadt – grundsätzlich festhalten, dass sich mit den neuen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen das Gewicht in der Beziehung von Architektur und Stadt in Richtung der Architektur verlagert hat. Die Renditeorientierung im Immobiliendevelopment, das Prinzip der Größenmaximierung und die Objektfixiertheit von Medien und Politik, bewirken, dass die Architektur sich dem Prinzip Stadt immer weniger unterordnet. Die Architektur tritt gegenüber dem Städtebau in den Vordergrund, weil Developer, Investoren und Stadtregierungen fürchten, sonst ökonomische und politische Vorteile aus der Hand zu geben. Es ist schwerer geworden, kleinteilige und heterogene, bescheidene und introvertierte, vielleicht sogar unscheinbare, jedenfalls nicht auf den visuellen Effekt setzende Bauten zu realisieren. Die Stadt kann jedoch nur verlieren, wenn solche Architekturen keinen Platz mehr haben. Sie durchzusetzen, verlangt einen klugen Einsatz von finanziellen Ressourcen, gute Kommunikationsarbeit und vor allem politischen Willen. In Berlin hat man zuletzt erkannt, dass eine alleine von der kommerziellen Immobilienentwicklung getragene Stadtentwicklung zu Lasten sozialer, kultureller und ökologischer Belange geht. Anlässlich des Verkaufs zweier stadteigener Grundstücke, das Areal der Berliner Stadt-

reinigung an der Holzmannstraße und das Gelände am Moritzplatz in Kreuzberg, wird gegenwärtig die Liegenschaftspolitik des Senats neu überdacht. Beide Grundstücke sind bekannte Beispiele für Zwischennutzungen (die Bar 25 und der Prinzessinnengarten, ein *urban gardening* Projekt), wie sie das Image Berlins in den letzten Jahren ganz wesentlich geprägt haben (Weissmüller 2012). Um kleinteilige Lösungen und kreative Mischnutzungen für diese beiden Standorte zu finden, muss der Berliner Senat vom Prinzip des Höchstpreisverfahrens abweichen. Dies bedeutet, den langfristigen, schwer zu kalkulierenden Mehrwert nicht-kommerzieller Lösungen über die kurzfristige Rendite zu stellen. Es wird sich zeigen, ob der politische Wille hierfür tatsächlich vorhanden ist.

Anmerkungen

- 1 Dies wird noch zusätzlich durch den Umstand verstärkt, dass mittlerweile auch Teile der offenen Publikumsfonds von institutionellen Investoren gehalten werden.

Literatur

- Aalbers, Manuel 2009: Geographies of the financial crisis. In: Area 41 (1), 34-42
- Altrock, Uwe et al. (Hg.) 2003: Mega-Projekte und Stadtentwicklung. Planungsrundschau 8.
- BBC 2012: Angola's Chinese-built ghost town. BBC News, 2. Juli 2012. [<http://www.bbc.co.uk/news/world-africa-18646243>, 14.09.2012].
- Börse Frankfurt 2012: REITs – eine eigene Asset-Klasse für die Immobilienanlage, [<http://www.boerse-frankfurt.de/de/wissen/reits/reits+an+der+boerse+frankfurt>, 14.09.2012]
- Brenner, Neil, Nik Theodore (Hg.) 2002: Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe. Cambridge, MA/Oxford.
- BVI 2012: Zeitreihe Publikumsfonds, Spezialfonds und Vermögen außerhalb von Investmentfonds von 1950 bis 2011 (jeweils Jahresultimo), [http://www.bvi.de/de/statistikwelt/Investmentstatistik/download/ZR_FVMA_1950_bis_2011.pdf, 14.09.2012].
- Cerro, Gerardo del 2007: Bilbao: Basque Pathways to Globalization. Amsterdam.
- Charney, Igal 2007: The politics of design: architecture, tall buildings and the skyline of central London. Area 39 (2), 195-205.
- Coakley, Jerry 1994: The integration of property and financial markets. Environment and Planning A 26 (5), 697-713.
- Colomb, Claire 2012: Staging the New Berlin: Place Marketing and the Politics of Urban Reinvention Post-1989. London.
- Fainstein, Susan 1994: The City Builders. Property, Politics & Planning in London and New York. Cambridge, MA/Oxford.
- Franck, Georg 1998: Ökonomie der Aufmerksamkeit. München.
- Gotham, Kevin F. 2009: Creating liquidity out of spatial fixity: The secondary circuit of

- capital and the subprime mortgage crisis. *International Journal of Urban and Regional Research* 33 (2), 355-371.
- Golubchikov, Oleg 2010: World-city-entrepreneurialism: globalist imaginaries, neoliberal geographies, and the production of new St Petersburg. *Environment and Planning A* 42 (3), 626-43.
- Grubbauer, Monika 2011: Die vorgestellte Stadt. Globale Büroarchitektur, Stadtmarketing und politischer Wandel in Wien. Bielefeld.
- Grubbauer, Monika (im Erscheinen): „Global“ Architecture as a Contradictory Signifier: Lessons from Hamburg's and Vienna's Urban Megaprojects. In: Gerardo del Cerro (Hg.): *Urban Megaprojects: a worldwide view*. Bradford.
- Hackworth, Jason 2007: *The Neoliberal City: Governance, Ideology, and Development in American Urbanism*. Ithaca/London.
- Hall, Tim, Phil Hubbard 1996: The entrepreneurial city: new urban politics, new urban geographies? In: *Progress in Human Geography* 20 (2), 153-174.
- Harvey, David 1989: From managerialism to entrepreneurialism: the transformation of governance in late capitalism. *Geografiska Annaler* 71B, 3-17.
- Harvey, David 1990: *The condition of postmodernity*. Cambridge, MA/Oxford.
- Harvey, David 2001: *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*. London.
- Häußermann, Hartmut, Dieter Läßle, Walter Siebel 2008: *Stadtpolitik*. Frankfurt a. M..
- Haynes, Barry, Nick Nunnington 2010: *Corporate Real Estate Asset Management*. London.
- Heeg, Susanne 2008: Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft: Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld.
- Heeg, Susanne 2009: Was bedeutet die Integration von Finanz- und Immobilienmärkten für Finanzmetropolen? Erfahrungen aus dem anglo-amerikanischen Raum. In: Susanne Heeg, Robert Pütz (Hg.): *Wohnungs- und Büroimmobilienmärkte unter Stress: Deregulierung, Privatisierung und Ökonomisierung*. Frankfurt a. M., Rhein-Mainische Forschungen 129, 123-141.
- Heeg, Susanne, Robert Pütz (Hg.) 2009: *Wohnungs- und Büroimmobilienmärkte unter Stress: Deregulierung, Privatisierung und Ökonomisierung*. Frankfurt a. M., Rhein-Mainische Forschungen 129.
- Imrie, Rob, H. Thomas 1993: The Limits of Property-Led Regeneration. *Environment and Planning C* 11 (1), 87-102.
- IPD Investment Property Databank GmbH 2011: Immobilien-Spezialfonds mit Deutschlandfokus trotz der Krise, [<http://www.presseportal.de/pm/70821/2157157/ipd-immobilien-spezia>, 14.09.2012].
- Jencks, Charles 2006: The iconic building is here to stay. *City* 10 (1), 3-20.
- Kaika, Maria 2010: Architecture and crisis: re-inventing the icon, re-imag(in)ing London and re-branding the City. *Transactions of the Institute of British Geographers* 35, 453-474.
- Keil, Roger, Neil Brenner 2003: Globalisierung, Stadt und Politik. In: Albert Scharenberg,

- Oliver Schmidtke (Hg.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Münster, 254-276.
- Logan, John 1993: Cycles and Trends in the Globalization of Real Estate. In: Paul Knox (Hg.): The Restless Urban Landscape. New Jersey, 33-54.
- manager magazin online 2012: Chinas Millionäre stürmen globalen Häusermarkt, 6. Juli 201, [<http://www.manager-magazin.de/finanzen/immobilien/0,2828,842512,00.html>, 14.09.2012].
- Marcuse, Peter 1998: Reflections on Berlin: The Meaning of Construction and the Construction of Meaning. *International Journal of Urban and Regional Research* 22 (2), 331-338.
- Matzig, Gerhard 2008: Die Dinosaurier unter uns. *Süddeutsche Zeitung*, 6. November 2008.
- McNeill, Donald 2002: The mayor and the world city skyline: London's tall buildings debate. *International Planning Studies* 7 (4), 325-334.
- McNeill, Donald 2005: In search of the global architect: The case of Norman Foster (and partners). *International Journal of Urban and Regional Research* 29 (3), 501-515.
- McNeill, Donald 2009: *The Global Architect. Firms, Fame and Urban Form*. London.
- Moulaert, Frank, Arantxa Rodríguez, Erik Swyngedouw (Hg.) 2003: *The Globalized City. Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford.
- Parnreiter, Christof 2011: Commentary: Strategic Urban Planning: Toward the Making of a Transnational Urban Policy? *Journal of Planning Education and Research* 31 (4), 416-422.
- Ponzini, Davide, Michelle Nastasi 2011: *Starchitecture. Scenes, Actors and Spectacles in Contemporary Cities*. Turin.
- Sager, Tore 2011: Neo-liberal urban planning policies: A literature survey 1990-2010. *Progress in Planning* 76, 147-199.
- Short, John R. 1999: Urban Imagineers: Boosterism and the Representation of Cities. In: Andrew Jonas, David Wilson (Hg.): *The Urban Growth Machine: Critical Perspectives Two Decades Later*. New York.
- Swyngedouw, Erik, Frank Moulaert, Arantxa Rodríguez 2003: The Contradictions of Urbanizing Globalization. In: Frank Moulaert et al. (Hg.): *The Globalized City. Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford, 247-265.
- Turok, Ivan 1992: Property-led Urban Regeneration – Panacea or Placebo. *Environment and Planning A* 24 (3), 361-379.
- WED 2012: DC Towers – neue Landmarks für die Stadt, [<http://www.dctowers.at/content.php?page=4>, 14.09.2012].
- Weissmüller, Laura 2012: Das höchste Gebot ist nicht das beste. *Süddeutsche Zeitung*, 10. September 2012.

Ilse Helbrecht ■

Architektur und Soziologie

Heike Delitz: Architektursoziologie. Bielefeld 2009. 144 S.

Joachim Fischer, Heike Delitz (Hg.): Die 'Architektur der Gesellschaft'. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld 2009. 420 S.

Es ist erstaunlich: Die Stadtsoziologie hat bisher kaum grundlegende Reflexionen zu einer Architektursoziologie angestellt. Obwohl Städte natürlich Stätten intensivster baulicher Nutzung sind und damit Felder hochgradiger architektonischer Gestaltung, hat es in der deutschsprachigen Soziologie hierzu kaum Überlegungen gegeben. Bernhard Schäfers hat im Jahr 2003 mit der Publikation eines Lehrbuches die Architektursoziologie in Deutschland zuerst sichtbar gemacht. Delitz und Fischer folgen diesem noch jungen Anfang nun mit zwei weiteren Schritten. Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen der beiden vorliegenden Bände, zum ersten des einführenden Lehrbuches von Heike Delitz zur „Architektursoziologie“ sowie zum zweiten des von Joachim Fischer und Heike Delitz herausgegebenen Sammelbandes über „Die 'Architektur der Gesellschaft'“ ausgesprochen verdientvoll. Beiden Büchern geht es unter Anwendung unterschiedlicher stilistischer Mittel – hier das didaktisch angelegte Lehrbuch, dort der multiperspektivische Sammelband – um das gleiche Ziel, und zwar um die grundlegende und einführende Darstellung der Notwendigkeit wie auch intellektuellen Möglichkeiten einer Architektur-Soziologie.

Wenn ich als Geographin diese Bücher aus der Nachbarwissenschaft rezensiere, so muss ich vorausschicken, dass wir in der deutschsprachigen Stadtgeographie tatsächlich der Stadtsoziologie an Unbedarftheit im Umgang mit dem Themenfeld Architektur und Stadtentwicklung sowie an Desideraten zu einer „Geographie der Architektur“ in nichts nachstehen. Auch in unserem Fach steht ein Diskurs zu einer (Neuen) Geographie der Architektur noch ganz in den Anfängen. Umso interessanter ist es, die Kolleginnen und Kollegen der Nachbarwissenschaft dabei zu beobachten, wie sie das Feld der Architektursoziologie erstmalig grundlegend für die deutschsprachige Leserschaft zu roden und zu beackern versuchen. Ich schicke deshalb meinen nachfolgenden inhaltlichen Bemerkungen voraus, dass ich beide Bücher mit großem Interesse und respektvoller Anerkennung für den Versuch einer Pioniertat im Feld der Architektursoziologie gelesen habe. Und ich merke auch gerne vorneweg an, dass beide Bücher somit großen Anregungscharakter haben für

Interessierte unseres Faches, der Humangeographie, die sich mit Fragen zur Rolle und Funktion der Architektur in der Stadt- und Gesellschaftsentwicklung beschäftigen.

Heike Delitz eröffnet ihr Lehrbuch mit der Feststellung, dass sich die Soziologie bisher kaum mit Architektur beschäftigt habe. „Und es gibt eine Stadtsoziologie, die sich merkwürdigerweise nicht systematisch und nicht explizit für die Architektur interessiert“. (Delitz 2009: 6). Dieses Ausblenden ist ihrer Auffassung nach begründet im Blick des Faches Soziologie auf seinen Untersuchungsgegenstand und damit in der Art und Weise, wie diese den Gegenstand Gesellschaft als disziplinären Fokus konstituiert. Seit den Gründungsvätern der Soziologie und der Entstehung des Faches am Ende des 19. Jahrhunderts hätten sich Soziologinnen und Soziologen stets höchstens implizit mit Architektur beschäftigt. Im Zentrum des Faches standen von Beginn an Fragen der sozialen Ordnung, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse oder kollektiver Muster. Es sei eben das ‘Soziale’ von Beginn an in den Mittelpunkt gerückt worden; damit wurden gleichzeitig Fragen der Architektur an den Rand gedrängt: „Diese neue Wissenschaft von der Gesellschaft schafft sich einen spezifischen Blick, welcher die Architektur von vornherein gleich mehrfach ausschließt“ (Delitz 2009: 7). Nach Heike Delitz sind es vier konzeptionelle Herausforderungen des Faches Soziologie, vor das dieses durch die Architektur gestellt wird: „Am Phänomen der Architektur aber treffen mehrere Herausforderungen des klassischen soziologischen Denkens wie in einem Brennglas zusammen: nicht nur die Frage, welchen Status man den Artefakten gibt (1), sondern auch die nach der Rolle der Affektivität und Emotionalität im Sozialen (2), nach dem kreativen Handeln (3), nach der Materialität und nicht-sprachlichen Symbolizität (4)“ (Delitz 2009: 74).

Diese vier Charakteristika bzw. Aspekte der Stellung und Funktionsweisen von Architektur in der Gesellschaft könne die Soziologie mit ihrer bisherigen Perspektive auf das Soziale gedanklich nicht angemessen adressieren. Die Soziologie unterliege einem „Soziozentrismus“ (Delitz 2009: 95), der nun zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufhören müsse. Es gebe bisher keinen ausreichend bedachten systematischen Stellenwert im soziologischen Denken sowohl für die Welt der Artefakte als auch für die Bedeutung von Affekten und Gefühlen im sozialen Handeln, die gerade durch Gebäude und Architekturen, Platzsituationen und ästhetische Gestaltungen zum Teil evoziert oder verstärkt würden. Architektur ist, das betont Heike Delitz, nicht einfach eine symbolische Formensprache der gebauten Umwelt, die soziologisch informiert zu lesen ist und rein semiotisch untersucht werden kann. „Architektur ist in jedem Fall kein Text“ (Delitz 2009: 86). Pioniere des Faches wie Ernst Cassirer haben dies früh in ihren Arbeiten angedeutet und darüber nachgedacht, wie und vor allem dass Sinn und Sinnlichkeit zusammenhängen. Jedoch sind diese impliziten Fährten, die bei den Gründungsvätern der Soziologie wie auch z. B. bei Georg Simmel angelegt sind, vom Fach in der Folge nicht konsequent weiter ausgebaut worden. Dementsprechend habe die Soziologie als wissenschaftliche Disziplin kein Grundverständnis davon, was Architektur als bauliche Struktur für die soziale Struktur der Gesellschaft bedeute. Delitz fordert dementsprechend in ihrem Einführungsband einen Wandel der sozio-

logischen Perspektive: „Grundlegend geht es um den Gedanken, dass die sozialen Strukturen nicht einfach irgendwo schon ‘da’ sind und nur noch sichtbar gemacht werden müssten, sondern sich vielmehr erst in der Architektur (neben anderen Medien, vor allem der Sprache) konstituieren“ (Delitz 2009: 92).

Die Architektur der Gesellschaft ist für Delitz auf zweifache Weise zu verstehen, indem die Konstitution der Gesellschaft sich zum einen in der Konstruktion von Architekturen niederschlägt und zugleich jedoch die Konstitution der Gesellschaft durch geschaffene Architekturen bedingt ist und durch diese auch hergestellt wird. Gesellschaften geben sich mit ihrer baulichen Gestalt eine Figur, eine Gestalt, die zurückwirkt, und zudem sind Menschen mit ihren Körpern in Relation zu Architektur zu sehen. „Die visuelle Form der modernen Architektur – ihre Rechtwinkligkeit, ihr anschaulicher Rationalismus – macht die Eigenart der modernen Gesellschaft jedem Einzelnen erst sichtbar und begreiflich. Die Architektur ist zudem ein Artefakt, das sich mit unserem Leben und insofern auch mit den sozialen Interaktionen, den ‘Wechselwirkungen’ permanent verbindet“ (Delitz 2009: 17). Unter Architektur versteht die Autorin dabei nicht nur von Architektinnen und Architekten autorisierte bauliche Werke, sondern vielfältige Formen der von Menschenhand gestalteten Umwelt. „Für eine soziologische Beobachtung ist also, so der Vorschlag, das ‘Gebaute’ der Gegenstand: nicht nur die Architektur in einem hochkulturellen Sinn, nicht nur das, was von der Architekturtheorie als qualitativvoll geadelt wird. Und weiter noch, es geht nicht nur um Gebautes. Eine Architektursoziologie kann sich ebenso auch für das Gewebte, für das nicht in der Erde Verwurzelte, nicht Gemauerte und nicht Betonierte interessieren: für die Zelte, Hütten, Iglus und in die Erde gegrabenen Häuser der nicht modernen und nicht urbanen Gesellschaften“ (Delitz 2009: 19).

Insgesamt handelt es sich bei dem Band „Architektursoziologie“ um ein verdienstvolles Lehrbuch, das mindestens zweierlei zu erreichen sucht: Es gibt einen einführenden Überblick über historische Entwicklungen und theoretische Positionen im Fach und damit auch über die Geschichte der Herausbildung des soziologischen Blicks. Zugleich versucht das Lehrbuch, der bisher kaum vorhandenen Architektursoziologie ein konzeptionelles Fundament zu bereiten. Dies geschieht einerseits auf interessante Weise, indem die Begrenzungen der konventionellen „soziozentrischen“ Perspektive der Soziologie am Untersuchungsgegenstand Architektur deutlich werden. Andererseits weist es aber auch deutliche Schwächen auf. Diese Schwächen zeigen sich in dem leider in vielen Lehrbüchern vorfindlichen oberflächlichen Durchgang durch einen ganzen Stapel klassischer Literatur, um über jenen Soziologen und diesen Theoretiker immer kurz ein paar Sätze zu verfassen. Das Vorgehen zeigt zwar dann zu Teilen im sprachlich souveränen Gestus die Belesenheit der Verfasserin, jedoch macht es die Leserin keineswegs durchgehend klüger. Zu kursorisch, zu kurz, zu oberflächlich, zu rhetorisch unpräzise und gedanklich ungenau wird über Durkheim, Simmel oder Bourdieu, Bahrdt, Sombart oder Walter Benjamin referiert. Der Streifzugcharakter von Kapitel II ist deshalb aus Forschungssicht schwer erträglich – es bleibt aber, wie gesagt, ein Duktus, der leider viele Lehrbücher prägt und deshalb oft zu

finden ist. Auch in Kapitel III, wo es nicht um die Haltung ausgewählter Klassiker der Soziologie zur Möglichkeit einer Architektursoziologie geht, sondern um „Neue Ansätze der Architektursoziologie“, bleibt der cursorische Charakter der vorliegenden Schrift erhalten. Wechselt man als Leserin somit die Erwartungsperspektive und erwartet kein Buch, das einen tiefergehend erhellt, sondern eher fragmentarisch in eine Vielfalt von Gedankenwelten knapp auf jeweils ein bis drei Seiten einführt, so wird man zufriedener mit dem kleinen Bändchen. Dann wird es zu einer angenehmen Strandlektüre, die man auch in der Sonne gut durchblättern kann, weil man ohnehin nur kurz in einzelne Themengebiete eingeführt wird und einen dann auch die Ablenkung durch die Umwelt nicht so sehr stört. In Happen also kann man hier lesen, und vielleicht ist ein Zweck des Buches auch, neugierig zu machen auf so etwas, was die Architektursoziologie sein könnte.

Deutlich wird jedenfalls, und hier leistet Heike Delitz mit ihrer klaren Positionierung eine gute Vorarbeit, dass die Soziologie in weiten Teilen auf das Mitbedenken des Materiellen und der Körperlichkeit der sozialen Welt bisher theoretisch wenig vorbereitet ist. Delitz buchstabiert die „Herausforderungen der soziologischen Theorie“ (Delitz 2009: 74) durch den Betrachtungsgegenstand Architektur klar in Kapitel IV aus. Dementsprechend sei es die „Architektur als Artefakt“, die „Affektivität und Affekt-Neutralität der Architektur“, die „Kreativität und Anti-Kreativität der Architektur“ sowie die „Symbolische Eigenlogik und Materialität der Architektur“, die der soziologischen Theorie Schwierigkeiten bereiten.

Da die Architektursoziologie sich noch ganz in den Anfängen befindet, wendet sich die Autorin dann plausibel und überzeugend drei ausgewählten Fallstudien zu, um anhand dieser eine mögliche Aufgabe und Leistungsfähigkeit der Architektursoziologie zu verdeutlichen. Die Exempel sind gut gewählt: Die griechische Polis, die Zelte der Tuareg und dekonstruktive Bauten postmoderner Architektur (Kap. V). Diese Darlegungen sind sehr viel hilfreicher als manche der in den vorhergehenden Kapitel, um am konkreten Beispiel mögliche Fragestellungen, Ergebnisse und Thesen einer Architektursoziologie anzudenken. Allerdings handelt es sich auch hierbei um ein An-Denken. Lehrbuchartig plastisch wird geschildert, wie die Gestalt von Architektur als Gestalt von Gesellschaft und die Körper der Menschen als handelnde Akteure in Gesellschaft mit gesellschaftlichen Fragen und Phänomenen zusammen hängen könnten.

Am Ende zieht Heike Delitz das Fazit, wonach eine (noch zu entwickelnde) Architektursoziologie die Stadtsoziologie ebenso revolutionieren könnte wie die Theorie der Gesellschaft. Hierzu bezieht sie in Kap. V.1 wohlthuend Stellung, indem sie ihre Theorieperspektive formuliert. Das ist sehr hilfreich für das Verständnis der drei Fallbeispiele.

Es ist also sicherlich aufregend und interessant, den konzise geschriebenen roten Band mit seinen 122 Seiten Text in die Hand zu nehmen. Lesbar und bündig wird einem als Geographin das Dilemma einer sich am Materiellen versuchenden (Stadt-)Soziologie vor Augen geführt. Merkwürdig bleibt aus meiner Sicht neben den schon genannten Stärken und Schwächen des Bandes im Nachklang mindestens viererlei:

1) Das Buch diskutiert einen andernorts länger schon verhandelten *spatial turn* für die Soziologie, ohne dieses direkt an- und auszusprechen. Es wird ein Umdenken der Soziologie und Stadtsoziologie eingefordert, das intellektuell besser vorbereitet ist in der Literatur, als es Heike Delitz mit ihrem Durchgang durch die Welt der soziologischen Klassiker suggeriert. Warum verzichtet die Verfasserin auf diese Referenzen in der Literatur, die doch sehr hilfreich sein könnten für die Entwicklung einer architektursoziologischen Position?

2) In diesem Lehrbuch wird über Stadtsoziologie sehr viel gesprochen und vor allem darüber, wie diese sich verändert müsste – ohne dass aber Häussermann, Ipsen, Läßle, Siebel u. a. zitiert, erwähnt oder diskutiert werden. Es ist wissenssoziologisch sehr interessant, wie eine neue Generation von Stadtsoziologinnen die vorhergehende Generation der Stadtsoziologen quasi als nicht-existent konstruiert. Dieter Läßles Konzept gesellschaftlicher Räume, Walter Siebels Nachdenken über altindustrielle Regionen und die Bedeutung ihres baulichen Erbes als ästhetische Erneuerung für die Strukturpolitik (Beispiel IBA Emscherpark), oder auch Detlev Ipsens Nachdenken über Raumbilder und den Zusammenhang von gesellschaftlichem Entwicklungsstand, regionaler Baukultur und Stand der Regionalentwicklung ebenso wie Rolf Lindners Ideen zum Habitus der Stadt tauchen nicht auf. Als Geographin schaut man ein wenig (ruhig distanziert, aber auch befremdlich) stauend auf dieses innerdisziplinäre Zitierverhalten bzw. Nicht-Zitierverhalten unter Soziologen.

3) Es verwundert, dass Heike Delitz die soziologischen Autoren stets nach Herkunftsregionen gegliedert vorstellt. Kap. II.2 behandelt die deutschsprachige Soziologie, Kap. II.3 gilt der französischen Soziologie, Kap. II.4 betrachtet die amerikanische und britische Soziologie. Gleiches gilt für Kap. III, in dem es um die neueren architektursoziologischen Ansätze geht, die ebenfalls nach deutschen (Kap. III.1), französischen (Kap. III.2) sowie amerikanischen und britischen (Kap. III.3) Autoren gegliedert sind. Warum ist das so? Und welches Bild von (nationaler) Wissenschaft wird hier produziert mit welcher Intention?

4) Wahrscheinlich gibt es übliche Gründungserscheinungen, die sich als Überschwung und Übermaß in der Etablierungseuphorie neuer Bindestrich-Fächer wie der Architektursoziologie zeigen. Heike Delitz schießt manchmal in ihren Formulierungen über das Ziel hinaus. Aber das ist ihr vermutlich kaum zu verübeln, dient es doch dem Versuch, ein neues Fundament zu legen für eine neue Bindestrich-Soziologie. Da dem Ausheben und Gießen von Fundamenten zumeist Rodungsarbeiten vorausgehen, werden manchmal eben etwas schonungslos (intellektuelle) Flächen und Felder planiert. So zum Beispiel in dem Überschwang der hier vorliegenden Einführung in die Architektursoziologie bei der Planierung des Feldes der Stadtsoziologie: „Die Architektursoziologie hat (...) Folgen für diejenigen Disziplinen der Soziologie, die der Architektur am nächsten sind, ohne sie bisher adäquat zu berücksichtigen. Sie bringt zunächst die *Stadtsoziologie* erst auf ihren ‘eentlichen’ Gegenstand“ (Delitz 2009: 115, Herv. i. Orig.). Das hieße, folgt man dem Wortlaut der Autorin, die bisherige Stadtsoziologie hat ihren ‘eentlichen Gegenstand’ verfehlt? Ein sicherlich zu großes Wort und nicht treffendes Urteil. Es erscheint unnötig, ein neues intel-

lektuelles Feld so sehr auf Kosten und durch Abwertung eines anderen Gebietes etablieren zu wollen.

Insgesamt also ergibt sich ein gemischtes Fazit für den einführenden Text zur Architektursoziologie. Verdienstvoll bleiben bei allen genannten Schwächen gewiss folgende Punkte: Das Hinweisen auf ein wichtiges Feld, die Selbstreflexivität einer Soziologin über die blinden Flecke im eigenen Fach, die Lesbarkeit des Textes durch Kürze und prägnante Schreibweise, das Verwenden von sowohl theoretischer Literatur als auch konkreten empirischen Beispielen.

Ergänzend zu dem Lehrbuch hat Heike Delitz im Jahr 2009 in Zusammenarbeit mit Joachim Fischer einen Sammelband zur Architektursoziologie herausgegeben. Die Anthologie besteht aus einer Einführung der Herausgeber zur „Architektur der Gesellschaft“ sowie vierzehn Beiträgen zum Teil namhafter Soziologen. Das Prinzip dieses Sammelbandes besteht darin, jeweils einen Autor bzw. eine Autorin über Architektursoziologie reflektieren zu lassen aus einer spezifischen Theorieperspektive der Soziologie. So hat z. B. Dirk Baecker einen Beitrag über „Bauen, Ordnen, Abreißen im Formmodell des Sozialen“ aus systemtheoretischer Perspektive verfasst, Susanne Franck berichtet über „Die ‘Architektur der Gesellschaft’ aus Sicht der Gender Studies“ am Beispiel suburbaner Lebensformen oder Martina Löw denkt nach über den Zusammenhang von „Materialität und Bild“ aus strukturierungstheoretischer Perspektive. Wie so oft bei Sammelbänden ist ein Gesamturteil nicht leicht zu fällen. Drei Dinge erscheinen mir an dem Sammelband als sehr positiv: erstens halten sich alle Autorinnen und Autoren an die stringent durchgehaltene Leitidee, tatsächlich über Architektursoziologie aus einer gewählten Theorieperspektive der Allgemeinen Soziologie nachzudenken. Hierdurch wird die Vielfalt der Zugänge zum Untersuchungsfeld Architektur innerhalb der Soziologie deutlich. Zweitens nutzen nahezu alle Autoren zur Vorführung der Leistungsfähigkeit einer spezifischen Theorieperspektive die Plastizität von Beispielen. Jens S. Dangschat reflektiert bspw. die „Symbolische Macht und (den, I. H.) Habitus des Ortes“ am Beispiel des Karlsplatzes in Wien. Und drittens versuchen die Herausgeber durch das Wechselspiel einer gemeinsamen Einleitung und eines Schlussartikels von Joachim Fischer, dem Sammelband bei aller Multiperspektivität eine gewisse Geschlossenheit zu geben. Das Buch eignet sich deshalb bestens um nachzuschlagen, welche unterschiedlichen Theorieperspektiven derzeit in der deutschsprachigen Debatte im Angebot sind, um soziologisch über Architektur und Gesellschaft zu reflektieren.

Eines allerdings wundert mich und ist vielleicht auch paradigmatisch für den Diskussionsstand in der (deutschsprachigen?) Soziologie zum Thema Architektur, Materialität und Gesellschaft: es gibt keinen Beitrag in dem Sammelband aus performanztheoretischer Perspektive. Gerade aber die Performanztheorie könnte für eine neue Betrachtung des Wechselspiels von Architektur und sozialem Handeln zahlreiche und hilfreiche Ansatzpunkte anbieten.

Zusammenfassend kann ich das Lesen und kritische Reflektieren beider hier besprochener Bücher sehr empfehlen. Denn in der Humangeographie sind wir bei den Diskussio-

nen zum Verhältnis von Raum und Architektur, Architektur und Gesellschaft kaum einen Schritt weiter als die Stadtsoziologie. Vielleicht sogar im Gegenteil – die ersten einführenden Sammelbände und Lehrbücher zur einer „Geographie der Architektur“ müssen noch geschrieben werden. Deshalb ist Heike Delitz und Joachim Fischer zu danken, dass sie für die Soziologie diesen mutigen ersten Schritt gewagt haben.

Sabine Motzenbäcker ■

Don't get mad, get even: „Urbane Differenzen“ im „Unbedachten Wohnen“

Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller, Detlev Sträter (Hg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster 2011. 200 S.

Jürgen Hasse: Unbedachtes Wohnen. Lebensformen an verdeckten Rändern der Gesellschaft. Bielefeld 2009. 251 S.

Noch bis vor kurzem pflegten die Begriffe Hartz IV, Ghettoisierung und Standortkonkurrenz die öffentliche Diskussion um soziale Ungleichheit zu bestimmen. Seit aber eine neue Linkspartei (Die LINKE) aus der Hartz IV-Problematik erwachsen, das Gespenst der Ghettoisierung nach amerikanischem Muster im Migrationshintergrund abgetaucht ist, und Standortkonkurrenz dem Übergreifen der Schuldenkrise Platz gemacht hat, findet eine neuerliche Verschiebung der diskursiven Rahmung sozialer Ungleichheit statt. Noch lassen sich die Konturen dieser Umformung nur undeutlich erfassen. Dennoch würde ich von unlängst erschienenen Publikationen zur Problematik „sozialräumlicher Disparitäten“ Hinweise zur Erhellung neuer gesellschaftlicher Entwicklungen erwarten, zumindest aber ein Befragen danach, was denn nun das Besondere, oder, wenn man so will: das Neue, gegenwärtiger Prozesse sozialer Ungleichheit sei. Dieser Anspruch speist sich nicht aus vordergründigem Interesse an aktualistischen Interpretationen oder vorschnellen Trendanalysen, sondern aus der Notwendigkeit, gerade stattfindende Entwicklungen zu identifizieren, einzuordnen und zu verstehen, und deren Tragweite innerhalb und jenseits der Wissenschaft abzuschätzen. „Erkenne die Lage,“ hatte uns Gottfried Benn aufgegeben, „Rechne mit deinen Defekten. Gehe von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen“ (Benn 1949).

Ketzerisch könnte man auch sagen, dies sei eine Frage der Relevanz. Gewiss, die Welt mag sich immer verändern, und so ist denn auch ein ‘state of the art’-Buch bzw. ein Update vorherrschender Entwicklungen Grund genug zur Veröffentlichung. In den beiden hier zu besprechenden Büchern werden nun Problemfelder sozialräumlicher Disparitäten inhaltlich fortgeführt, neue Zusammenhänge oder Verschiebungen des Problemhorizontes werden indes nicht argumentativ erschlossen. Das ist bedauerlich, aber vielleicht symptomatisch für den gegenwärtigen Stand geographischer Ungleichheitsforschung.

„*Urbane Differenzen*“, herausgegeben von *Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller und Detlev Sträter*, ist aus der Aktivität des *Arbeitskreises Kritische Regionalwissenschaft* entstanden und betrachtet aus der Perspektive der Politischen Ökonomie Disparitäten zwischen und innerhalb von Städten. Trotz dieser Zusammenkunft in kritischer Absicht drängt sich beim Lesen der Einleitung aber der Verdacht auf, dass allzu viel an gemeinsamer Diskussion, die imstande gewesen wäre, die verschiedenen Beiträge der Autoren in einem übergreifenden Problemaufriss zusammenzubringen, nicht stattgefunden haben kann. Unlängst wurde ja auch in einem Versuch herausgefunden, dass man im stillen Kämmerlein allein vor sich hin denkend doch auf ‘innovativere’ Gedanken kommt als in der Gruppe (vgl. *New York Times*, 12. January 2012). Werden also Gruppendiskussionen bezüglich ihrer Fähigkeit Denkprozesse in Gang zu setzen doch systematisch überschätzt?

In seinem Buch „*Unbedachtes Wohnen. Lebensformen an verdeckten Rändern der Gesellschaft*“ problematisiert *Jürgen Hasse* in einem Rückgriff auf die Schriften des einsamen Schwarzwaldhüttlens Heidegger jenes so geschätzte stille Kämmerlein. Mit seiner Untersuchung des Phänomens „Wohnen“ will er diesen Denkort grundsätzlich in Frage stellen. Dieser Impetus des ‘Mensch bedenke dass Du wohnst!’ ist zwar heute wie zu allen Zeiten gerechtfertigt, sagt uns aber trotz der aktuellen Empirie der Studie wenig über die Problematik heutiger Wohnformen. Bei so viel bedachter Eigentlichkeit des Wohnens soll zum Ausgleich doch ein Zitat der Heideggerschülerin *Hannah Arendt* angeführt sein: „Denn im Unterschied zu dem, was man sich gemeinhin unter der souveränen Unabhängigkeit der Denker vorstellt, vollzieht sich das Denken keineswegs in einem Wolkenkuckucksheim, und es ist gerade was politische Bedingungen anlangt, vielleicht so verletzbar wie kaum ein anderes Vermögen“ (Arendt 1967: 317). Über die Verletzbarkeit des Denkens im Wohnen erfährt man einiges, hingegen über das, was die politischen Bedingungen desselben anbelangt, wenig. Sowohl *Hasse* als auch *Belina et al.* liefern Antworten auf Fragen, die sich der Leser selbst erst noch eröffnen muss. So treiben beide hier diskutierten Titel, ob gewollt oder ungewollt, ihre Themen ins Fragwürdige und der Leser, der ja doch auch wissen will, warum er das jetzt lesen soll, sieht am Ende betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen. Wir kennen ja *Marcel Reich-Ranickis* gewohnte Abschiedsformel.

So what?

Die zwei Bücher behandeln das Thema sozialer Ungleichheit auf grundlegend verschiedene Weise und eigentlich auch nur hinter vorgehaltener Hand. Während der von *Belina et al.* herausgegebene Band in seinem Titel „*Urbane Differenzen*“ auf postmodern konnotiertes Vokabular anspielt, dann aber doch stramm polit-ökonomisch, kapitalismuskritisch loslegt, hegt das Buch von *Jürgen Hasse* den Anspruch, randständige Wohnwelten sichtbar zu machen und in der Perspektive der „Neuen Phänomenologie“ zu hinterfragen. Der orientierungsbedürftige Leser stößt denn auch in der Einleitung des erstgenannten Bandes auf ein paar *Marx/Engels*-Zitate, während *Hasse* mit Sätzen wie: „Vielmehr treibt sie [die intendierte Revision] dessen [des Wohnens] Noch-nicht-Bedenken über seine Verfremdung

durchs Exotische ins Stutzen und schließlich in die Fragwürdigkeit“ (Hasse 2009: 20) erkennbar an heideggernden Sprachstil anknüpft. Genau da liegt nun aber der Hase im Pfeffer oder der Hund begraben: Die jeweiligen Autoren bleiben in ihrer scheinbar grundlos angenommenen theoretischen Perspektive gefangen, ohne einen Problemhorizont, wie z. B. soziale Ungleichheit, urbane Entwicklung oder Wohnungsbaupolitik zu entwerfen, vor dem diese Herangehensweisen relevant wären. Man vermeint einhändiges Klatschen zu hören und fragt sich, woher der Klang kommt.

Noch einmal: Was wollen uns diese Publikationen sagen? Die Einleitung von *Belina et al.* gibt zur Rechtfertigung der Fragestellung wenig bis keine Hinweise. Nachdem dem Leser originellerweise angedient wird, Disparitäten sowohl innerhalb als auch zwischen Städten zu diskutieren, versäumen es die Herausgeber, dieses Problem auf irgendeine Weise schmackhaft zu machen. So bleibt denn auch die in der Einleitung vorzeitig gegebene Erklärung städtischer Disparitäten verdächtig allgemein: einmal ist dafür Boden- und Immobilienmarkt, ein andermal die lokale Politik verantwortlich. Hier wird nichts ins Fragwürdige gestürzt, weswegen die vorgebrachten Antworten als Ausdifferenzierungen des Bekannten erscheinen müssen. Dies ist eine Art, Neues zu verschleiern, soziale Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften analytisch stillzulegen und somit als räumliche Differenzen vor allem das aufzuzeigen, was als klassisches Tableau sozialer Konflikte gilt: Rasse, Klasse und die globale Dynamik der Kapitalakkumulation. Genderfragen, immerhin ein nicht unwesentlicher Komplex sozialer Konflikte, spielen hier offensichtlich keine Rolle. Soziale Ungleichheit, oder wenn man so will sozialräumliche Disparität, erscheint hier als abstrakter, diskriminierender Effekt, der sich immer im Rücken der Akteure abspielt, sozusagen ‘von bösen Mächten unheilvoll umgeben’. Vorne aber steht Hasse und ruft: „Wen es auf der einen Seite auszuschließen scheint, dessen nimmt es sich auf der anderen Seite wieder an“ (Foucault 1975: 67, zitiert nach Hasse 2009: 67), in diesem Falle des lebendigen Ausdrucks, der Gestalt der Dinge, die *Belina et al.* so nonchalant durch Mechanismen ersetzen.

Der Versuch, „tragfähige Wege aufzuzeigen, sich mit diesen [sozialräumlichen Unterschieden in der Stadt] wissenschaftlich und politisch auseinanderzusetzen“ (*Belina et al.* 2011: 9), verläuft daher in höchst ungewissen Bahnen: von hinten durch die Brust ins Auge. Ob dieses Ziel der tragfähigen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung erreicht wird, muss leider offen bzw. dem Leser anheim gestellt bleiben, da auch ein editorisches Schlusskapitel fehlt. Hier wäre zu wünschen, dass der *Arbeitskreis Kritische Regionalwissenschaft* doch noch einmal reflektorisch aktiv wird, und die von der Einleitung noch heiße Nadel mit kühlem Kopf ins allzu lose Strickwerk fahren lässt. Unklar bleibt in der Einleitung nämlich vor allem, wie sich denn urbane Differenzen, die ja durchaus begrüßenswert sind und in gewisser Weise gerade das Urbane ausmachen, in Disparitäten übersetzen. Das wäre mal eine interessante Wendung postmodernistischen Differenzvokabulars ins Polit-ökonomische gewesen und hätte womöglich auch Anschluss an eine Debatte gefunden, die sich ja nicht umsonst gerade auf dem Überschneidungsfeld

von Stadtentwicklung und sozialer Ungleichheit austobt (vgl. Dorling/Shaw 2002, Mohan 2002 u. 2000, Cameron 2005 u. 2006, Soja 2010), und uns ins Zentrum der Diskussionen um den cultural turn hätte führen können. Und gerade an diesem Rand gibt es durchaus interessante Weiterentwicklungen polit-ökonomischer Analyse, die sich als post-marxistisch verstehen (z. B. Ernesto Laclau) oder wie Andrew Merrifield jüngst titelte, einen „Magical Marxism“ jenseits von strukturalistischen Gewissheiten anregen wollen.

Ganz anders geht hier das Buch von *Hasse* vor. Ihm ist das Fragwürdigmachen des selbstverständlichen Alltagsphänomens Wohnen Ausgangspunkt einer Studie, die das wohnende Subjekt in seinem Selbstverständnis des In-der-Welt-Seins problematisiert. Insofern kann es keine vorgefertigte Erklärung bestehender Wohnformen geben. Entsprechend entfalten einleitendes und abschließendes Kapitel durchaus beträchtliches theoretisches Potential in ihrer Befragung einer in Zweisamkeit und Ortsgebundenheit quasi mythischen Vorstellung des Wohnens. Zentral sind hier Heideggers Metapher der ‘Schonung’ und des Wohnens im ‘Geviert’ sowie Foucaults Technologien des Selbst, die das Wohnen von seiner unhinterfragten Behaglichkeit der umgrenzten Behausung ins Bewusstsein rücken als ein von gesellschaftlichen, leiblichen und atmosphärischen Kräften durchzogenes Dispositiv der Macht. Der geneigte Leser schauert ergriffen bei dieser Conclusio, denn gerade das Gesellschaftliche (ganz zu schweigen vom Politischen) hat sich in der Darstellung des Leiblich-Atmosphärischen fast vollständig verflüchtigt.

Insofern ist seine erklärende Perspektive spiegelbildlich zu *Belina et al.* organisiert. Hier wird der Möglichkeit und der Entfaltung von Wohnen in seiner sinnlichen Wahrnehmbarkeit nachgespürt, während bei *Belina et al.* abstrakte Prozesse im Vordergrund stehen. Aber auch Hasse betrachtet soziale Ungleichheit nur implizit als Mittel zum Zweck des Fragwürdigmachens, so wie *Belina et al.* sich uneinig bleiben, ob sie nun Differenzen oder Disparitäten aufzeigen wollen. Bei *Hasse* also durch die Hand gesprochen: „Das Ästhetische erweist sich damit als prädestiniertes Dispositiv der Macht, das sich über die subtilen Kräfte sozialer Ein- und Ausgrenzung realisiert. Im Wohnen erkennen sich die Menschen untereinander und gegeneinander. In Zeiten sich *verschärfender sozioökonomischer Spaltungen* der Gesellschaft fungiert das Ästhetische auch als Medium der Segregation“ (Hasse 2009: 32, Hervorh. S. M.). Der Gehalt einer relevanten Gegenwartsanalyse geht jedoch über die Feststellung von ortslos gewordenen Praktiken der Ästhetisierung nicht hinaus. Hasse will ja auch an Grundsätzliches rühren, dessen Selbstverständlichkeit eigentlich nur da aufgebrochen und sichtbar gemacht werden kann, wo sich bereits Risse zeigen. Die Frage, wo die Risse herrühren, liegt indes außerhalb seines Gesichtsfeldes.

Differenzgang

In Ermangelung ausbuchstabierter Rechtfertigungszusammenhänge wählen beide Publikationen die inhaltliche Anordnung eines Rundgangs. Dieses Abschreiten städtischer Differenzmodule wirkt bei *Belina et al.* jedoch systematischer als es ist. Es ist ein Kessel Buntes, dem die Mühen des Ordners noch anzumerken sind. *Belina/Gestring/Müller/*

Sträter klopfen der Reihe nach erst Gründe und Formen, dann Politik und Regierung innerstädtischer Disparitäten ab, sodann behandeln sie Disparitäten zwischen Städten. Im *ersten Block* der Ursachenklärung sozialräumlicher Disparitäten kritisiert *Hans-Joachim Bürkner* den zunehmend kulturalistischen Diskurs über räumliche Erscheinungsweisen sozialer Ungleichheit als Stellvertreterdiskurs, der strukturelle Ursachen sozialer Spaltungen verdeckt. Alternativ schlägt er eine verräumlichte Intersektionalitätsforschung vor, die nun aber nicht gedacht ist als eine Art multivariater Analyse, die neben kulturellen und strukturellen Faktoren der Diskriminierung nun eben auch räumliche berücksichtigt, sondern diese zum eigentlichen Kern der Untersuchung machen will, als Beforschung der „Intersektionalitätsvarianten *in situ*“ (Bürkner 2011: 33) sozusagen. Neben diesen „konkreten sozialen, ökonomischen und räumlichen Kontexten“ sollen dann die „Situationsdeutungen der Minderheiten“ (ebd.: 36) auch noch berücksichtigt werden. Sicherlich würde dies die Einseitigkeiten diskriminatorischer wie affirmativer kulturalistischer Diskurse aufweichen, fraglich ist aber, ob eine differenziertere Betrachtung räumlicher Kontexte, in denen sich verschiedene Kontexte auf spezifische Weise überlagern, die räumlich distinkten Ausdrucksformen sozialer Ungleichheit erklären kann. Es gälte hier insbesondere einen Fallstrick der humanökologischen Schule zu vermeiden nach dem räumliche Charakteristika lediglich die „Umgebung“ darstellen, in der soziale Aktivitäten stattfinden. Intersektionalität *in situ* zu betrachten, legt aber genau das nahe.

Weiter geht es dann in diesem Block mit einem Artikel von *Holger Floeting, Dietrich Henckel* und *Josiane Meier*, einem Trio, das sich auf den verschiedenen Hierarchiestufen des akademischen Betriebes, im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin zusammengefunden hat, um Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung zu untersuchen. Manch einer erinnert sich wohl noch an einen der vergangenen Geographentage unter dem Motto „lokal verankert, weltweit vernetzt“ (1999). In diesem Beitrag nun, immerhin dreizehn Jahre später, geht es immer noch um dieses Ominöse zwischen Globalisierung und Lokalisierung, in diesem Falle bezogen auf den Arbeitsmarkt. Entsprechend befinden wir uns in einem Bedeutungshof, in dem Begrifflichkeiten wie ‘Informations- und Wissensgesellschaft’, ‘höhere Durchlässigkeit von Grenzen’, ‘innovationsfreundliche Stimmung’ und ‘Existenzgründung’ eine tragende Rolle spielen. Das dazu passende geographische Vokabular bewegt sich zwischen Polarisierung, Verdichtung, Nähe und Distanz sowie natürlich Entgrenzung und Einbettung. Im Unterschied zu damals sind diese Begriffe nun aber mit weniger erfreulichen Nebenwirkungen belastet wie ‘informelle Beschäftigung’, ‘Scheinselbständigkeit’ und ‘Prekarität’, außerdem: ‘demographischer Wandel’ und ‘Buntheit der Bevölkerung’ (Floeting/Henckel/Meier 2011: 65). An der Kurpackung für die kommunale Politik bestehend aus einer Mischung von wissensorientierter Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik, integrierter lokaler und regionaler Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Förderung der Selbständigkeit hat sich indes nicht viel geändert. Hier wäre den Autoren zuzustimmen, dass angesichts der Gleichzeitigkeit von Arbeitskräftemangel und hoher Arbeitslosigkeit, wie sie ja treffend diagnostizieren, „es

wieder an der Zeit wäre, einen strategischen Ansatz im kommunalen Umgang mit lokalen Arbeitsmärkten zu entwickeln“ (ebd.: 64). Offenbar haben die Autoren hier eine stärker nachfrageorientierte Politik im Sinn, die auf die Bereiche Bildung, demographischer Wandel und Migration abzielt. Eine Strategieänderung gegenüber den Schröder'schen Arbeitsmarktreformen verspricht dies aber kaum.

Als letztes folgt in diesem Block ein Beitrag von *Klaus Brake* zur These der „Reurbanisierung“, wiederum betrachtet im Kontext wissensintensiver Ökonomie, der dazu dienen soll das „Gerede“ von einem Bedeutungsgewinn der Städte substanziell abzusichern. Die behauptete Raumbindungskraft von Städten wird dabei an der Stadtaffinität flächennutzender Aktivitäten fest gemacht, hier insbesondere der Generierung von „noch bedeutend aggressiveren Vorsprüngen an Wissen“ (Brake 2011: 75). Die angenommene geographische Bandbreite der verschiedenen Aktivitäten wissensintensiver, kreativer Ökonomien bewegt sich wiederum zwischen Globalisierung und Lokalisierung, bzw. zwischen Dispersion und Konzentration. Dabei erlaubten es die Vorteile räumlicher Nähe, urbaner Milieus und kernstädtischer Rückbettung von Reurbanisierung als mittelfristiger Tendenz zu sprechen. Interessant ist, dass Brake hier sogar von einer „Zwangslogik“ spricht, die den Akteuren „Arbeits- und Lebensformen einer Anregungsdichte als Katalysator für neue Ideen bzw. Wissensvorsprünge und einer unabdingbaren Work-Life-Balance aufherrscht“ (Brake 2011: 82). Entsprechend gäbe es für die Städte des europäisch-atlantischen Strukturtyps keine Alternative, als sich mit dieser unbestechlichen Logik auseinanderzusetzen.

Damit einhergehende desintegrative Entwicklungen wie zunehmende Polarisierung, Selektivität, Gentrifizierung, Segregation, Aggressivität und Konflikthaftigkeit von Stadtentwicklung, die Brake als kritischen Gegenpol dieser Entwicklung anführt, müssten ebenso wie die Maximen der Wissensökonomie im Konzept der Metropolregionen im Rahmen der Lissabon-Strategie der EU, in der Kohäsionspolitik und insbesondere in der Bildungspolitik dünn besiedelter Gebiete Berücksichtigung finden. Auch für urbane Zentren scheinen wir definitiv am Ende der Gemütlichkeit angelangt, wenn der harmlose Flaneur des 19. Jahrhunderts nun als „Egoist der Stadtaneignung“ (Brake 2011: 88) auftritt. Da heißt's also: Kapuze hoch, Nadelstreifen stramm und Visier runter, bevor's rein geht ins Milieu.

Wir sind schließlich beim *zweiten Themenblock* städtischer Disparitäten angelangt: Politik und Regierung. Immerhin wird dieses Thema von der einzigen Autorin des Bandes eröffnet. Wenn Gender-Themen schon nicht opportun sind, tut's ja bisweilen auch ein Artikel über Natur. *Marit Rosol* beschäftigt sich also mit dem Stadtgrün. Verwundert stellt sie fest, dass gegenüber den 1970er und 80er Jahren der ungleiche Zugang zu städtischen Freiflächen kaum noch thematisiert wird. Offensichtlich ist dies vor allem dem Abbruch der hannoverschen Traditionslinie sozialwissenschaftlicher Planungstheorie um Ulfert Herlyn geschuldet. Zur Wiederauffrischung der Debatte geht Rosol nun besonders auf zwei Arbeiten aus diesem Umfeld ein, die bezüglich Sprachduktus und Differenziertheit der Argumentation doch leichte Reminiszenzen wecken an Zeiten als an Mensaaufgängen noch Flug-

blätter mit ausschließlich in Kleinbuchstaben verfassten Bleiwüsten verteilt wurden. Wer so schrieb, war vom Humor der Seyfried-Comics gänzlich unberührt, und meinte es sehr, sehr ernst. Man könnte dies durchaus zum Anlass nehmen, dem heute so eingeschliffenen kritischen Diskurs der Neoliberalisierung den Spiegel vorzuhalten.

Leider versäumt es die Autorin aber auch, diese Arbeiten einzuordnen und für ihre weitere Untersuchung kritisch reflektierend zu nutzen. Stattdessen sucht sie den Schulterchluss: Die Ursachen sozialer Ungleichheit in der Freiraumversorgung werden an „vertikaler (ökonomischer) sowie horizontaler (politischer) Ungleichheit und in den Mängeln in Anspruch und Aufgabenstellung der kommunalen Freiraumplanung“ (Rosol 2011: 105) fest gemacht. Entsprechend fällt die Antwort zu der aufgeworfenen Frage, ob denn Gemeinschaftsgärten als „selbstbestimmte, kollektive Formen der Freiraumplanung eine Chance bieten, diesen strukturellen Disparitäten auszuweichen“ (ebd.: 105), negativ aus. Wieder profitierten vor allem Mittelschichtsangehörige, und Gemeinschaftsgärten wirkten tendenziell sogar selbst exkludierend. Im heutigen Kontext des aktivierenden Staates, der Verbetriebswirtschaftlichung der Grünflächenämter, der Reduzierung kommunaler Verantwortung für öffentliche Infrastruktur und der Annahme eines veränderten Stellenwertes von städtischen Freiflächen für die Freizeitgestaltung der Stadtbevölkerung plädiert die Autorin für ein *umfassenderes Konzept* zum Abbau der Ungleichheiten in der Freiraumversorgung. Man kann nur ahnen, wohin das gehen soll.

Rosol greift ein äußerst wichtiges Problemfeld städtischer Planung auf, verbaut sich jedoch durch einen unkritischen Blick zurück auf die ‘Glanzzeiten’ polit-ökonomischer Analyse die Möglichkeit, städtische Grünflächenversorgung auch im Kontext jüngerer Auseinandersetzungen um öffentliche Infrastruktur wie z. B. Stuttgart 21 zu sehen. Nicht umsonst hieß ja dort eine der aktivsten Protestgruppen „Parkschützer“! Das angemahnte „umfassendere Konzept“ zeigt sich womöglich weniger in der Vergangenheit als auf den Straßen und Plätzen, wo sich Stadt im Hier und Jetzt angeeignet wird (vgl. z. B. Jäger/Seibert 2012).

Weiter geht es nun mit einem Artikel von einem der Herausgeber. Mit Anklang an Gouvernamentalitätsstudien, und hier insbesondere der Arbeit von Jonathan Simon (2007) *Governing through Crime*, erläutert *Bernd Belina*, wie städtische Disparitäten durch die Inszenierung von Kriminalität erzeugt werden. Allerdings verhallt dieser Anklang genauso schnell und beiläufig wie er angeschlagen wurde. Beabsichtigt ist hier weniger eine Foucault’sche Diskursanalyse als eine Ideologiekritik der räumlichen Differenzierung der materialen Ausformungen des Strafrechts. Dies weist nämlich einen gesonderten Legitimationsbedarf auf, weil es wie alle in Rechtsform gegossenen Prinzipien von sozial hergestellten Unterschieden zwischen Rechtssubjekten und deren schuldhaften Verstrickungen absehen muss, gleichzeitig aber die vorausgesetzte A-Räumlichkeit des Rechts innerhalb des Geltungsbereichs des nationalen Territoriums unterläuft.

Belina erweitert also vordergründig den Ansatz von Simon (2007) zu „*Governing through Crime through Space*“, verfolgt aber eine völlig andere Argumentation. Entlarvend wird an den Beispielen der Videoüberwachung öffentlicher Räume, von Platzverweisen,

Betretungsverboten und Verbringungsgewahrsam, gefährlichen Orten und des gescheiterten Alkoholverbots im öffentlichen Raum gezeigt, dass es sich bei der Verhinderung von Straftaten durch die Regierung von Räumen mittels Strafrecht um einen Mythos handelt. Vielmehr sei das unausgesprochene Ziel die Durchsetzung einer bestimmten Vorstellung öffentlicher Ordnung, in der die wachsenden Armuts- und Elendsbevölkerungen in der Stadt sortiert und versteckt werden sollten. Außerdem würden konkrete Gefährdungen vor Straftaten zu abstrakten Gefahrenlagen in bestimmten Räumen uminterpretiert und somit der polizeiliche Zugriff ins Unbestimmbare erweitert. So kann an gefährlichen Orten ganz legal eine intensivere Kontrolle bestimmter unerwünschter Personengruppen durchgeführt werden, ohne dass dies einer besonderen Rechtfertigung bedürfte. Interessanterweise konnte eine Erweiterung dieses Verbots auf Alkoholkonsum an bestimmten Orten rechtlich nicht durchgesetzt werden, da diese Droge ja grundsätzlich legal ist.

Dennoch sei die rein juristische Eindämmung dieser Überwachungspraxis nur begrenzt erfolgversprechend, da es sich hier um exekutiv dominierte legislative Entscheidungen handelt. Schließlich müssten, so Belina, rechtliche Kämpfe immer an soziale Kämpfe rückgebunden bleiben, also den Auseinandersetzungen um die Produktion sozialräumlicher Disparitäten. Hierzu müsste wohl auch die von Belina anvisierte Ideologiekritik über rechtliche Regelungen hinausgehen und Vorstellungen über gesellschaftliche Ordnung und öffentlichen Raum einbeziehen. Allerdings müsste dann deutlicher gemacht werden, wie eine Ideologie funktioniert, was ihre besonderen Merkmale sind und was durch sie verschleiert wird, um nur einige Probleme der Ideologiekritik anzuführen.

Gerade im Hinblick auf die verschleierte Steuerung gesellschaftlicher Prozesse scheint mir der darauf folgende Beitrag von *Wolfgang Müller* und *Detlef Sträter* zur Aushebelung kommunaler Selbstverwaltung in diesem Band am interessantesten. Der Beitrag kontextualisiert bereits länger wirkende Gefährdungen kommunaler Selbstverwaltung wie die Verlagerung von Entscheidungsprozessen von kommunalen Organen repräsentativer Demokratie zur kommunalen Administration sowie auf übergeordnete Ebenen von Land, Bund und EU und zu privaten Trägern. So wurden den Kommunen mehr und mehr staatliche Aufgaben übertragen, deren Finanzierung sie allerdings immer weniger gewährleisten können. Innerhalb der Kommunen fand außerdem eine Professionalisierung und Autonomisierung der Stadtverwaltung gegenüber dem Stadtrat statt, der sich seinerseits durch die Parlamentarisierung seiner Tätigkeit verstärkt Parteizielen untergeordnet hat.

In diesen Entwicklungen zeigt sich, wie das neoliberale Gerede von 'weniger Staat' und Bewahrung vor einseitiger politischer Einflussnahme tatsächlich zu mehr Staat und mehr Bürokratie führt, während essentielle Aufgaben der städtischen Daseinsvorsorge im Zuge von Privatisierungen in die Hände einzelwirtschaftlicher Interessen gelegt werden. Müller/Sträter sprechen hier von einem neuen Modell politischer Steuerung von Städten und Gemeinden, in dem politische Ziele durch unternehmerische Zielvorgaben ersetzt würden (Müller/Sträter 2011: 151). Gleichzeitig fände eine Neudefinition des Öffentlichen statt, die den Bereich des Privaten zu erweitern suche und den politischen Raum demokra-

tischer Einflussnahme begrenzen wolle. Der lokale Staat fände sich solchermaßen gefangen zwischen der Aufgabe, für Transparenz und demokratische Kontrolle zu sorgen und andererseits in Aufsichtstätigkeiten kommunaler Unternehmen der gesetzlich geregelten Geheimhaltungspflicht zu folgen.

Diese Entwicklungen zeigen, wie die andernorts geführte Rede von stärkerer Bürgerbeteiligung, wenn es sich dabei um andere als unternehmerische Interessen handelt, zu verstehen ist. Die Grenzen zur Korruption sind hier nicht mehr klar, und, wie das jüngste Beispiel des zurück getretenen Bundespräsidenten Wulff zeigt, für die Beteiligten bisweilen erst durch öffentlichen Druck einsichtig zu machen. Zusammen mit den Protesten um Stuttgart 21 und ähnlichen Protesten gegen öffentliche Infrastrukturprojekte in Hamburg, Köln, Bonn und Leipzig, auf die Müller/Sträter hinweisen, könnte dies darauf hindeuten, dass hier in zaghaften Ansätzen eine neue „bürgerliche“ Gegenwehr entsteht, die zumindest in Einzelfällen eine Abkehr von neoliberaler Stadtpolitik erfordert. Dies ist insofern neu als Veränderungen kommunaler Selbstverwaltung, die über längere Zeit weitgehend unkommentiert abliefen, nunmehr jene auf den Plan rufen, die bislang selbstverständlich davon ausgehen konnten, dass ihnen doch wohl die Stadt gehört. Eben das hat auch ein „Gschmäcke“, wie in Bezug auf die undurchsichtigen Aktivitäten Wulffs ja kommentiert wurde, dessen Nuancen nachzugehen sich lohnen würde. Unter Umständen sähe nach einer solchen Degustation auch die Problematik des Stadtgrüns und der Regierung durch Kriminalisierung etwas uneindeutiger aus. Das Einfordern „umfassenderer Konzepte“, die uns aus der Misere zunehmender städtischer Disparitäten führen sollten, ist womöglich weniger vielversprechend als das Kleinarbeiten und Ausnutzen von Widersprüchlichkeiten. Ruck (Roman Herzogs Ruck-Rede), Regime Change (George W. Bush), yes we can (Obama und Checker Can samstagsabends auf KiKa) – Slogans dieser Art zeitigten noch allemal geringere Effekte als dies ihre Rhetorik vermuten lassen würde.

Wie der letzte Beitrag in diesem Themenblock von *Rudolf Martens* zeigt, scheint es nämlich geradezu zentrales Merkmal neoliberal inspirierter Politik gewesen zu sein, regionale und städtische Disparitäten zunächst zu ignorieren – die zuvor angemerkte A-Räumlichkeit individualisierender Regularien kommt hier wieder ins Spiel – um sie dann zu Lasten der Schwächeren erneut zu prononcieren. Martens zeigt dies am Beispiel der Sozialversicherungen, insbesondere aber an der Armutsberichterstattung, die noch in den 70er und 80er Jahren durch die Raumberichterstattung mit der Raumordnungspolitik verkoppelt war, nun aber als isoliertes Politikfeld begriffen wird. Auf noch gravierendere Weise wird diese Entkoppelung miteinander verflochtener Politikbereiche deutlich an der Trennung der Berichterstattung zur Wirtschaftsentwicklung von der Armutsberichterstattung und deren Nebeneinander auf der Ebene verschiedener Gebietskörperschaften, die zu einer „politischen Immunisierung des wirtschaftspolitischen Diskurses gegenüber der Wahrnehmung der sozialen Kosten des Wirtschaftsmodells Deutschlands“ (Martens 2011: 166) führten.

So werden durch die bundesweit einheitlichen Regelsätze von Hilfen zum Lebensunterhalt die regional unterschiedlichen Bedarfsniveaus, insbesondere der großstädtischen

Armutbevölkerung, systematisch klein gerechnet, indem sie an niedrigere Bedarfsniveaus außerhalb von Großstädten angepasst werden. Insbesondere der Fall München macht aber deutlich, wie Veränderungen in verschiedenen Bereichen der Sozialgesetzgebung, besonderer Merkmale regionaler Wachstumspfade und deren spezifische Möglichkeiten der Krisenanpassung zu einer räumlichen Kumulation von Armutsrisiken und der Herausbildung einer Armutswirtschaft für einen wachsenden Teil der großstädtischen Bevölkerung führen können. Während also einerseits die herausragende Wirtschaftskraft der Großregion München als Aushängeschild einer prosperierenden Hochtechnologie-region in der Vergangenheit gefeiert wurde, konnten andererseits die ebenso räumlich kumulativen Armutsgefährdungen ausgeblendet werden.

Solchermaßen führt die einseitige Raumbblindheit der Politik zu systematischen Verzerrungen, denen auf lokaler Ebene nur korrigierende Maßnahmen mit geringer Wirkungskraft entgegengesetzt werden können. In dem Beitrag von Martens zeigt sich also ein weites Feld weitgehend unbearbeiteter geographischer Forschungsfragen, die die Raumwirksamkeit verkoppelter policy-Felder und politischer Institutionengefüge zu untersuchen hätte. Werden solche Wechselwirkungen vernachlässigt, so können Armutsberichte zwar das Funktionieren des Sozialstaates rechtfertigen, paradoxe oder kumulative Raumwirkungen desselben bleiben aber unerkannt. Wiederum: nicht umfassendere Konzepte sondern genaueres Hinschauen ist hier gefragt.

Dem Vergleich und dem Betrachten von Wechselwirkungen ist der *letzte Teil des Bandes* gewidmet: Disparitäten zwischen Städten. Gekonnt verquickt *Christoph Parnreiter* im ersten Beitrag dieses Teils Weltsystemtheorie (Immanuel Wallerstein), radikale Theorien ungleicher Entwicklung von Städten (David Harvey, Neil Smith) und Theorieansätze, die die spezifische Kreativität und Innovationskraft von Städten thematisieren (Jane Jacobs, Richard Florida u. a.), zur Klärung der Frage, warum sich manche Städte zu Knotenpunkten der Weltwirtschaft entwickeln konnten andere aber nicht. In den Grundzügen nicht neu ist dabei seine These, dass sich Disparitäten zwischen Städten mit der jeweils spezifischen Position, die diese in globalen Warenketten inne haben, erklären lassen. Die Stoßrichtung dieser These erfährt aber eine Umlenkung, wenn sie nicht unspezifisch auf Regionen, Nationen oder Unternehmen angewendet wird, sondern auf *Städte*. Angesichts nicht nur zunehmender Disparitäten zwischen Staaten, sondern auch innerhalb von Staaten, und der Tatsache, dass das Zentrum der Weltwirtschaft durch nicht mehr als etwa ein Dutzend Städte gebildet wird, wie Parnreiter anführt (Parnreiter 2011: 191), ist diese Spezifizierung aber besonders relevant.

Städte seien im Gegensatz zu Wallersteins Weltsystemtheorie eben nicht irgendwelche Gebiete, sondern monopolistisch abgesicherte, nicht territorialisierte Knotenpunkte. Sie seien dies aufgrund ihrer Fähigkeit einer immensen Zentralisierung von Ressourcen als Folge von räumlich selektiven Investitionen (spatial fix). Als solche seien sie eingebettet in polarisierte Städtetze. Brüche in diesen Prozessen kumulativer Verursachung gäbe es nach Harvey aufgrund der konkurrentiellen Entwertung räumlich fixierten Kapitals. Gegen

diese polarisationstheoretische Lesart von Stadtentwicklung führt Parnreiter nun Jane Jacobs an, die die ökonomische Eigendynamik von Städten aufgrund ihrer Bevölkerungsdichte und den Möglichkeiten und Varianten interner Differenzierung hervorhebt. Dabei ist nicht die absolute Größe einer Stadt, sondern ihre Dynamik dafür entscheidend, dass der kumulative Wachstumsprozess sozusagen aus sich selbst heraus erfolgt und nicht durch äußere Impulse gesetzt wird. Infolgedessen entwickelt eine Stadt zunächst eine Exportbasis, um hernach auch Importe durch eigene Produktion zu ersetzen. Diese Fähigkeit zu dynamischer Entwicklung erwächst aber aus der Herausforderung, Lösungen für die Probleme städtischen Wachstums zu entwickeln, mithin in der Bearbeitung von Agglomerationsnachteilen. Wo also Gefahr ist, wächst das Rettende auch, wie schon Hölderlin wusste. Damit es nicht ganz so einfach ist, schränkt nun der world city-Forscher Peter Taylor Jacobs' These insoweit ein, dass die 'Rettung' auch Neues hervorbringen müsste, damit eine Monopolrente abgeschöpft werden könne. Insgesamt laufen diese Ausführungen auf eine Integration der Global City- und der Global Commodity Chain-Forschung hinaus.

Nun kommt aber der eigentlich interessante Punkt Parnreiters, dass nämlich zur Klärung der Frage, warum sich manche Städte in zentralen Positionen von Warenketten finden, andere hingegen nicht, eine historisch vergleichende Untersuchung angestellt werden müsse. Das Bild und somit auch die theoretische Herausforderung komplizieren sich dann insofern, als weniger direkte Kausalitäten im ökonomischen Sinne als „konvergente Verursachungen“ zu finden wären, die sich in ihrer Wirkung auf die Polarisierung zwischen Städten gegenseitig verstärken, abschwächen oder aber disparat zeigen könnten, so Parnreiter.

Wenn also Weltsystemtheorie, Polarisierungstheorien à la Harvey und Smith und Jacobs' Variante endogener städtischer Entwicklung nur von Fall zu Fall und im möglichen Widerspruch zueinander eine gewisse Erklärungskraft besitzen, drängt sich der Verdacht auf, dass hier zu viel mit zu wenig erklärt werden soll. Die Krux historisch vergleichender Forschung ist nämlich nicht nur, dass hier ein komplexeres Verständnis von Kausalität zugrunde gelegt wird, sondern auch, dass die Fragestellung einer vergleichenden Untersuchung im Zusammenhang mit der Fallbeschreibung präzisiert werden muss. Eben dies fehlt aber in dem Potpourri an Theorien, den Parnreiter aufischt. Und schließlich könnte ein Blick in die Historie zeigen, dass Weltstädte und Städtenetze doch nicht so ganz unabhängig von der territorialisierenden Logik von Staaten bzw. Staatenbünden reüssieren, wie Parnreiter anzunehmen scheint. Diese Wechselwirkung nicht in Betracht zu ziehen, bringt Parnreiters Argumentation in die Nähe einer ökonomistisch verengten Perspektive, die Städte als alleinige Wachstumsmotoren betrachtet und die verzweigten Stadt-Umland-Beziehungen vernachlässigt. Und schließlich leben auch die Menschen ländlicher Regionen nicht völlig hinterm Mond. Diesbezüglich wäre eine Auseinandersetzung mit Lefèbvre's Argument der Verstädterung wünschenswert (vgl. Lefèbvre 1990).

Den Fokus auf die Interaktion nationalstaatlicher Politiken mit städtischer Politik legt dagegen *Andrej Holm* in seiner vergleichenden Analyse von Privatisierungen öffentlicher

Wohnungsbestände in London, Berlin und Amsterdam. Er geht dabei der Frage nach, warum trotz ähnlichen Ausmaßes deutliche Unterschiede zwischen diesen Privatisierungsanstrengungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf die lokalen Wohnungsverorgungssysteme und die sozialräumlichen Disparitäten innerhalb dieser Städte festzustellen sind. Obwohl es sich hierbei um nationale Politiken handelt, vertritt Holm die These, dass den kommunalpolitischen Steuerungsinstrumenten eine entscheidende Bedeutung bei der räumlichen Struktur der Privatisierungen und den Rahmenbedingungen zur Abschwächung sozialer Polarisierungen zukommt. Diese These steht in einem gewissen Gegensatz zur These von Müller/Sträter in diesem Band von der Aushebelung kommunaler Selbstverwaltung.

Beispielhaft sei hier aber der Fall London skizziert. Es war erklärtes Ziel der Thatcher-Regierung, die Macht der Labour Party in den Kommunen zu brechen und hierzu deren strategisch wichtigen Zugriff auf die Wohnungspolitik zu unterbinden, indem vor allem Ein- und Zweifamilienhäuser aus kommunalem Besitz an die Bewohner und zusammenhängende Wohnanlagen an Wohnungsgesellschaften (housing associations) verkauft wurden. Die Finanzierung von Sozialwohnungen konnte damit an den Kapitalmarkt angebunden werden. Jedoch gelang dies in London erst mit einer zeitlichen Verzögerung von etwa 10 Jahren in den Jahren 2001-2005. Allerdings scheint mir das Gesetz zum Verkauf kommunalen Wohnungsbestandes an Wohnungsgesellschaften von 1988, mit dem Holm diesen verspäteten Privatisierungsboom in der Hauptstadt erklärt, nicht hinreichend als Ursache für diese Verspätung. Gerade im Rückblick der Finanzkrise dürfte die beginnende Entwicklung einer Immobilienblase am Kapitalmarkt doch eine entscheidende Bedingung gewesen sein, wiewohl hierfür das genannte Gesetz von 1988 eine Grundvoraussetzung war. Die Schwächung kommunaler Selbstverwaltung war demnach nicht unbedingt ausschlaggebend, wohl aber der in Holms Argumentation vernachlässigte Finanzmarkt. Wenn das Ziel neoliberaler Politik die Marktgängigkeit und Kapitalmarktfinanzierung kommunalen Wohnungsbaus ist, so weist dies London als äußerst erfolgreichen Fall aus. Im Ergebnis habe es zur Entstehung von hochsegregierten sozialen Problemgebieten in den Residualbeständen öffentlichen Wohnungsbaus geführt, und zu einem Anstieg von Obdachlosigkeit aufgrund von Schwierigkeiten, Immobilienkredite zu bedienen.

Im Gegensatz dazu basieren Wohnungsprivatisierungen in Deutschland wesentlich auf kommunalpolitischen Entscheidungen, die im Hinblick auf die Konsolidierung kommunaler Finanzen getroffen wurden, auch wenn dieser Effekt wohl eher als gering zu veranschlagen ist. Entsprechend wurde den Bewohnern kein Vorkaufsrecht eingeräumt. Stattdessen wurden 60% der Berliner Wohnungen in kommunalem Besitz *en bloc* an internationale Finanzinvestoren verkauft und damit direkt dem Kapitalmarkt zugeführt. Im Gegensatz zu London, wo das untere Segment des Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand verblieb, wurde in Berlin gerade dieses Segment den internationalen Wohnungsgesellschaften und damit einem substanzverzehrenden Geschäftsmodell zugeführt, dessen Mietpreis sich auf dem Niveau der Hartz IV-Bemessungsgrenze bewegt. Lediglich in attraktiven Innenstadgebieten verfolgen diese Gesellschaften eine Aufwertungsstrategie. Die sozial-

räumlichen Effekte scheinen sich hier weniger in zunehmender Segregation als in einer mittelfristigen Verwahrlosung des niedrigpreisigen Wohnungsbestandes zu zeigen.

Auch in Amsterdam weisen die preiswerten Wohnungen in weniger begehrten Gebieten die höchsten Verkaufsquoten auf. Allerdings können hier die Bewohner als Käufer auftreten. Dies liegt unter anderem daran, dass in attraktiven Wohnlagen eine äußerst schleppende Privatisierung stattfindet, da die monatlichen Hypothekenzahlungen die Mietpreise um ein Vielfaches übersteigen würden. Obwohl vor allem Bezieher mittlerer Einkommen, kinderreiche Haushalte, ethnische Minderheiten und lokale Anwohner von dieser Politik profitieren, besteht auch hier die Gefahr einer Entmischung der Bewohnerschaft von Sozialwohnungen und damit deren Stigmatisierung. So konnte sich eine für die Niederlande neue Wohneigentumsideologie durchsetzen, während die Abhängigkeit der für den sozialen Wohnungsbau verantwortlichen Wohnungsbaueinigungen von der Zentralregierung, die bislang Ausdruck des öffentlichen Interesses am Mietwohnungsbau war, aufgelöst wurde. Diese Entflechtung erfolgte auf der kommunalen Ebene durch Vereinbarungen zwischen den Stadtverwaltungen, den Wohnungsbaugesellschaften und Mieterorganisationen. In Amsterdam führte diese Politik lediglich zu einer Zunahme der Eigentumsquote um 4% (Holm 2011: 225).

Obwohl Holm in den untersuchten Großstädten ja den Einfluss der Kommunen auf das Privatisierungsgeschehen am Wohnungsmarkt als entscheidend erachtet, bleibt das Argument doch gut hinter dem Detailreichtum und der Komplexität der Materie versteckt. So unterbleibt nicht nur ein systematisierender Blick auf die Besonderheiten genau dieser Großstädte im Verhältnis zu nationalstaatlicher Politik, sondern auch auf die Verallgemeinerbarkeit dieses Argumentes auf andere großstädtische Kommunen dieser Länder. Im Sinne von Parnreiter wäre hier anzuführen, dass es sich bei London, Berlin und Amsterdam ja nicht um irgendwelche Kommunen handelt, sondern um globale Zentren. Des weiteren weisen zwar die Politiken der Wohnungsprivatisierung unterschiedliche Hintergründe und Akteure auf, die Boomphase der Privatisierung von 2001–2005 ist aber über alle drei Fälle hinweg gleich. Die Frage ist daher legitim, ob nicht der Kapitalmarkt einen größeren Einfluss auf die Privatisierungsdynamik gehabt haben könnte als kommunalpolitische Steuerungsinstrumente.

Der letzte Artikel dieses Bandes widmet sich einem anderen Aspekt der Segregationsproblematik. *Carsten Keller* wirft die Frage auf, inwiefern Segregation als ursächlich für die Entstehung der Unruhen in verschiedenen Städten Europas im vergangenen Jahrzehnt betrachtet werden könne. Dabei sieht Keller in dem Verhältnis von Segregation und Ausgrenzung einen Schlüsselaspekt zur Klärung dieser Frage. Grundlage dieser Argumentation ist ein schwacher Ghetto-Begriff, der in der Lage ist, die verschiedenen Erscheinungsformen und internen Differenzierungen von Ghettos zu fassen, ohne den Begriff als solches verwerfen zu müssen. Dabei weist Keller, die vor allem von Wacquant vertretene These, dass ethnische Segregation konstituierend für die amerikanischen Ghettos und eine sozioökonomische kennzeichnend für die französischen Banlieues sei, zurück. Vielmehr

überlagerten sich in beiden Fällen ethnische und soziale Ausgrenzung. Während aber in den USA die räumliche Ausgrenzung nach ethnischen Kriterien im Abnehmen begriffen sei, hätten gerade die Unruhen in den Banlieues von 2005 die ethnische Dimension auch der französischen Ghettos in den Blick gerückt.

Keller führt hierbei vor, wie schwierig die statistische Erfassung dieser Kriterien ethnischer und sozio-ökonomischer Ausgrenzung mithilfe von Dissimilaritätsindizes, Indizes der Interaktion und Isolation sowie der prozentualen Anteile von ethnischen Minderheiten und Arbeitslosen in bestimmten Vierteln zu beurteilen ist. So wichtig eine solche Analyse für die differenzierte Beschreibung von Ghettos auch sein mag, so liefert sie aber doch einer behavioralistischen Erklärung städtischer Unruhen Vorschub, die letztlich auch von Keller nicht völlig ausgeräumt wird. Für ihn scheint die Diagnose klar, dass „das Zusammentreffen ethnischer und sozialer Ausgrenzungen im Raum eine Grundkonstellation für die Unruhen ist“ (Keller 2011: 241). Eine stärker soziologische Untersuchung, die auch den Erfahrungsraum und weniger die rein statistische Merkmalsverteilung dieser Viertel berücksichtigt, kann indessen die äußerst relative Mischung von Quartierseffekten und Lageeffekten zeigen (Kronauer/Vogel 2001, Klagge 2005). Ethnische und soziale Ausgrenzung „im Raum“ können daher höchst unterschiedliche Auswirkungen haben.

Dieser stärker erfahrungsorientierte, eher phänomenologische Blickwinkel auf den Raum wird jedoch von Keller nicht gesucht. Stattdessen bringt er politische und historische Gründe zur Erklärung städtischer Unruhen an. Der starke koloniale Hintergrund, der als Mobilisierungsfolie dienen kann, überhaupt das Verhältnis des Staates gegenüber Minderheiten, das kollektiv gespeicherte Gefühl der Unterdrückung, die räumlichen Politiken der Sicherheit und Überwachung in einem Kontext wachsender Xenophobie – das ist die Gemengelage aus der nach Keller städtische Unruhen entstehen, die folglich als staatlich überformte Konflikte zwischen Mehrheiten und Minderheiten zu verstehen seien.

Nach Keller taugt dies durchaus als Erklärung der städtischen Unruhen in Frankreich, Großbritannien und den USA. Demgegenüber böten Länder ohne koloniale Vergangenheit wie Deutschland, Griechenland und Italien keine Möglichkeit historische Machtasymmetrien zu re-aktualisieren, hätten keine post-koloniale Immigration vorzuweisen und ihre Städte seien weniger segregiert. Vor diesem Hintergrund führe das Zusammentreffen ethnischer und sozialer Ausgrenzung im städtischen Raum zu „Respektabilitätskämpfen“, in denen Ausländern die unterste Stufe zugewiesen wird, während Gewalt von der deutschen Mehrheit ausgeht. (Ja, wo hatten wir das denn schon einmal? Aber Deutschland hat ja keine koloniale Vergangenheit ..., vgl. z. B. Conrad/Osterhammel 2004). Daher diagnostiziert Keller einen Minderheitenkonflikt von oben. Dieser könne aber, wie im Falle Italiens, in einen Minderheitenkonflikt von unten umschlagen, wenn sich Sicherheits-, Migrations- und Sozialpolitik auf repressive Weise verdichteten. Am wenigsten träfe diese Diagnose für Griechenland zu, wo weniger ethnische als kulturell-politische Diskriminierung für die Unruhen verantwortlich zu machen seien. Zusammenfassend kommt Keller zu dem Schluss, dass „sich im zeitlichen Verlauf eine Abschwächung der Bedeutung

städtischer Segregation feststellen lässt, die zwar eine Bedingung bleibt, deren Ausmaß jedoch stark variieren kann“ (Keller 2011: 246).

Nun ist aber doch auffällig wie sich im Ländervergleich die räumliche Dimension, zu deren Relevanz vorher soviel statistisches Beweismaterial heran geschafft worden war, zugunsten politischer und historischer Erklärungen aufgelöst hat. Am Ende spielt die Segregation wohl doch nicht so eine große Rolle. So sehen ethnische und soziale Ausgrenzung „im Raum“ aus, also die Häufung bestimmter sozialer Merkmale im (Container)Raum, wenn der Raum als erklärende Variable im Sinne einer Erfahrungswelt keine Rolle spielt. Dabei ist es gerade diese alltagsweltliche Diskriminierung, die stärker noch als institutionelle Benachteiligung den Boden rassistischer und sozialer Ausgrenzung bildet (vgl. Lewis 2012). Rassismus, Dünkel und Vorurteile gegenüber Andersdenkenden stehen vielleicht doch in einem komplexeren Zusammenhang mit institutionellen Strukturen und Raumerleben als dies statistische Verteilungen sozialer Merkmale und Kontaktchancen zwischen „Menscheneinheiten“ erfassen könnten.

Grenzgang

Dies ist der Moment, um sich *Hasses* phänomenologischem Text zuzuwenden. Im Gegensatz zu Belina et al. ist sein Rundgang entlang den verdeckten Rändern der Gesellschaft nicht Selbstzweck, sondern strategisches Mittel der Entfremdung. Entgegen poststrukturalistischer und postkolonialer Denke, wo zwar „das Andere“ anerkannt, aber in seinem konstituierenden Verhältnis zum Eigenen dargestellt und damit eben nicht dem exotisierenden Blick zur Schau gestellt wird, beabsichtigt *Hasses* Exotisierung des GeWohntens eine „Arbeit des Wohnens“ in Gang zu setzen, um das „Prinzip der Schonung“ als „bewusste Vernetzung orts- wie raumbezogener Lebenstätigkeiten“ (Hasse 2009: 33) als sorgend bedachte Haltung zu etablieren. Wie sehr diese Haltung in Vergessenheit geraten ist, offenbart schon die flüchtige Erinnerung an das, was noch von unserer Großeltern- generation „schonend“ bewahrt wurde: die „gute Stube“, Sonntagskleider, „gutes Geschirr“ und was nur zu besonderen Anlässen zum Bestaunen hervorgeholt werden durfte. Haben wir also mit der schonenden Haltung auch die Gelegenheit zum Staunen verloren? Ist es nicht vielmehr so, dass uns das Geschonte nur noch in Staunen versetzen kann, wenn es uns bereits als Neues im Alten entgegentritt, als Retrospektive also, die in ihrer ursprünglichen Gegenwart keinerlei Besonderheit ausstrahlte? Wer, wie Heidegger, auf den Grund eigentlichen Seyns blicken will, kann sich mit solcherlei übrig gebliebenem Gerümpel kaum zufrieden geben. Eher noch spannt hier Walter Benjamins *Angelus Novus* vor den Trümmern der Geschichte erschrocken seine Flügel auf (vgl. Benjamin 1966).

Nun ist *Hasse* aber nicht an einer nostalgischen Rückbesinnung auf hohl gewordene Gebrauchstabus gelegen. Vielmehr geht es ihm um die Möglichkeit, das Leben wohnend zu gestalten, d. h. in der chaotischen Mannigfaltigkeit einer sich anbietenden Wohnsituation eine spezifische Sichtweise auf Sachverhalte, Probleme und Programme des persönlichen

und gemeinsamen Wohnens zu entfalten. An dieser Möglichkeit entscheide sich, ob das Leben *geführt* werden kann oder nur mehr auszuhalten ist. Das Prinzip der Schonung ist also nicht als passives Decorum zu verstehen, sondern es fordert unser Denken und unsere alltägliche Lebensführung heraus.

Bereits an Hasses Darstellung des grenzwertigen Wohnens im Gefängnis wird deutlich, dass sich diese Lebensführung nicht nur in den „eigenen vier Wänden“ entfaltet, und sich in Praktiken des Wohnlichmachens erschöpft, sondern mittels Visionen und Horizonten des Wohnens deutlich über diese hinausgreift. Wenn Hasse nun als ausführlicheren Generalfall das Wohnen im Gefängnis untersucht, so verknüpft er dies mit der Frage, inwieweit Selbstbestimmung im Wohnen überhaupt möglich ist. Hierfür liefert das Gefängnis den nach innen und außen maßgeblich gesellschaftlich determinierten Testfall, denn an ihm werden in besonderer Weise die Ritualisierung und Disziplinierung, die körperliche Empfindung, die Perspektivität und die Symbolträchtigkeit des Wohnens deutlich.

Der historische Rückblick auf Gefängnisse als Orte räumlicher Isolierung in Anlehnung an Foucault führt Hasse schließlich zu der These, dass „die Menschen sog. post-industrieller Gesellschaften in diesem Kerkersystem wohnen“ (Hasse 2009: 70), das alle disziplinierenden Diskurse einer Gesellschaft einbezieht und sich durchaus nicht auf das Gefängnis beschränkt. Dieses so verstandene Wohnen unter Extrembedingungen liefert den Hintergrund vor dem sich minimale Ausdrucksformen des Wohnens abbilden lassen als a) Territorialisierungen, b) Konstituierung ritualisierter Ordnungsstrukturen, c) Aneignung des Wohnraums und der Wohnumgebung, d) der Herstellung sozialer Beziehungen, e) der Bildung einer Subsprache und f) der Differenz des Wohnens zum Wandern (vgl. Hasse 2009: 69). Dabei beansprucht *gelingendes* Wohnen „einen Raum, aus dessen herumwirklicher Atmosphäre sich die eigene Lebenssituation in eine individuell und/oder gemeinsam lebbare Zukunft empfinden und denken lässt“ (Hasse 2009: 43). Dies verlange nach Heidegger eine „denkende Praxis der Schonung“, die sich als größtmögliche Freiheit des (Be)Wohnens von einem nur *verortenden* Leben absetzt. Das „Wohnen im Kerkersystem“ der Gesellschaft läuft nun aber Gefahr, gerade auf dieses Niveau herabzusinken.

In aufsteigender Reihenfolge eines scheinbar zunehmend gelingenden Wohnens, immer an jenen „verdeckten Rändern der Gesellschaft“ entlang hangelnd, stellt Hasse nun in Einzelberichten die Wohnverhältnisse von Obdachlosen, Mönchen, Seeleuten, Senioren in Heimen, alten Menschen im Sozialwohnungsbau, von sogenannten Young Urban Professionals, Wagenburgbewohnern und schließlich, noch weiter in diese Richtung treibend, Kreativarbeitern vor. Eingeordnet werden die einzelnen Wohnsituationen jeweils durch kontextualisierende Zwischenkapitel und Retrospektiven, in denen sich die interpretierenden Fallgeschichten auf einer allgemeineren Ebene verdichten und zu den theoretischen Überlegungen in Resonanz gebracht werden.

Während das Gefängnis aufgrund äußerer Bedingungen das Wohnen-Können erschwere, stellt das Wohnen Obdachloser einen Fall unterbrochenen Wohnen-Könnens auf der persönlichen Ebene dar. Dabei beginnt die Zersetzung des Wohnens in seinem schonenden

Charakter bereits mit dem Auflösen der sozialen Netze des Lebens und kulminiert in gravierenden Beschädigungen am eigenen Leib, die einem künftigen Wohnen-Wollen entgegenstehen (Hasse 2009: 92). Dennoch kann auch die Lebenssituation Obdachloser ein Bedenken des Wohnens aufnötigen, sofern das erhoffte Wohnen in einer Wohnung als Horizont erhalten bleibt. Allerdings rücken die von *Belina* thematisierten Betretungsverbote als raumbezogene Diskriminierungen diesen Horizont wohl in noch weitere Ferne.

Die innere Disposition zu einer bestimmten Weise des Wohnens spielt auch beim klösterlichen Wohnen eine tragende Rolle. Während vordergründig das orts- und zeitlose, auf ein Jenseitiges gerichtete Wohnen der Mönche an Obdachlosigkeit erinnern mag, so ist doch die Abschirmung gegenüber äußeren Einflüssen Garant dafür, dass eine heilige Atmosphäre wohnenden Geborgenseins ein „Dach über ihrer Seele“ ausbreiten kann (Hasse 2009: 110). In diesem Sinne ist das bedachte Wohnen essentiell für das persönliche religiöse Erleben des Einzelnen als auch für dessen selbst auferlegten Auftrag, in der Gesellschaft zu wirken.

Eine zusätzliche Infragestellung sesshaften Wohnens ergibt sich aus der Lebenssituation von Seeleuten, vor allem wenn sie nach einem Leben auf See in Seemannsheimen eine letzte Zuflucht finden. Ihre beruflich erzwungene soziale Bindungslosigkeit, hierin vergleichbar mit derjenigen vielreisender professionals, findet seinen Ausdruck schließlich in einem Proto- oder Semi-Wohnen, das als heimatloses Leben „nun gleichsam auf der Stelle tritt“ (Hasse 2009: 123). In dieser Situation äußert sich die Not des Wohnens in der Herausforderung, das Wohnen nach der Periode der ‘Wanderschaft auf See’ erst wieder lernen zu müssen. Obwohl also auch hier das Wohnen durchaus bedacht wird, führt die Entwurzelung ihres Lebens und die Auflösung eines gemeinschaftlichen Erlebens zu einem „allein noch funktionalistischen *Aufenthalt* in Räumen, deren Atmosphäre sich in einem Vakuum des Dazwischen langsam auflöst“ (Hasse 2009: 126). In ähnlicher Weise wird das selbstbestimmte Wohnen von Senioren in Altersheimen als bedroht empfunden, wenn, wie Hasse es ausdrückt, Wohnen nicht mehr Ausdruck des Lebens, sondern das Leben nur mehr Ausdruck des Wohnens ist. Dieses Wohnen im Alter sei gefangen in einer administrativen, juristischen und aseptischen Rationalität fakturierbarer Dienstleistungen. Hasse spricht hier sogar von einem „menschenunwürdigen Akt der Gewaltausübung gegen vitale Bedürfnisse der Selbstbehauptung“, wenn selbstbestimmtes Wohnen überhaupt nicht mehr möglich ist (Hasse 2009: 147).

Während in den bisherigen Kapiteln die Fragwürdigkeit der Wohnsituation mehr oder weniger offenkundig war, bezeichnet der Bericht über das Wohnen älterer Menschen im Sozialen Wohnungsbau einen Umschlagpunkt, von wo sich das unter Leidensdruck bedachte Wohnen in ein fraglos gegebenes Wohnen wendet, um in den folgenden Kapiteln zu bewusst gestaltetem Wohnen aufzusteigen. Dieses Wohnen, gleichsam am Nullpunkt der Wohnarbeit angesiedelt, ist Ausdruck eines Wohnmodells, das noch in den 60er Jahren für die breite Masse konzipiert war, nun aber, nicht zuletzt durch die Privatisierungen, die ja das Thema Holms in dem Band von *Belina* et al. sind, vielfältigen Wandlungen unter-

worfen ist und in seinem ursprünglichen Verständnis als obsolet betrachtet wird. Dadurch ist den von Hasse besuchten alten Menschen, die „so hier wohnen geblieben“ sind (Hasse 2009: 147), ein zukunftsgerichteter Horizont des Wohnens abhanden gekommen. Über die Jahre hat man sich mit den gegebenen Bedingungen arrangiert, sich in dem Gefühl des „Gut“-Wohnen-Könnens eingerichtet, ohne dass die aktuelle Situation noch des Bedenkens wert wäre. Die für gelingendes Wohnen unablässige Wohnarbeit ist erlahmt, läuft in der Bewahrung des Eingerichteten ins Leere. Im Extrem zeigt dies der Fall einer Frau, den Hasse beschreibt, die sich nach dem Tod ihres Mannes in ihrer Wohnung, ja in ihrem Leben, „auswohnt“: „Frau S. wohnt mehr im leiblichen Stimmungsraum ihrer Erinnerungswelt als in einem physischen und atmosphärischen Wohnraum, der ihr doch auch in der Gegenwart für das eigene Leben Spielräume gewähren könnte“ (Hasse 2009: 158).

In mehrfacher Hinsicht ist das „Wohnen auf der Belle Etage“, das Hasse als erstes Beispiel gelingenden Wohnens anführt, spiegelbildlich hierzu organisiert. Zum einen handelt es sich genau um jene luxussanierten Eigentumswohnungen, die aus vormals vermieteten preiswerteren Wohnungen hervorgegangen sind, oder um neue postmoderne Architekturen an revitalisierten Randlagen, denen in der Regel Verdrängungsprozesse weniger wohlhabender Bevölkerungen vorangegangen sind. Zum anderen greift das Wohnen und die damit verbundene Wohnarbeit weit über die eigenen vier Wände hinaus, und schließlich gelingt es den Bewohner/innen eine individuell gestimmte Wohnatmosphäre zu schaffen, die das leibliche Erleben einbegreift und solchermaßen auch das Denken orientieren kann. Auch unabhängig davon, dass es sich hierbei um eine Lage am oberen Rand der Gesellschaft handelt, sind es diese letzten beiden Merkmale, die erst milieubildend wirken und darin einen durch symbolische und habituelle Differenzen strukturierten öffentlichen Raum mit äußerst ungleichen Zugangsbedingungen konstituieren.

Mit dieser Szenerie bewegen wir uns zwar am oberen Rand, aber dennoch in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft, insofern als sie eine „Integrationsfassade“ (vgl. Honneth 1999) vorspiegelt, die, das Wohnmodell des 60er Jahre Sozialwohnungsbaus überlagernd und verdrängend, als anstrebenswertes Muster dem Normalbürger angedient wird, „Schöner Wohnen“ eben. Wie Hasse ganz treffend bemerkt, sind dies „performative Prozessfelder einer sich allmählich abzeichnenden neuen Ordnung der Gesellschaft“ (Hasse 2009: 181). Was bei *Brake* etwas klischeehaft klingen mochte, jedoch in einen sozioökonomischen Zusammenhang gestellt war, erscheint hier in seinem phänomenologischen Ausdruck. Aber auch unter diesem Blickwinkel kann Hasse auf dem Hintergrund der Globalisierung eine „zunehmende Schärfe im Bild der sich neu- wie umgestaltenden Viertel“ konstatieren (Hasse 2009: 181).

Gegen die gesellschaftliche Ausstrahlungskraft dieser Wohnsituation richtet sich das Wohnen in Wagenburgen, das Hasse als erstes von zwei Modellen alternativen Wohnens darstellt. Während sich das Milieu der Belle Etage aus der gegebenen Ordnung der Gesellschaft speist, in die sich die Einzelnen ‘zwanglos’ einfügen, erfordert das Leben in der Wagenburg eine immer wieder auszutarierende Orientierung zwischen individuellen Lebens-

zielen und dem in ökologischer wie sozialer Hinsicht als alternativ verstandenen Wertesystem der Wagenburggemeinschaft. Aber während sich Szeneviertel in „familientaugliche rauchfreie Dinkelkieze“ gewandelt haben, sind Wagenburgen als experimentellste alternative Wohnform auf städtische Zwischenräume abgedrängt und staatlicher Repression ausgesetzt, die in Ignoranz dieser Wohnform Wagenburgbewohner vertreibt und damit erst obdachlos macht. Zu offensichtliches Anderswohnen wirkt störend und beängstigend: „... so wandelt sich die Furcht im situativen Erleben doch in eine gleichsam von überall einströmende Macht, die den Wesensbestand sicher geglaubten Lebens ins Wanken bringt“ (Hasse 2009: 198). Nunmehr in eine genügend fragwürdig fragende Position gebracht, fragt sich der Leser jetzt schon, wer hier eigentlich wen „stört“. Offenbar führen sowohl die Proklamationen der Wagenburgbewohner als auch die Verdächtigungen der Anwohner sich wechselseitig verstärkend zu einer ausufernden Wohnarbeit der Abgrenzung. Wie war das noch gleich mit *Marit Rosols* Arbeit über Gemeinschaftsgärten, die tendenziell selbst exkludierend wirken?

Abschließend berichtet Hasse über eine offenere Form alternativen Wohnens, einmal am Beispiel der Wohnung eines Designers in einem ehemaligen Fabrikgebäude und dann einer Frankfurter Groß-WG von 30 Personen, die Hasse unter dem Begriff Post-Kommune abhandelt. In gewisser Weise könnte man auch von der Klientel der letztgenannten Wohnform sagen: „Und so sind wir einfach hier wohnen geblieben“, wie die älteren Paare im Sozialen Wohnungsbau, da es sich in der Regel um im Berufsleben angekommene, zum Zeitpunkt der Projektgründung studierende Bewohner handelt. Im Unterschied zum Sozialen Wohnungsbau wird hier aber politisches Engagement und die Beteiligung an Wohn- und Stadtteilprojekten vorausgesetzt, also ein politischer Wille zu kreativer Problemlösung. Obwohl die Postkommune die einzige von Hasse dargestellte Wohnform ist, in der die Bewohner eine bewusst bedachte kollektive Wohnarbeit auch äußern, steht sie doch „eher in der Gefahr stigmatisierender Zuschreibungen, als dass (sie) in der Wahrnehmung der bürgerlichen Öffentlichkeit als Hort neuer für die Gesellschaft *im Allgemeinen* fruchtbarer Ideen des Lebens und Wohnens aufgefasst würde“ (Hasse 2009: 216). An die Stelle revolutionärer Programmatik á la K2 sei nun eine postkritische Haltung getreten, die in dieser Wohnform eher einen Ausdruck je besonderen Lebens findet, das sich in den Raumschnitten bürgerlichen Wohnens eben nicht verwirklichen lässt. Dies ist nur mit einem gerüttelten Maß kreativer Neuaneignung bestehenden Wohnraums möglich, der für eine „‘wohnbare’ soziale Utopie des Miteinander“ (Hasse 2009: 219) zugerichtet werden muss.

In gewisser Hinsicht schließt sich hier der Rundgang durch die Randbezirke des Wohnens, wenn das fremdbestimmte Wohnen im Gefängnis über die Kapillaren des gesellschaftlichen „KerkerSystems“ im Sinne von Foucault mit den Inseln kollektiver Wohnformen kurzgeschlossen wird. In einem kreativen *détournement* gelingt es zumindest ansatzweise, den Wohnraum als Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderung so umzugestalten, dass hieraus auch selbstbestimmte Lebensformen erwachsen können. Von den Minimalbedingungen des Wohnens windet sich Hasses Untersuchung zu einem scheinba-

ren Ideal maximaler Wohnarbeit hinauf, die in ihrer Schaffung selbstbestimmter Atmosphären doch nicht über ihre je eigene Wohnsituation hinausreichen kann.

Trotz der Normalität des Wohnens, seiner Ubiquität, um nicht zu sagen seiner Banalität, fungiert das Wohnen doch auch an jeder Stelle als Instrument der Abgrenzung, durch die ein Schutz- und Schonraum individuellen Lebens eingerichtet wird. Wir sind sozusagen in unseren Wohnhülsen in die Welt hinein gehalten, und in diesen vordiskursiven, haptisch-atmosphärischen Arrangements fordert uns Hasse mit Heidegger auf, einen reflektierten, gerade schon bedachten Übergang nach draußen zu suchen. Dies könnte ein eminent politischer Moment sein, eine Differenz zwischen Politik und *dem Politischen* im postfundamentalistischen Sinne (vgl. Marchart 2010), bei deren Überschreiten der Diskurs anspringt. Im wahrsten Sinne des Wortes markierte die Türschwelle jenen Übertritt, durch den die Welt in unsere Behausungen einsickert und zugleich die Verletzlichkeit wohnenden Lebens offenbar wird. Allerdings geht Hasse diesen Schritt nicht, wiewohl Heidegger ja auch für postfundamentalistische Argumentationen die theoretische Vorlage liefert (vgl. ebd. insbes. S. 18 - 22).

Obwohl Hasse am Ende darstellt, wie sehr gerade randständige Wohnweisen als systemische Antworten auf strukturelle Krisen heterotope Räume kreieren, bleiben diese doch als Illusions- bzw. Kompensationsheterotopien (vgl. Hasse 2009: 238) im Vorpolitischen stecken. Sollte diese ganze Wohnarbeit dann doch nur zur illusionären oder kompensatorischen Aufrechterhaltung eines mythisch verklärten Schonraums taugen, ohne dass die Grenze zu einer Wirklichkeit, wie sie z. B. von Belina et al. beschrieben wurde, jemals durchbrochen werden könnte? Ohne dass man jetzt die ganze Wagenladung des Kritischen Realismus (vgl. Sayer 1985, Jessop 2002) auffahren müsste, wäre dies als eine Wirklichkeit zu verstehen, die nicht nur in ihren Bedeutungssträngen befragbar, sondern durchaus auch im Handgemenge kontingenter Strukturen auf antagonistische Weise verstanden und verändert wird. Schließlich sollte der Realitätssinn, der sich erst im Überschreiten verengender Blickwinkel herausbildet (vgl. Curtis 1999), auch im Wohnen nicht vollständig flöten gehen. Doch hier dräut eine Diskussion zwischen Foucaultianern, Linksheideggerianern und Neuen Phänomenologen, die ich gerne den Philosophen überlasse.

Am Ende nimmt Hasse seine Aufforderung, das Wohnen doch zu bedenken, ohne Not wieder zurück, indem er die mythische Macht hervorhebt, mit der auch und gerade Formen normalen Wohnens sich gegen „kreative Infektionen‘ durch anderes Wohnen“ (Hasse 2009: 239) abdichten. Zwar dokumentieren die heterotopischen Randformen des Wohnens ein punktuelles Scheitern gesellschaftlichen Funktionierens und provozieren Fragen danach, wie wir denn wohnen wollen, produzieren mithin also „große Denkwürdigkeit i. S. Heideggers“ (Hasse 2009: 239). Wenn wir aber mehr wollen als Maulaffen feil halten und besagte postkritische Haltung nicht nur im eigenen Alternativglück zelebrieren wollen, müssten wir dann nicht über philosophisches Staunen hinaus zum Handeln übergehen, der Neugründung von Wohnformen, die die Unzufriedenheiten bürgerlicher Kleinfamilien durcharbeitend nicht in neuerlichen Abschottungen münden, sondern genau zu Infektions-

herden bedenklichster Verursachungen werden? Richtig bedacht: Wer verrichtet denn in der Regel diese Wohnarbeit? Wird nicht Wohnarbeit zusehends ausgelagert (vgl. Pratt 2004, Devetter/Rousseau 2011)? Wie oft fallen denn WohnarbeiterIn und im Wohnen DenkendeR tatsächlich in ein- und derselben Person zusammen?

Widersprüche dieser Art, in der Perspektive von Belina et al. „Nebenwiderspruch“ genannt, tauchen bei Hasse nicht auf, obwohl man ihm nicht vorwerfen kann, er hätte nicht genügend Fälle des Wohnens von Frauen beigebracht. Ist nicht auch der Normalfall familiären, heterosexuell arbeitsteiligen Wohnens mit Widersprüchen gepflastert, deren Elemente uns quer durch alle Bevölkerungsschichten um die Ohren fliegen (vgl. z. B. Beck-Gernsheim 1998)? Wäre es nicht mindestens genauso fragwürdig gewesen, den Schleier der Normalität von diesem Konstrukt zu ziehen, das sich Familie nennt? Aber nein, dieser Schleier ist ja schon längst zerfressen, und ist, trotz unablässiger Restaurationsbemühungen, unwiederbringlich in den Randbezirk gesellschaftlicher Wohnarrangements abgerutscht.

Trotz seiner Schlussdiskussion zum Zusammenhang von Wohnen und Macht vergibt Hasse damit die Chance, den Mythos normalen Wohnens, der ja durchaus auf andere Wohnformen ausstrahlt, so zu demontieren, dass auch er in der Lage wäre, ein anderes Licht auf Randformen des Wohnens zu werfen. Was fällt, muss man aber stoßen, und nicht mythische Stabilisierung als notwendiges Übel heterotoper wie normaler Wohnformen so hinstellen, als wäre sie zur Wahrung einer Grenze der Privatheit unabdingbar. Wenn die untersuchten Wohnformen tatsächlich „systemische Antworten auf strukturelle Krisen“ (Hasse 2009: 239) sind, dann folgert daraus noch lange nicht, dass sich Antwort und Krise leichterdings entsprechen. Nichts bringt sich „gleichsam massenhaft als Ausdruck allgemeiner gesellschaftlicher Verhältnisse zum Ausdruck“ (Hasse 2009: 239), einfach so. Der Ausdruck, im Zusammenhang allgemeiner gesellschaftlicher Verhältnisse betrachtet, ist selbst immer bruchstückhaft, schöpferisch und niemals nur Abbild eines Eigentlichen (vgl. Schnell 1995). Diese Schiefe im Mythos des Wohnens, erst recht der äußerst unscharf definierten gelingenden Wohnarbeit, aufzuzeigen, könnte unser Verständnis des Wohnens auf eine Weise erschüttern, dass das Korsett des So-Wohnen-Müssens auch nicht mit neuen schützenden Mythen zugekleistert werden könnte. Ungleiche Wohnverhältnisse in ihren Ungerechtigkeiten und Verzerrungen lägen endlich als Thema auf dem Tisch, und das in Zeiten, wo es nahezu unmöglich geworden ist, einen Ort wirksamen Protestes zu besetzen, weil die Verantwortlichen schon wieder anderswo oder erst gar nicht auszumachen sind. Ein Ende der Schonzeit wäre mir jedenfalls weitaus lieber als ein pflegend-schonendes „Betreungsverhältnis“ à la Martin und Elfriede Heidegger. Darüber brauchen wir nicht den Verstand zu verlieren, ein gerechter Ausgleich genügt. Don't get mad, get even!

Literatur

- Arendt, Hannah 1967: *Vita Activa oder vom tätigen Leben*. München.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth 1998: *Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen*. München.
- Benn, Gottfried 1949: *Der Ptolemäer*. In: *Gesammelte Werke II*. 1395-1414.
- Benjamin, Walter 1966: *Angelus Novus*. Über den Begriff der Geschichte These IX. In: *Ausgewählte Schriften 2*. Frankfurt/Main.
- Cameron, Angus 2006: *Geographies of Welfare and Exclusion: Social Inclusion and Exception*. In: *Progress in Human Geography* 30, 3. 396-404.
- Cameron, Angus 2005: *Geographies of Welfare and Exclusion: Initial Report*, in: *Progress in Human Geography* 29, 2. 194-203.
- Conrad, Sebastian, Jürgen Osterhammel (Hg.) 2004: *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871-1914*. Göttingen.
- Curtis, Kimberley 1999: *Our Sense of the Real. Aesthetic Experience and Arendtian Politics*. Ithaca, London.
- Dorling, Danny, Maary Shaw 2002: *Geographies of the Agenda: Public Policy, the Discipline and its (Re)'Turns'*. In: *Progress in Human Geography* 26,5. 629-646.
- Devetter, Francois-Xavier, Sandrine Rousseau 2011: *Du balai. Essai sur le ménage à domicile et le retour de la domesticité*. Ivry-sur-Seine.
- Honneth, Axel 1999: *Die zerrissene Welt des Sozialen: sozialphilosophische Aufsätze*. Frankfurt/Main.
- Jäger, Michael, Thomas Seibert 2012: *alle zusammen. jede für sich. die demokratie der plätze*. Hamburg.
- Jessop, Bob 2002: *Capitalism, the Regulation Approach, and Critical Realism*. In: Brown, A./Fleetwood, S./Roberts, J. M. (Eds.): *Critical Realism and Marxism*. 88-115.
- Klagge, Britta 2005: *Armut in westdeutschen Städten: Strukturen und Trends aus stadtteilorientierter Perspektive – eine vergleichende Studie der Städte Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover und Stuttgart*. Stuttgart.
- Kronauer, Martin, Berthold Vogel 2001: *Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte?* In: *SOFI-Mitteilungen* 29/221. 45-58.
- Lefébvre, Henri 1990: *Die Revolution der Städte*. Frankfurt/Main.
- Lewis, Anthony 2012: *The Shame of America*. Book Review of „The Persistence of the Color Line: Racial Politics and the Obama Presidency“ by Randall Kennedy and „Elizabeth and Hazel: Two Women of Little Rock“ by David Margolick. In: *New York Review of Books*. January 2012. 47-48.
- Marchart, Oliver 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Frankfurt/Main.
- Merrifield, Andy 2011: *Magical Marxism. Subversive Politics and the Imagination*. New York.

- Mohan, John 2002: Geographies of Welfare and Social Exclusion: Dimensions, Consequences and Methods. In: Progress in Human Geography 26, 1. 66-75.
- Mohan, John 2000: Geographies of Welfare and Social Exclusion. In: Progress in Human Geography 24, 2. 291-300.
- Pratt, Geraldine 2004: Working Feminism. Philadelphia.
- Sayer, Andrew 2000: Realism and Social Science. London.
- Schnell, Martin W. 1995: Phänomenologie des Politischen. München.
- Simon, Jonathan 2007: Governing Through Crime. New York.
- Soja, Edward D. 2010: Seeking Spatial Justice. Minneapolis. London.